

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL
=====

des
13. außerordentlichen Bundesparteitages
der
Österreichischen Volkspartei

im
Kongreßzentrum
Wien 1, Hofburg
am
22. Mai 1970

Karl v. Vogelsang Institut
Tivolgasse 73
1120 Wien

I n h a l t

	Seite
Einleitung	1
<u>1. Eröffnung durch den Bundesparteiobmann</u>	
<u>Dr. Josef Klaus</u>	
Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Josef Klaus ..	2
<u>2. Invokation</u>	
Kaplan Schmidt	4
Pfarrer Blaha	5
<u>3. Begrüßungsansprachen</u>	
Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Klaus	7
Landesparteiobmann Dr. Franz Bauer	8
<u>4. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung des</u>	
<u>Bundesparteitages</u>	11
<u>5. Genehmigung der Tagesordnung</u>	
Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Klaus	12 ff
Walter Heinzinger	14, 20
DDr. Friedrich König	16
Hermann Hagen	17
Landesparteiobmann Dr. Bauer	21
<u>6. Wahl des Parteitagspräsidiums und der Schrift-</u>	
<u>prüfer</u>	
Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Klaus	22
Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. Bauer	23
<u>7. Bestätigung der Zusammensetzung der Kommissionen</u>	
<u>und des Politischen Ausschusses</u>	
Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. Bauer	24

<u>8. Bericht des Bundesparteiobmannes Dr. Josef Klaus</u>	
Berichterstatter Bundesparteiobmann Dr. Josef Klaus	26
Vorsitzender Präsident Ing. Rudolf Sallinger	39
<u>9. Diskussion und Beschlußfassung</u>	
Landeshauptmann Dipl.-Ing. DDr. Hans Lechner	40
Josef Höchtel	44
<u>10. Bericht des Generalsekretärs Dr. Hermann Withalm</u>	
Berichterstatter Generalsekretär Dr. Hermann Withalm	46
Vorsitzender Landeshauptmann Eduard Wallnöfer ...	59
<u>11. Diskussion und Beschlußfassung</u>	
Dr. Karl Schleinzer	60
DDr. Friedrich König	66
DDr. Alois Lugger	70
Dr. Marga Hubinek	72
Hannes Moik	75
Strallhofer	77
Landeshauptmann Andreas Maurer	79
Ing. Herbert Guglberger	84
Dr. Goess	87
Dr. Herbert Kohlmaier	92
Karl Wedenig	96
Dr. Josef Ratzenböck	99
Landesparteiobmann Dr. Georg Prader	102
Dr. Landl	108
Landesrat Wolfgruber	112

	Seite
Dipl.-Ing. Franz Flicker	115
Vorsitzender Präsident Dr. Maleta	116
Unterbrechung der Beratungen	116
Wiederaufnahme der Beratungen	117
<u>11. Diskussion und Beschlußfassung</u>	
Dr. Hellmuth Klauhs	117
Dkfm. Wilhelm Gorton	121
Dkfm. Dr. Maria Schaumayer	125
Dipl.-Ing. Dr. Alois Leitner	129
Dr. Luis Bassetti	133
Hans Schmidinger	137
Julian Eiter	141
Dr. Josef Krainer	147
Dr. Josef Ratzenböck	150
Dr. Alois Mock	152
Gottfried Zach	159
<u>Bericht des Politischen Ausschusses</u>	
Berichterstatter Dr. Erwin Wenzl	164
Generalsekretär Dr. Hermann Withalm	168
Vorsitzender Präsident Dr. Maleta	178
<u>Bericht der Mandatsprüfungskommission</u>	
Berichterstatter Dr.h.c. Fritz Eckert	181
Vorsitzender Landesparteiobmann Glaser	181
<u>14. Erstattung des Wahlvorschlages und Durchführung</u>	
<u>der Neuwahl des Bundesparteiobmannes und des</u>	
<u>Generalsekretärs</u>	183
Berichterstatter Dr. Erwin Wenzl	183
Vorsitzender Landesparteiobmann Glaser	183, 185

<u>12. Bericht zur "Lage der Partei"</u>	
Berichterstatter Generalsekretär-Stellvertreter	
Karl Pisa	186
Vorsitzender Landesparteiobmann Glaser	207
<u>13. Diskussion</u>	208
Josef Höchtl	209
Dr. Ziller	211
<u>16. Bekanntgabe des Wahlergebnisses</u>	
Berichterstatter Kurt Buchinger	213
Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. Prader	214
Bundesparteiobmann Dr. Hermann Withalm	214
Generalsekretär Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer ..	215
<u>15. Resolution des Bundesparteitages</u>	
Berichterstatter Dr. Josef Ratzenböck	215
Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. Prader	220
<u>17. Schlußreferat des neugewählten Generalsekretärs</u>	
Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Hermann Withalm	221
Referent Generalsekretär Dr. Karl Schleinzer ...	221
Vorsitzender Ehrenobmann Dr. Alfons Gorbach	222
<u>18. Schlußreferat des neugewählten Bundespartei-</u> <u>obmannes</u>	
Referent Bundesparteiobmann Dr. Withalm	223
<u>19. Bundeshymne</u>	
Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Withalm	237
Schluß der Beratungen	237

Der 13. außerordentliche Parteitag der Österreichischen Volkspartei wurde am 22. Mai 1970 im Kongreßzentrum der Hofburg abgehalten.

Auf der Stirnseite des Saales stand in großen Lettern:

"Neue Wege gehen
Die Zukunft gewinnen
Volkspartei"

Zahlreiche Photomontagen vor grünem Hintergrund symbolisierten das Leben in der Familie, die Alltagsarbeit und die Freizeitgestaltung.

Vor dem Präsidiumstisch war ein farbenprächtiges Blumenarrangement aufgestellt, rechts vom Rednerpult eine rot-weiß-rote Fahne.

Beginn der Beratungen: 9 Uhr 15 Minuten
=====

1. Eröffnung durch den Bundesparteiobmann Dr. Josef Klaus

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Josef Klaus :

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde!
Der 1.3. außerordentliche Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei ist eröffnet.

Es ist mir eine große Freude und Ehre, die Delegierten zum höchsten Organ unserer Partei im Namen der Bundesparteileitung sowie im eigenen Namen auf das herzlichste begrüßen zu dürfen. Zum erstenmal in der Geschichte der Österreichischen Volkspartei halten wir diesen Parteitag als Oppositionspartei ab. Dieser Umstand erfordert in manchem ein Umdenken. Es ist unsere Aufgabe, die Beratungen dieses Bundesparteitages mit doppeltem Ernst, aber auch mit doppelter Entschlossenheit zu führen, kann es doch für die Österreichische Volkspartei nur ein Ziel geben, nämlich die Wiedererringung der Mehrheit der Wählerschaft. (Beifall.)

Ich möchte zunächst alle jene hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die unserem Parteitag die Ehre ihrer Anwesenheit geben, begrüßen. Ihre Zahl ist so groß, daß ich um Verständnis dafür bitte, wenn ich nicht alle namentlich nennen kann. Ich möchte mich daher, Ihr Einverständnis voraussetzend, darauf beschränken, den Ehrenobmann der Österreichischen Volkspartei, Altkanzler Dr. Alfons Gorbach, in unserer Mitte auf das herzlichste zu begrüßen. (Lebhafter Beifall.) Besonders begrüßen und in seiner

Funktion zum ersten Mal auf einem Bundesparteitag vorstellen möchte ich auch den neugewählten Obmann des Österreichischen Bauernbundes, Herrn Staatssekretär a.D. Nationalrat Minkowitsch.
(Beifall.)

Mein Gruß gilt den zahlreichen Ehrengästen und Parteifreunden, die unserer Einladung Folge geleistet haben, unsere Beratungen zu verfolgen.

Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter der in- und ausländischen Presse, der Wochenschau, des Hörfunks und des Fernsehens, die Gelegenheit haben werden, unsere gesamten Beratungen auf diesem Parteitag mitzuerleben.

2. Invokation

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. K l a u s :

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie schon im letzten Herbst, so wollen wir auch diesen Bundesparteitag mit einigen Worten der Besinnung einleiten, um uns als christlich-demokratische Partei an die hohen ethischen Verpflichtungen zu erinnern, unter die wir unser gesamtes politisches Tun stellen wollen. Die Verpflichtung, den Mitmenschen gegenüber in christlicher Verantwortung tätig zu sein, hört ja in der Opposition nicht auf.

Ich bitte Herrn Kaplan Schmidt und Herrn Pfarrer Blaha um ihre Worte. (Die Anwesenden erheben sich.)

Kaplan Herbert S c h m i d t : Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann! Meine Damen und Herren! Die "invocatio dei", die Anrufung Gottes am Beginn Ihrer Beratungen in der Woche des christlichen Pfingstfestes, welches als Fest des Geistes gilt, geht sinnvollerweise an die Antriebskraft des Heiligen Geistes.

Thomas von Aquin nennt die Antriebskraft des Heiligen Geistes als den Inhalt der christlichen Glaubensbotschaft, die stets neu verwirklicht sein will.

Christliche Grundsätze sollten christliche Politiker in ihrem Handeln bestimmen! Ansatzweise sagt dies schon Aristoteles in seiner Schrift "Politik": "Gesetz und Recht bestimmen den Zusammenschluß der Menschen. - Höchste Moral besitzt aber derjenige, der die Gerechtigkeit zur Richtschnur der Ordnung in einer Gemeinschaft macht."

Der Philosoph Hegel selber unterstreicht diese Idee der Gerechtigkeit im Staate mit seiner Auffassung, daß der Staat sogar die Wirklichkeit und die Verwirklichung der sittlichen Idee sein muß!

Für uns Christen ergibt sich daraus: diese Ideen immer wieder auf unsere christliche Weise zu verwirklichen, wie es etwa unlängst formuliert wurde: "Im politischen Reden, Christ zu sein, aus dem ampetus, aus dem Antrieb, sich für das Wohl aller Menschen, besonders aber der Armen und der im Leben zu kurz Gekommenen einzusetzen, bedeutet einen stets neuen Auftrag an alle Menschen, an alle, die sich als bewußte Menschen in der Gesellschaft engagieren wollen. Ganz besonders gilt dies aber für die christlichen Politiker."

Einer, der Ihrer Partei sehr nahe stand, ein Vertreter der Reform, ein Mann, der sich um diese Republik höchst verdient gemacht hat, der verstorbene große Anwalt Dr. Hans Gürtler, drückte dies in seiner christlichen Auffassung von der religiös-sittlichen Durchdringung der Gesellschaft von Heute und auch von Morgen aus!

Möge Sie diese christliche Überzeugung bei Ihren Beratungen begleiten und vereinen! Das walte Gott, zu dem wir nun beten!

Pfarrer B l a h a : Laßt uns beten:

Ewiger, allmächtiger Gott!

Du bist Herr über die ganze Welt. Alles hat in Dir seinen Bestand und wird durch Deine Liebe erhalten. Du hast die Welt uns anvertraut und willst, daß wir sie als Deine Beauftragten regieren und unser Zusammenleben nach Deinem Willen gestalten.

Wir danken Dir, Herr, für diesen hohen Auftrag und die große Verantwortung, die Du jedem einzelnen von uns in seinem Beruf und Dienst auferlegst.

Zu Beginn dieses Parteitages danken wir Dir vor allem für die große Aufgabe, die gerade den Politikern gestellt ist. Hängt unser aller Zukunft doch von ihrem Einsatz und von ihrem Wirken ab.

So bitten wir Dich nun:

Gib jedem einzelnen, der Verantwortung trägt, die rechte Weisheit, daß er erkennt, was getan werden muß, das Vermögen, das Erkannte auch zu tun, und die Liebe von Dir, es so zu tun, daß die Menschenwürde gewahrt und echte Hilfe gegeben wird.

Erhalte uns das große Gut des Friedens und der Freiheit für unser Land und für unser Gewissen. Laß uns alles tun, was möglich ist, um Frieden zu stiften, Haß, Neid und Machtgier zu überwinden und in allen Dingen sachlich und nüchtern zu bleiben.

Herr! Segne diesen Tag für alle, die hier versammelt sind, und für unser ganzes Volk und Land!

Laßt uns in der Stille weiterbeten! -

Es segne und behüte uns Gott, der Allmächtige und Barmherzige, Vater, Sohn und Heiliger Geist! Amen. (Die Anwesenden nehmen wieder ihre Plätze ein.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Klaus:

Ich danke Herrn Kaplan Schmidt und Herrn Pfarrer Blaha für ihre Worte.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 3:

Begrüßungsansprachen.

Im Hinblick auf den besonderen Charakter und die kurze Einberufungszeit dieses Parteitages hat die Bundesparteileitung diesmal von der Einladung der Vertreter ausländischer Bruderparteien abgesehen. Die Umstände haben uns auch gezwungen, diesen außerordentlichen Parteitag wieder in der Bundeshauptstadt abzuhalten, diesmal in den traditionsreichen Räumen der Wiener Hofburg. Ich will nicht verhehlen, daß die Kronleuchteratmosphäre dieses Saales unseren Werbeleuten einiges Kopfzerbrechen gemacht hat. Dennoch glaube ich, daß die Dekoration des Saales Ihre Zustimmung finden wird. Es soll bei diesem Parteitag nicht auf Äußerlichkeiten ankommen. Wir hoffen vielmehr, daß die etwas intimere Atmosphäre dieses Saales ein engeres Zusammenrücken aller Kräfte unserer Partei, wie wir es in den kommenden Wochen und Monaten dringend brauchen werden, erleichtern wird.

Wir sind also wieder in der Bundeshauptstadt Wien zu Gast, und ich bitte nunmehr den Obmann der Wiener Volkspartei, Dr. Franz Bauer, als Vertreter der gastgebenden Landesorganisation zu uns zu sprechen.

Landesparteiobmann Dr. Franz Bauer (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer unserer jungen Freunde hat kürzlich in einem Artikel in einer einigermaßen umstrittenen Zeitschrift erklärt, auf diesem Bundesparteitag müsse man mehr Mut zu offenen Worten, mehr Raum für mündliche und schriftliche Diskussion, mehr Konkretheit und Verbindlichkeit in der Beschlußfassung haben. Diesen Forderungen ist nichts hinzuzufügen, außer der Wunsch, daß dieser Parteitag ein Parteitag der Diskussion werden möge.

Es ist beinahe überflüssig, zu sagen, daß wir weder extrem links noch extrem rechts stehen und daß unsere Partei 25 Jahre Arbeit für Österreich geleistet hat. Es muß aber doch, um ein Wort Maletas zu wiederholen, nachdrücklich zu wiederholen, hervorgehoben werden, daß wir uns endlich auf den Weg zur progressiven Mitte machen müssen. Wo steht die ÖVP heute? Das ist wohl eine der wichtigsten Fragen, die uns alle bewegt, gleichgültig, ob wir jung oder ein wenig älter sind. Wo steht die ÖVP, von der man kürzlich in einer Zeitung zu lesen bekam: Volkspartei - gibt's denn die noch? Gibt es diese Partei noch mit ihrem Bekenntnis zur persönlichen Freiheit, mit ihrem Bekenntnis zum Eigentum mit all seinen Rechten und Pflichten? Gibt es diese Partei noch, die immer offene Türen haben sollte, ja haben müßte? Gibt es diese Partei, die Alternativen anbietet und die hart die sozialistischen Gesellschaftsauffassungen bekämpft?

Einer unserer Freunde - wenn ich mich recht erinnere, war es Pisa - meinte kürzlich: Nichts wäre fürchterlicher, als wenn dieser heutige Parteitag eine Demonstration des Schweigens würde.

Wir alle, die wir die Arbeit für unsere Partei ernst, sehr ernst nehmen, meinen, auch wenn wir gelegentlich sehr scharf formulieren, man müsse diese Partei permanent erneuern.

Ich halte nichts von Schlagworten, auch nicht von einer gelegentlichen Flucht nach vorne, dafür aber umsomehr von solider Arbeit, von einer echten Kooperation zwischen der Parteispitze, den Bünden und den Landesorganisationen. Nur dann werden sich einsame Beschlüsse und ununterbrochene Indiskretionen aufhören (Beifall), dann wird man wieder unsere große Gesinnungsgemeinschaft sehen und nicht die Interessen einzelner weniger.

Wir sind - so meine ich - in einer Phase der Entwicklung, in der wir die Bedeutung der Qualität zu erkennen haben, in der wir Richtungskämpfen permanent den Kampf anzusagen haben. Jetzt ist es hoch an der Zeit, bestimmte soziologische Faktoren zu erkennen. Nur dann, wenn wir Schluß machen mit dem biedereren Geplauder über die Umstrukturierung der Gesellschaft, wenn wir die Zeichen der Zeit verstehen und wenn wir die Methoden der politischen Willensbildung den Erfordernissen der Gegenwart anpassen, wird es uns gelingen, die Zukunft zu bewältigen.

Als Landesparteiobmann der Wiener Volkspartei, einmal schon publizistisch hingerichtet, ein andermal mit Amokläuferqualitäten versehen und zum dritten Mal als Revoluzzer

abgestempelt, ist es mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus zur Aktivierung der Parteiarbeit aufzurufen. Wir werden scharf nachzudenken haben, wir werden Konzepte entwickeln müssen. Wir werden Schluß machen müssen mit dem Improvisieren, und wir werden wie ein empfindlicher Seismograph wieder ein feines Gespür für die brennenden Fragen unserer Zeit entwickeln müssen. Dann und nur dann werden wir die Jugend gewinnen und von den älteren Mitgliedern als Partei respektiert werden. Dann wird es uns aber gelingen, auf neuen demokratischen Wegen wieder zu jener Mehrheit zu gelangen, die wir alle erhoffen, um diesem Staat und seinem Volk dienen zu können.

In diesem Sinne wünsche ich den Beratungen des Bundesparteitages namens der Wiener Volkspartei viel Erfolg.

Abschließend, Hoher Bundesparteitag, wird es mir sicher gestattet sein, daß ich mich mit größtem Respekt vor einem Manne verneige, der sein Leben wie ein Figl, ein Raab und ein Gorbach in den Dienst von uns allen gestellt hat, vor einem Mann, der sein Bestes für unser Vaterland und für unsere Partei gegeben hat - vor Dr. Josef Klaus. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Klaus :

Ich danke meinem Freund Dr. Bauer für die herzlichen Worte der Begrüßung.

4. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung
des Bundesparteitages

Vorsitzender Bundesparteioobmann Dr. K l a u s :

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung: Beschlußfassung über die Geschäftsordnung des Bundesparteitages.

Ich möchte den Delegierten wie bei jedem Bundesparteitag den Vorschlag machen, unsere altbewährte Geschäftsordnung früherer Parteitage auch heute wieder unseren Beratungen zugrunde zu legen. Sie liegt diesmal den Tagungsmappen nicht bei: es befinden sich aber für den Bedarfsfall Exemplare in hinreichender Zahl beim Präsidium, falls es notwendig sein sollte, daß wir uns auf die Geschäftsordnung berufen.

Ich bitte heute darum, die Geschäftsordnung des Bundesparteitages 1969 auch für diesen Parteitag zu beschließen.

Wünscht hierzu jemand das Wort? - Wenn das nicht der Fall ist, bitte ich jene Delegierten, die der Geschäftsordnung 1969 zustimmen, um ein Zeichen mit der grünen Delegiertenkarte. - Gegenprobe. - Die Geschäftsordnung ist formell genehmigt.

5. Genehmigung der Tagesordnung

Vorsitzender Bundesparteiohmann Dr. K l a u s :

Der Tagesordnungspunkt 5 betrifft die Genehmigung der Tagesordnung.

Die gedruckte Tagesordnung für den Bundesparteitag ist Ihnen zugegangen und befindet sich in Ihren Mappen.

Hiezu einige Erläuterungen:

Das Präsidium schlägt Ihnen vor, die Diskussionen des Parteitages in drei große Themengruppen zu gliedern.

Ich selbst werde unter Punkt 8 einen Bericht über unsere Politik seit dem letzten Bundesparteitag und über die gegenwärtige Situation unserer Partei und unserer Politik geben.

Das Referat unseres Generalsekretär, Dr. Hermann Wit-halm, wird sich mit der Rolle der Volkspartei als Oppositionspartei und ihren diesbezüglichen Plänen beschäftigen.

Das Referat des stellvertretenden Generalsekretärs "Zur Lage der Partei", das Generalsekretär-Stellvertreter Pisa unter Punkt 13 erstatten wird, soll sich schließlich mit aktuellen Problemen der Parteilarbeit und Parteireform befassen.

Daraus ergibt sich eine thematische Gliederung der Diskussion in drei Themenkreise.

Wir haben wieder Wortmeldungszettel vorbereitet, die Sie in Ihren Tagungsmappen vorfinden. Um es dem Präsidium zu erleichtern, die Wortmeldungen in sinnvolle Gruppen zu gliedern, bitten wir Sie durch Anhaken des entsprechenden Punktes das generelle Thema Ihres Diskussionsbeitrages jeweils angeben zu wollen.

Unter Punkt 14 wird sodann der Bericht des Politischen Ausschusses mit Erstattung und Begründung des Wahlvorschlages gegeben werden. Die Wahl des neuen Parteiobmannes und des neuen Generalsekretärs findet diesmal im Sitzungssaal selbst statt. Wir haben hiefür Stimmzettel vorbereitet, die bereits in Ihre Tagungsmappen eingelegt worden sind. Es werden am Nachmittag bei Behandlung dieses Punktes zwei Wahlurnen im Saale selbst aufgestellt, und Sie werden ersucht werden, Ihr Kuvert, zusammen mit Ihrer Wahlkarte, vor zu diesen Urnen hier vor dem Präsidium zu bringen.

Die Stimmzettel enthalten den Vorschlag der Bundesparteileitung sowie eine Leerzeile für den Fall, daß Sie für einen anderen Kandidaten stimmen wollen.

Der Parteitag wird nach Beschlußfassung über eine Resolution mit zwei kurzen Referaten des neugewählten Generalsekretärs und des neugewählten Bundesparteiobmannes schließen. Ich möchte Sie jedoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, einladen, wenn Sie dies für notwendig erachten, auch noch während der Schlußreferate Wortmeldungen beim Präsidium einzureichen. Es würde einer Diskussion der von den beiden neuen Spitzenfunktionären vorgelegten Absichten keine Zeitbegrenzung im Wege stehen, und vielleicht wäre es dienlich, mit dem neuen Generalsekretär und dem neuen Bundesparteiobmann noch gewisse Punkte künftiger politischer und parteitaktischer Arbeit zu besprechen.

Eines möchte ich noch anschließen: Die Mittagspause ist in die Zeit zwischen 13,15 Uhr und 14,30 Uhr gelegt. Bitte, sich rechtzeitig die Bons für den Mittagstisch zu besorgen.

Ich habe die vorgesehene Tagesordnung nunmehr erläutert und lege sie Ihnen zur Beschlußfassung vor.

Wünscht jemand zur Tagesordnung das Wort? - Ich sehe, es ist dies der Landesobmann der Österreichischen Jugendbewegung Steiermark Heinzinger. Ich bitte ihn zum Rednerpult.

Walter Heinzinger: Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundesparteitag ist zusammengetreten, um in einer bewegten Phase der Partei eine personelle Neuorientierung, aber noch mehr: neue Wege zu finden, die uns die Zukunft gewinnen helfen sollen.

Es wurde eingangs vom Herrn Bundeskanzler erwähnt, daß wir die Beratungen mit doppeltem Ernst führen sollen. Den Schwerpunkt möchte ich auf "Beratungen" gelegt wissen. Dann wurde in der Begrüßungsansprache gesagt, daß dies der Parteitag der Diskussion sein soll. Wie wir nun vom Herrn Bundeskanzler gehört haben, befassen sich drei wesentliche umfassende Tagesordnungspunkte mit den Dingen, die bisher waren und warum sie waren.

Es ist uns allen bekannt, daß das Hauptziel dieses Parteitages die Wahl einer neuen Parteiführung ist, für die bewährte Männer vorgeschlagen wurden. Aber der Erfahrungsschatz reicht nicht aus, um diesen neuen Weg zu gehen. Wenn wir als Delegierte unsere Verantwortung ernst nehmen wollen und uns in unserer Mitbestimmung nicht entmündigen lassen wollen, dann müssen wir diesen Weg mitbestimmen, mitdiskutieren. Das setzt aber voraus, daß wir die Vorstellungen darüber kennen, bevor wir reden.

Die Junge Generation in der Österreichischen Volkspartei hat daher in ihrer gestrigen Landesobmännerkonferenz einen einstimmigen Beschluß gefaßt und heute mit der Unterstützung vieler Parteitagsdelegierter die nötige Stimmenzahl für einen Initiativantrag zusammengebracht, worin die Parteitagsdelegierten ersucht werden, lediglich eine Änderung der Tagesordnung vorzunehmen in der Form, daß das zentrale Anliegen dieses Parteitages, nämlich die Neubestimmung dieses Weges, vorverlegt wird, und daß die Referenten, die wir zu wählen haben, die neue Parteispitze, nicht, nachdem sie gewählt worden ist, uns kund und zu wissen gibt, wie sie die Politik weiterzuführen gedenkt, sondern daß, bevor diese Wahl stattfindet, in Kurzreferaten uns die Konturen dieser neuen Politik erklärt werden und daß dann wir als Delegierte des Parteitages mitbestimmen, mitberaten und mitdiskutieren können, unsere Verantwortung als Delegierte also ernst nehmen, bevor wir wählen, bevor wir Entscheidungen treffen, diese Mitbestimmung erreichen, und daß wir dann wählen.

Ich bitte, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, über diesen Initiativantrag abstimmen zu lassen, und ich darf Sie, meine sehr verehrten Delegierten, bitten, sich nicht freiwillig dieser Mitbestimmung dann, wenn sie wirkungsvoll ist, zu begeben. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobermann Dr. Klaus :

Es haben sich zur Tagesordnung noch weitere Redner gemeldet.

Bevor ich auf den Antrag von Freund Heinzinger zurückkomme, bitte ich den Bundesobmann der Österreichischen Jugendbewegung, Nationalrat Dr. König, das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter zum Nationalrat DDR. Friedrich König :

Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Infolge der Kürze der Zeit zur Vorbereitung dieses außerordentlichen Parteitages und der Fülle der Beratungen im Hinblick auf die Regierungsbildung und die neue Rolle der Volkspartei in der Opposition haben wir auf diesem Parteitag keine Anträge zu behandeln, wie das auf ordentlichen Parteitagen sonst die Regel ist.

Die Junge Generation der Volkspartei ist aber der Auffassung, daß aus den Beratungen dieses Parteitages für die weitere Arbeit der Parteispitze auch einige konkrete Aufträge ergehen sollen, die die Parteiführung, die auf diesem Parteitag gewählt wird, in der kommenden Periode in die Tat umsetzen soll. Die Junge Generation der Volkspartei hat sich daher erlaubt, diesem Parteitag einen Dringlichkeitsantrag vorzulegen, der die notwendigen Unterschriften gefunden hat und einen Beitrag der Jungen Generation für die zukünftige Gestaltung des neuen Weges der Partei darstellt. Wir ersuchen im Sinne der Geschäftsordnung des Bundesparteitages, diesen Antrag im Anschluß an den Bericht des Generalsekretärs Vizekanzler Dr. Withalm in Diskussion zu ziehen, und legen ihn zur Beschlußfassung vor. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Klaus :

Ich habe eine Bitte an die Redner: Es sitzen im Tagungspräsidium der Parteiobmann und der Generalsekretär. Es würde sich doch sehr empfehlen, uns mit dieser Funktion und nicht mit einer anderen, die uns nicht mehr zusteht, zu titulieren.

Jetzt bitte ich Herrn Hagen, Österreichische Jugendbewegung, Vorarlberg, zu sagen, ob er durch die beiden bisherigen Wortmeldungen vielleicht seine Wortmeldung nicht mehr als notwendig erachtet.

Bundesobmann-Stellvertreter der Österreichischen Jugendbewegung Hermann Hagen : Nein.

Vorsitzender Bundesparteioobmann Dr. Klaus : Dann bitte ich Sie, an das Rednerpult zu gehen.

Hagen : Ich möchte, daß man abstimmen läßt, dann verzichte ich auf die Wortmeldung.

Vorsitzender Bundesparteioobmann Dr. Klaus : Halten Sie Ihre Wortmeldung aufrecht: ja oder nein?

Hagen : Ja.

Vorsitzender Bundesparteioobmann Dr. Klaus : Dann bitte ich Sie, zum Rednerpult zu gehen.

Hagen : Hoher Bundesparteitag! Herr Bundesparteioobmann! Herr Generalsekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin falsch verstanden worden. Ich habe gemeint, daß zuerst abgestimmt werden sollte, wodurch sich meine Wortmeldung erübrigt hätte. Es wäre verwunderlich, wenn die Partei in der heutigen Situation einer kleinen Abänderung der Tagesordnung nicht spontan zustimmen würde. Daß die zu wählenden Herren ihre Vorstellungen von der Partei der Zukunft - was ja unser Aufhänger war und auch bleiben soll - äußern sollten, bevor sie von den Delegierten ihr Mandat erhalten, sollte eigentlich bei einigem Überlegen für die hier anwesenden Delegierten eine Selbstverständlichkeit sein.

Ich möchte noch dem Herrn Abgeordneten Dr. Bauer recht geben, der gesagt hat, daß der heutige Bundesparteitag nicht schweigen soll und nicht schweigen darf. Ich danke schön.

(Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteioobmann Dr. Klaus :

Hoher Bundesparteitag! Es handelt sich nun um zwei Anträge. Der Antrag des Herrn Heinzinger verlangt eine Umstellung der Tagesordnung insoferne, daß die beiden zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten ihre Ausführungen früher bringen und nicht erst unmittelbar vor Schluß des Bundesparteitages, damit darüber diskutiert werden kann. Das hat viel für sich. Aber vielleicht wird, wenn ich das Ergebnis unserer Vorberatungen zu dieser Reihenfolge der Referate und der Wortmeldungen der Angehörigen des jetzigen und des künftigen Präsidiums erläutere, dann einige Klarheit entstehen. Selbstverständlich haben Herr Generalsekretär Withalm und Herr Minister Schleinzer mit mir und Herrn Generalsekretär-Stellvertreter Pisa alle diese Dinge besprochen, um schon frühzeitig eine gute Diskussionsgrundlage zu bieten. Ich werde in meinem Kurzreferat, das 30 Minuten nicht überschreiten wird, natürlich zumindest zur Hälfte einen Blick nach vorne tun und Ihnen meine Meinung darüber kundtun, wie auf Grund der Ausgangslage, in der wir uns heute befinden, der künftige Weg der Partei sein sollte, wenn wir die Zukunft gewinnen wollen. Herr Generalsekretär Withalm wird sich in seinem Referat nur mit diesen Dingen befassen. Wir haben das, was Herr Generalsekretär Withalm sagen wird, selbstverständlich mit Herrn Minister Schleinzer abgesprochen. Lediglich einige Überlegungen hat er selber angestellt; sie bauen aber auf dem auf, was mein Referat und das Referat des Herrn Generalsekretärs Withalm zum Ausdruck bringen werden.

Ich fürchte nämlich folgendes: Wir würden die Diskussion, die ja unmittelbar nach dem Referat des Bundesparteioobmannes

über das Referat des Bundesparteiobmannes abgeführt wird und die natürlich auch die Sachthemen, die ich anschnneiden werde, und unsere künftige Arbeit betreffen wird, nach dem Referat des Herrn Generalsekretärs wahrscheinlich wiederholen müssen. Ich bitte Sie ~~ö~~her, uns zu vertrauen und die Fragen, die Sie beantwortet wissen wollen, bereits bei der Diskussion über die Referate Klaus, Withalm und Pisa vorzubringen. Im jeweiligen Schlußwort wird dann selbstverständlich auf die Anregungen oder auf die Kritiken der einzelnen Redner - und wir hoffen, daß eifrig von der Diskussionsmöglichkeit Gebrauch gemacht wird - eingegangen werden.

Ich möchte daher jetzt an den Freund Heinzinger die Frage richten, ob er mit dieser Auskunft zufrieden ist und auf eine Abstimmung über seinen Antrag verzichtet.

Walter Heinzinger : Verehrter Herr Bundesparteiobmann! Ich darf richtigstellen: Das ist kein Antrag Heinzinger, sondern das ist der einstimmige Antrag der Landesobmännerkonferenz der Jungen Generation in der ÖVP.

Sosehr mich Ihre Ausführungen beeindruckt und zu kurzen Überlegungen angeregt haben, sehe ich aber noch immer einen gewaltigen Pferdefuß, denn ich glaube nicht, daß der neue Generalsekretär Dr. Schleinzer, der in diesem vorhergehenden Bericht nicht die Chance hat, seine Gedanken zu entwickeln, auf diese Möglichkeit verzichten wird wollen, daß er von vornherein mit der Programmatik und mit diesem weiten Blick, den Sie sicherlich in die Zukunft tun werden, ^{wie} dies seinerzeit unser verehrter Altkanzler Gorbach an diesem Platz in derselben Situation getan hat, einverstanden sein wird.

Für uns ist es aber wichtig, daß wir die Dinge etwas konkreter zu fassen bekommen. Ich würde daher doch sehr wünschen, daß man vielleicht einen Kompromiß zugestehen könnte: Wenn schon der Herr Generalsekretär Dr. Withalm beide Punkte in seinem Bericht zusammenfaßt, daß man doch eine Chancengleichheit bieten müßte und die zukünftigen Generalsekretär die Möglichkeit gibt, daß zumindest er vor den Wahlen seine Ausführungen macht. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Klaus :

Herr Minister Schleinzer wird sich beim Punkt 11, also bei der Diskussion über das Referat des Generalsekretärs, als erster Diskussionsredner zum Wort melden. Einverstanden? (Zustimmung.)

Ich frage nun Herrn Abgeordneten Glaser, ob er seine Wortmeldung noch aufrechterhält. (Karl Glaser: Ich ziehe meine Wortmeldung zurück!) Die Wortmeldung ist zurückgezogen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Obmannes der Österreichischen Jugendbewegung, daß der von der Österreichischen Jugendbewegung eingebrachte Antrag unmittelbar nach dem Bericht des Generalsekretärs Withalm zur Behandlung und Abstimmung gelangen soll. Ist jemand gegen diesen Antrag?

Landesparteiobmann Dr. Bauer: Zur Geschäftsordnung! Es wäre sehr interessant für den Bundesparteitag, den Inhalt des Antrages zu erfahren.

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Klaus: Der Antrag wird im Laufe der nächsten halben Stunde verteilt; es wird jetzt die Vervielfältigung vorgenommen. Bei Punkt 10 wird dann dieser Antrag zur Behandlung kommen.

Es besteht keine Gegenmeinung. Dann bitte ich jene Delegierten, die der nunmehr etwas modifizierten Tagesordnung zustimmen wollen, um ein Handzeichen. - Ich bitte nun um die Gegenprobe. - Die Tagesordnung ist genehmigt.

6. Wahl des Bundesparteitagepräsidentiums und der Schriftprüfer

Vorsitzender Bundesparteiobermann Dr. Klaus : Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6: Wahl des Bundesparteitagepräsidentiums und der Schriftprüfer.

Es ist in der Geschäftsordnung vorgesehen, daß der Bundesparteiobermann die Durchführung des Parteitages einem Bundesparteitagepräsidentium, das aus den Reihen der Delegierten gewählt wird, übergibt.

Nach dem Vorschlag der Bundesparteileitung soll dieses Tagungspräsidentium aus den Landesparteiobermännern, den Obermännern der Bünde, der Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung und dem Bundesobermann der Österreichischen Jugendbewegung bestehen.

Ich schlage daher für das Bundesparteitagepräsidentium folgende Persönlichkeiten vor - ich darf mir der Kürze halber Titel ersparen -: Bauer, Glaser, Kessler, König, Krainer, Maleta, Prader, Sallinger, Bacher, Solar, Soronics, Minkowitsch, Wallnöfer, Wenzl.

Außerdem sind drei Schriftprüfer zu wählen. Hiezu schlägt die Bundesparteileitung vor: Landespartei sekretär von Vorarlberg Jürgen Weis, Dr. Busek und Frau Nationalrat Dr. Marga Hubinek.

Erfolgt ein Gegenvorschlag? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Vorschlag abstimmen. Wer stimmt gegen den Vorschlag? - Keine Gegenstimmen. Somit gelten das Bundesparteitagepräsidentium und die Schriftprüfer als gewählt.

Ich bitte die Mitglieder des Tagungspräsidiums nunmehr auf das Podium und ersuche Herrn Minister Soronics als ersten, den Vorsitz zu übernehmen. - Minister Soronics ist entschuldigt. Damit möge als zweiter der Landesparteiobermann von Wien Dr. Bauer das Präsidium übernehmen. (Die Mitglieder des Tagungspräsidiums nehmen ihre Plätze auf der Tribüne ein.)

Vorsitzender Landesparteiobermann Dr. Franz Bauer :

Sehr geehrter Herr Bundesparteiobermann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich übernehme den Vorsitz und versichere im Namen aller Mitglieder des Tagungspräsidiums, daß wir die Geschäftsordnung genauestens beachten und daß wir den Vorsitz streng objektiv führen werden.

7. Bestätigung der Zusammensetzung der Kommissionen
und des Politischen Ausschusses

Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. Bauer :

Wir gehen in der Tagesordnung weiter und haben zunächst einige geschäftsordnungsmäßige Aufgaben zu erfüllen, nämlich die Wahl der verschiedenen Kommissionen vorzunehmen.

Eine Übersicht über die Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission, der Antragsprüfungskommission und der Wahlkommission liegt in Ihren Mappen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir ihre Verlesung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Werden Abänderungsanträge gestellt? - Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Bestellung der Kommissionen in der vorgeschlagenen Form ist, der möge ein Zeichen mit der Delegiertenkarte geben. - Danke. Das ist die überwältigende Mehrheit. Somit erscheinen Antragsprüfungskommission, Mandatsprüfungskommission und Wahlkommission als gewählt.

Die Bundesparteileitung hat von dem in der Geschäftsordnung vorgesehenen Recht, für die Vorbereitung des Bundesparteitages Ausschüsse einzusetzen, in folgender Form Gebrauch gemacht: Zur Erarbeitung der Resolution und zur Erstattung des Wahlvorschlages sowie zur Beratung verschiedener anderer genereller Vorschläge an den Parteitag wurde ein Politischer Ausschuß eingesetzt. Der Politische Ausschuß tagte unter dem Vorsitz des Landeshauptmannes Krainer.

Ich beantrage, diesen vorbereitenden Ausschuß zum Ausschuß dieses Bundesparteitages zu erklären. Seine genaue Zusammensetzung ist aus der in Ihrer Tagungsmappe befindlichen Unterlage ersichtlich. Erhebt sich, meine Damen und Herren, ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Zusammensetzung des Politischen Ausschusses in der vorliegenden Form ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke. Das ist wieder die überwältigende Mehrheit. Damit ist der Politische Ausschuß formell zum Ausschuß des Bundesparteitages erklärt.

Ich darf noch bitten, daß die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission pünktlich um 11,30 Uhr im Wintergarten zusammentreten, um die ordnungsgemäße Zusammensetzung dieses Parteitages an Hand der ihnen vorzulegenden Anwesenheitslisten zu bestätigen. Der Wintergarten befindet sich hinter der Bühne und ist, von Ihnen, meine Damen und Herren, aus gesehen, rechts über die Seitengalerie erreichbar.

8. Bericht des Bundesparteioobmannes Dr. Josef Klaus

Vorsitzender Landesparteioobmann Dr. Bauer : Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8: Bericht des Bundesparteioobmannes Dr. Josef Klaus. Ich erteile dem Herrn Bundesparteioobmann zu seinem Bericht das Wort.

Berichterstatter Bundesparteioobmann Dr. Josef Klaus
(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Dieser außerordentliche Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei hat in den Reihen der Funktionäre und Wähler der Österreichischen Volkspartei und in der Öffentlichkeit schon im vorhinein eine kritische Beurteilung gefunden: Ist es überhaupt notwendig, ist der Zeitpunkt richtig gewählt, ist ein Tag ausreichend, um nicht nur eine neue Führung zu wählen, sondern auch die Schwerpunkte eines erneuerten Programmes, neuer Methoden und eines gereinigten, schärfer gezeichneten Bildes der Österreichischen Volkspartei als einer jungen, modernen, dynamischen Volkspartei in Berichten, Diskussionen und Beschlüssen zu erarbeiten?

Der Ausgang der Wahlen vom 1. März, die für eine große Partei, die seit 25 Jahren in der Regierung die Hauptverantwortung, zuletzt die Alleinverantwortung für dieses Land trug, völlig neue Oppositionsrolle und die Bildung einer sozialistischen Alleinregierung ohne Mehrheit im Wählervolk und im Parlament, sind jedoch allein schon Anlaß genug, das höchste Beratungs- und Entscheidungsforum, den Bundesparteitag einzuberufen, die neue Lage zu diskutieren und die notwendigen sachlichen und persönlichen Konsequenzen zu ziehen.

Es wäre nicht nur verlockend, sondern eigentlich auch meine Pflicht, weiter auszuholen und einen Bericht über die ganze Zeit, seit ich im September 1963 auf dem Klagenfurter Parteitag zum Bundesparteiohmann gewählt worden bin, zu geben. Mehr und mehr gewinnen ja schon die sechziger Jahre vor dem analysierenden und betrachtenden Geist an Klarheit und eigenständiger Kontur. Aber es ist hier nicht die Aufgabe, Zeitgeschichte zu betreiben. Ich beschränke mich daher auf den an sich kurzen und doch so ereignisreichen, ja dramatischen Abschnitt seit dem letzten Bundesparteitag, der am 14. November des vorigen Jahres stattgefunden hat.

Die Ausgangslage im Herbst 1969 stand für die Volkspartei unter günstigen Vorzeichen. Es zeigten sich damals die ersten größeren Erfolge unserer langfristigen Politik der Regierung, und zwar nicht nur in den quantitativen, materiellen Größenordnungen einer rasch sich entwickelnden Wohlstandsgesellschaft in Österreich. Der Koren-Plan kam zum Tragen, die landwirtschaftliche Strukturverbesserung trug erste Früchte, die Wohnungsreform war angelaufen, die Rundfunkreform hatte sich bewährt, die Bildungsreform und die anderen Reformwerke waren in Gang gekommen. Es war eingetroffen, was ein bedeutender Wirtschaftsjournalist - Professor Dr. Horst Knapp - schon im Frühjahr 1969 prophezeit hatte, wenn er in einem Leitartikel schrieb: "So gesehen dürfte Österreich 1969 in der Bewältigung des 'magischen' Fünfecks der Wirtschaftsziele ein echtes und seltenes Optimum erreicht haben, um das uns viele Länder beneiden werden."

Aber es ist uns mehr gelungen. Es ist uns auch gelungen, ein größeres und viel entscheidenderes Ziel zu erreichen: nämlich die Demokratie in Österreich in eine echteren und wirksamere Form zu bringen und die Traumata der Ersten Republik und der bewegten Jahre - vor und nach 1938 - zu überwinden.

Es gab 1966 bis 1970 in Österreich weder wirtschaftliche Existenznot noch Arbeitslosigkeit, weder politische Verfolgung noch größere Demonstrationen, weder Bürgerkrieg noch Streiks, weder Gefahren, die von außen unsere Freiheit und Unabhängigkeit bedrohten, noch innere Bedrohungen, die der Freiheit des einzelnen, dem Rechtsstaat und der Demokratie Abbruch taten.

Wohl aber gab es äußeren und inneren Frieden, echte parlamentarische Demokratie, auf politischer Einsicht und Reife der Staatsbürger gegründete Zusammenarbeit der Sozialpartner, mehr Erfolg und Zukunftschancen durch bessere Bildung, mehr Einkommen durch eine wachsende Wirtschaft, mehr Geborgenheit aller Mitbürger in einer sozialen Leistungsgemeinschaft. Mit Recht konnten wir eines Tages feststellen: "In Österreich herrscht nicht nur mehr Freiheit als im Osten, sondern auch mehr Recht und Ordnung als in manchen freien Staaten des Westens." (Zustimmung.)

Die Arbeiterkammerwahlen im Herbst 1969 brachten dem ÖAAB und damit der Volkspartei beachtliche Erfolge. Die Landtagswahlen in Niederösterreich und in Vorarlberg waren für uns wesentlich günstiger ausgefallen als die vorhergegangenen Wahlen in anderen Bundesländern. Die Meinungsbefragungen waren damals für die Volkspartei günstig,

eröffneten ihr echte Chancen. Diese Aufwärtsbewegung setzte sich bei den gewiß nicht leichten Beratungen über das Budget für das Jahr 1970 fort. Die Budgetrede des Finanzministers Professor Koren, die denkwürdige "Fuchsbaurede" des Vizekanzlers Dr. Withalm, mein Fernsehduell mit Dr. Kreisky bestärkten unsere Hoffnung, daß unsere Politik am 1. März 1970 durch eine klare Mehrheit Anerkennung finden werden. Wir glaubten, daß die Wähler die "guten Jahre", den wachsenden Wohlstand, den sozialen und den Bürgerfrieden, die größere Freiheit und Sicherheit nach außen und nach innen, unsere "Politik für alle" honorieren werden. Der Präsident des Nationalrates Dr. Maleta konnte in seiner Schlußansprache in der letzten Sitzung der Legislaturperiode des Nationalrates feststellen: "Die Regierung hat ihre Macht nicht mißbraucht, die Opposition hat keine Obstruktion betrieben."

Und trotzdem, liebe Parteifreunde, erlitten wir am 1. März eine Niederlage, die uns - erstmals seit 1945 - zur zweitstärksten Partei machte, den Bundeskanzler, den Präsidenten des Nationalrates kostete und uns schließlich - wiederum erstmals seit 1945 - in die Oppositionsrolle verwies. Die Volkspartei - das müssen wir unumwunden zugeben - befand sich nach dem 1. März auf einem seit 25 Jahren nicht dagewesenen Tiefpunkt. Wir waren geschlagen, wir waren enttäuscht, aber wir waren nicht niedergeschlagen. Wir bewiesen Haltung, nahmen das Wahlergebnis in demokratischer Gesinnung zur Kenntnis.

Immerhin, mehr als zwei Millionen Wähler, das sind 45 Prozent, hielten uns die Treue, und das war für uns Verpflichtung genug, die Verantwortung für Österreich, so oder so, nicht aufzugeben (Beifall), vielmehr alles daranzusetzen, daß unser Land auch weiterhin seiner demokratischen, europäischen und christlichen Bestimmung erhalten bleibt.

Obwohl die Entscheidung, als zweitstärkste Partei mit dem Sieger der Nationalratswahl eine Koalitionsregierung zu bilden oder die Oppositionsrolle zu übernehmen, eine sehr schwierige und verantwortungsvolle war, haben es die offensichtlich zur Macht drängende Verhandlungstaktik des Doktor Kreisky und das Verhalten des Bundespräsidenten uns schließlich erleichtert, in die Opposition zu gehen und so auch dem Wunsche zahlloser Funktionäre und Wähler der Volkspartei zu entsprechen.

Unserem Verhandlungsteam: Dr. Withalm, Dr. Maleté, Professor Koren, Dr. Schleinzer und Dr. Bauer, gebührt, wie allen Experten, die mitgewirkt haben, der Dank für ihre höchstverantwortliche und mühereiche Arbeit während der harten sechs Wochen, die dem 1. März folgten. (Beifall.) Wer den Verhandlungspartner auf der anderen Seite kannte, wer das Übermaß an Arbeit auf unserer Seite bei der umsichtigen Erstellung eines Gegenvorschlages für ein allenfalls zu vereinbarendes gemeinsames Regierungsprogramm betrachtete und wer auch die kunst- und mühevollen Verhandlungstaktik unserer Freunde während dieser sechs Wochen aus der Nähe mit ansehen konnte, den durfte es nicht überraschen, daß unser Verhandlungsführer, oder, wie Homer sagt, der "Rufer im Streite", Hermann Withalm, sich am

Vorabend der Regierungsdebatte physisch am Ende seiner Kräfte sah. Und trotzdem: Am nächsten Tag trat er im Nationalrat als erster ans Rednerpult (Beifall) und hielt eine starke überzeugende Rede, der in ebenso bravouröser Weise andere Mitglieder des Verhandlungskomitees, nämlich Karl Schleinzer, Stephan Koren und Franz Bauer, folgten. (Neuerlicher Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Die Ereignisse des Monats März, aber auch des Monats April und des Monats Mai dieses Jahres bedeuten eine Zäsur in der nun vierteljahrhundertjährigen Geschichte der Österreichischen Volkspartei, und dies in mehrfacher Hinsicht. Um in den siebziger Jahren unter den veränderten Vorzeichen zu bestehen und um in nicht allzu ferner Zeit vom österreichischen Wähler wieder die Mehrheit und den Regierungsauftrag zu erhalten, braucht die Volkspartei eine neue Führung, neue Methoden und ein erneuertes Programm.

Mit dem heutigen Tag lege ich meine Funktion als Obmann der Österreichischen Volkspartei zurück. Ich bitte euch um Verständnis, wenn ich keine neue Funktion oder Ehrenstelle annehme und an diesem Entschluß festhalte. Ich möchte ihn begründen:

Wie ihr wißt, bin ich gewohnt - und hielt es mehr als 20 Jahre so -, eine Aufgabe ganz, immer etwas eigenwillig, mit persönlichem Temperament und mit dem mir nun einmal angeborenen Fleiß zu erfüllen. Ich habe oft während der letzten 20 Jahre daran gedacht, daß wirklich geniale Menschen, wie Goethe und Bismarck, gesagt haben: 99 Prozent von einem Genie sind Fleiß.

Würde ich also in einem Führungsgremium weiterhin ständig mitwirken, täte das nicht gut, gäbe es bald Friktionen, und deshalb ziehe ich nicht rechtzeitig und ganz zurück: nicht in eine Reserve, nicht in eine Cincinnatus-Rolle, nicht in eine Kandidatenrolle, sondern vorwiegend in die Ruhe und Abgeschlossenheit eines allzulang entbehrten privaten und Familienlebens. Ich sage nur deshalb "vorwiegend", weil ich noch auf längere Zeit im Parlamentsklub und im Nationalrat als einfacher Abgeordneter des ersten Wiener Wahlkreises mitwirke. Sobald ich sehe, daß es auch dort besser wäre, einem Jüngeren und Aktiveren Platz zu machen und es der Partei zum Vorteil gereicht, wird es geschehen.

Liebe Parteifreunde! Die neue Führung, an deren Zustandekommen ich mitgewirkt habe, darf nicht das Gefühl haben, unter den Argusaugen eines Vorgängers zu arbeiten. Gerade jetzt nicht. Planung und Ausführung der Politik sind heute zu differenziert, Entscheidungen müssen oft so rasch auf Grund der neuesten Informationen, der letzten Verhandlungsstadien und auch der letzten persönlichen und verantwortlichen Überlegungen erfolgen, daß mir ein ständiges Rückfragen oder gar Dreinreden eines Dritten in einem Reifestadium der Entwicklung einfach unmöglich erscheint.

Liebe Parteifreunde! Dennoch die Summe meiner Erfahrung in der Arbeit für die Volkspartei durch gut 20 Jahre: als Bezirksobmann, als Landesparteiobmann und nun durch fast sieben Jahre als Bundesparteiobmann, als Landeshauptmann, Finanzminister und Bundeskanzler, die engen Kontakte mit allen Bevölkerungskreisen und ihren Problemen, die

Verbundenheit mit zahlreichen Freunden im Wirtschafts- und Kulturleben in Stadt und Land, im In- und Ausland, aber auch die sich mir nun endlich bietende Möglichkeit eines ernstesten Studiums der neuesten Literatur über Politik, Staat und Gesellschaft sowie das intensivere Sichbefassen mit den modernen Wissenschaften, wie sie etwa die Kybernetik faszinierend vertritt und verbindet - das alles muß deshalb nicht brach liegen.

Wenn es daher die neue Führung wünscht, werde ich gerne und mit ganzer Kraft für Rat und Hilfe und für zeitlich begrenzte ad hoc-Aufträge zur Verfügung stehen. (Beifall.) Ich habe keinen auch nur geringsten Anlaß zu irgendeiner Verstimmung oder Resignation. Aber, liebe Parteifreunde, ich bin der festen Überzeugung, daß es für die Partei nützlicher und attraktiver wirkt - und nur von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir die kommenden Entscheidungen und auch die des heutigen Parteitages abhängig machen -, wenn ein Jüngerer, dessen Sprache und Image, dessen Dynamik und Kontaktfreudigkeit besonders bei der so kritisch eingestellten jüngeren Generation besser ankommt, wenn dieser zum Beispiel die mir in sehr loyaler Weise von unseren Freunden Withalm und Schleinzer angebotene Stelle eines Präsidenten der Politischen Akademie erhält. Wir müssen heute mehr denn je auch hier umdenken und dem Wohl der Partei den Vorzug vor eigenen Wünschen geben. (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Dieser Bundesparteitag ist in jeder Hinsicht ein außerordentlicher. Er ist erfüllt von Abschieds- und Aufbruchstimmung zugleich. Bevor ich von den Delegierten

des Bundesparteitagcs und, durch sie vertreten, von den Mitgliedern und Wählern der Volkspartei Abschied nehme, besinnen wir uns noch einmal:

Was nehmen wir mit, wenn es nun in ein neues Jahrzehnt und in die Schlußphase dieses Jahrtausends, in die neue Situation einer parlamentarischen Opposition, in eine neues Selbstverständnis der Volkspartei als bündische und föderalistische, als pluralistische und als eine moderne Partei, als eine Partei der progressiven Mitte, wie es Maleta in seiner Festrede zum 25jährigen Bestand unserer Partei ausgedrückt hat, einzutreten gilt?

Den Geist unserer christlich-humanistischen Erziehung - ob wir das humanistische Gymnasium besucht haben oder nicht; wir haben sicher Lehrer gehabt oder unsere Lehrer haben Lehrer gehabt, die diesen "bacillus Austriacus", wenn ich ihn so bezeichnen darf, in die österreichische Jugend, auch in die unsere und in die heutige hineingetragen haben -; den Geist unserer österreichischen Wesensart und europäischen Überlieferung; den Geist unserer Vorbilder, der großen Männer unserer neueren Geschichte in Österreich und Europa: Ich zähle sie nicht auf, aber es sind nicht nur Staatsmänner, sondern auch Philosophen, Ökonomen unter ihnen, die wir nicht aus unserem Kreis der Verehrung und der Nachfolge ausschließen sollten.

Fragen wir uns und besinnen wir uns, ob wir vor diesen Leitbildern und Vorbildern bestehen, und fragen wir uns noch mehr: ob die Volkspartei und mit ihr Österreich vor dem wetterleuchtenden weltpolitischen Horizont, der sich in diesen Tagen immer gefahrenvoller verdunkelt, noch lange als eine

"Insel der Seligen" inmitten einer unruhigen, von Kriegen und Revolutionen bedrohten Welt, inmitten einer rasanten industriell-technischen Entwicklung wird bestehen können.

Genügen da soziale Partnerschaft, Wachstums- und Investitionsraten allein? Genügen da reale Einkommenssteigerung, Vollbeschäftigung und Währungsstabilität? Genügen uns die gegenwärtige Struktur und die geschichtliche Leistung der Volkspartei, wenn wir die Zukunft gewinnen wollen?

Fragen wir uns und besinnen wir uns weiter: Haben wir nicht oft zu wenig die Grenzen bündischer Gliederungen und Interessen überschritten, um bei Akademikern, bei Künstlern, bei jungen Menschen, bei freiberuflich Tätigen glaubwürdig zu sein, wählbar zu erscheinen? Müssen wir nicht vielleicht eingestehen, daß wir nur dann modern, attraktiv und erfolgreich sind, wenn wir schöpferisch das Neue, die Veränderung unserer Welt und das Zukunftsträchtige mit schöpferischen Menschen gemeinsam suchen und verwirklichen. Drängende konkrete Aufgaben, etwa die Rettung einer heilen Umwelt, die Erhaltung des natürlichen und des geistigen Antlitzes unseres so schönen Österreich, Raumordnung, Strukturwandel, Hinüberretten des Bewahrenswerten in einen modernen Industrie-, Agrar- und Bildungsstaat, das alles wird uns nur dann gelingen, wenn wir den Geist, die Intelligenz, das heißt, den Sachverstand und den Sachverständigen, den kühnen Denker und Forscher, der auf der Höhe des Wissens seiner Zeit steht, sowie den erfolgreichen und erfahrenen - meinetwegen internationalen - Manager für unsere Sache mobilisieren. Werfen wir die von mir stets empfohlene und angewandte "Politik

der Sachlichkeit" nicht deshalb über Bord und die Aktion 20 nicht deshalb zum alten Eisen, weil wir eine Wahl verloren haben und ich die Fahne getragen habe.

Aber fragen wir uns auch, ob wir nicht zusehr mit unserer Sachlichkeit und Wissenschaftlichkeit und Rechenhaftigkeit nur die Ratio und das Gehirn und zu wenig die Phantasie, Emotion oder, noch besser gesagt, das Herz und das Fingerspitzengefühl haben zur Geltung kommen lassen. Dabei geht es mir nicht um Bezeichnungen und Personen, sondern um die Potenzierung unserer politischen Möglichkeiten heute und morgen, um die Möglichkeit, wieder die Mehrheit beim österreichischen Wählervolk zu erringen!

Liebe Parteifreunde! Ich sprach vom Abschied und Aufbruch. Der Aufbruch zu neuen Ufern und Horizonten soll nicht ohne die Feldzeichen, Leitlinien und Vorbilder geschehen, die unserer Partei seit ihren Gründungstagen die Erfüllung ihrer großen Aufgaben für Österreich und Europa ermöglicht haben.

Vergessen wir nie, daß wir als Christen, als Österreicher, als Demokraten, als Föderalisten und als Europäer angetreten sind. Bewahren wir uns diese Substanz: als Christen - soweit wir es sind - das Kreuz und seine Lehre. Es geht weder in der Gesellschaft noch im persönlichen Leben - und in der Politik haben wir es alle erfahren - ohne den ständigen Wechselfall von "Hosianna und Crucifige" und es geht nicht ohne das, was wir heute früh als Invokation erlebt haben, es geht nicht ohne Kontemplation als Quellgrund einer guten Aktion, es geht nicht ohne die tägliche Besinnung auf

höhere Werte. Der amerikanische Philosoph Emerson sagte:
"Glücklich ist der hörende, unglücklich der redende Mensch."
Es ginge auch bei uns und unsereinem vieles besser, wenn wir
mehr hören würden: hören nach unten, nach oben und nach ganz
oben! Bewahren wir uns diese Substanz als Österreicher.
Halten wir im Sinne unseres großen Kanzlers Julius Raab die
Fahne Rot-Weiß-Rot in Ehren, gerade jetzt, um "unser schönes
Österreich als einen Hort der Freiheit zu bewahren". Es geht
auch hier nicht ohne Opferbereitschaft, ohne Patriotismus,
ohne Verteidigungswillen.

Bewahren wir uns diese Substanz auch als bewußte Demo-
kraten, denen die Freiheit und die Würde des Menschen nicht
ein politischer Slogan, nicht ein vermeintlicher Höhepunkt
von Sonntagsreden ist, sondern ein existentielles Anliegen
bleibt. Es geht uns dabei nicht nur um die individuelle Frei-
heit, sondern auch um Recht und Ordnung im Staate und nicht
nur um den materiellen Wohlstand aller. Für uns sind diese
Werte die Grundlage für ein Leben höherer Ordnung.

Als Föderalisten bekennen wir uns vorbehaltlos zu den
Lebensrechten der kleinen und kleinsten Gemeinschaften, der
Länder, der Gemeinden, der Familien, aber auch zur Dezentrali-
sation der staatlichen Gewalten und Verantwortungen. Man sagt
mir nach, ich hätte nie ein richtiges Verhältnis zur Macht ge-
funden. Das stimmt insofern, als ich in den Jahren 1938 bis
1945 mit euch allen erlebt habe, was der Mißbrauch der Macht
mit sich bringen kann. Daher war es immer meine Meinung, mit
der Macht hauszuhalten, und das geschieht am besten in der
Dezentralisation, in der Abgabe der Macht nach unten.

Als echte Europäer wissen wir um die große Aufgabe, die es für unser Land im Interesse einer baldigen föderativen, wirtschaftlichen und kulturellen Integration Europas zu leisten gibt.

Nun, liebe Parteifreunde, noch ein Wort des Dankes für eure Mitarbeit, für eure Treue, für euer so oft erwiesenes Vertrauen und auch für die Geduld und Nachsicht, die ihr oft mit mir üben mußtet. Ihr habt mich einmal als einen "echten Österreicher" herausgestellt, und zu einem solchen gehört halt auch, daß er meist ein "schwieriger" Österreicher ist. Aber zum Schluß haben wir uns doch immer wieder ~~doch~~ ertragen und auch gut vertragen.

Liebe Parteifreunde! Ich bin überzeugt, daß die Männer, die wir heute zur Führung unserer großen Volkspartei berufen werden, unsere Partei zum Erfolg führen werden. Schenken wir ihnen aber nicht nur unser Vertrauen, sondern auch unsere Mitarbeit, und wenn sie sich etwa auch als "schwierige" erweisen sollten, unsere Nachsicht und Geduld.

Ich verabschiede mich heute von Ihnen als Parteiobmann auf einem Parteitag, der unsere Partei in der oppositionellen Minderheit sieht. Ich bin aber mit euch allen sicher, daß der nächste Parteitag im Zeichen des neuen Aufstiegs der Österreichischen Volkspartei stattfinden wird.

Es lebe daher die Österreichische Volkspartei!

Es lebe unser Vaterland, die Republik Österreich!

(Starker anhaltender Beifall. - Die Delegierten erheben sich und bereiten dem scheidenden Bundesparteiobmann lebhaftere Ovationen.)

Vorsitzender Präsident Ing. Rudolf S a l l i n g e r :

Herr Bundesparteioobmann! Ich darf dir für deine Ausführungen herzlich Dank sagen. Alle, die hier im Saal sind, jung und alt, haben es auch spontan zum Ausdruck gebracht. Du hast dich bei deinen Ausführungen mit deiner Tätigkeit in der Vergangenheit befaßt, und du hast auf die Zukunft hingewiesen. Du hast das Neue hervorgehoben, für das du ja immer eingetreten bist.

Wenn der heutige Parteitag wirklich ein Parteitag der Diskussion sein soll, wenn die Österreichische Volkspartei neue Wege gehen soll, dann warst es du, Herr Bundesparteioobmann, der schon immer, ob als Bundeskanzler oder als Bundesparteioobmann, diese Wege aufgezeigt hat. Der Bundesparteitag wird dir später noch den Dank zum Ausdruck bringen.

Du, Herr Bundesparteioobmann, hast dich heute verabschiedet, und so darf ich dir auch als Vorsitzender des Tagungspräsidiums für alle deine Arbeit herzlich Dank sagen. Du hast deine Arbeit nie allein für die Österreichische Volkspartei getan, du hast immer Österreich und alle Österreicher gesehen.

Laß dir deshalb noch einmal herzlich danken, von allen, die hier im Saale sind, von der Jugend und vom Alter, von allen Organisationen, die der Österreichischen Volkspartei angehören und ihr nahestehen, von den Landesparteioobleuten und zum Schluß auch von den drei bündischen Obmännern.

(Beifall.)

9. Diskussion und Beschlußfassung

Vorsitzender Präsident Ing. S a l l i n g e r :

Liebe Parteifreunde! Ich darf zu den Ausführungen des Herrn Bundesparteiobmannes die Diskussion eröffnen. Erster Redner ist Herr Landeshauptmann Dr. Lechner.

Landeshauptmann Dipl.-Ing. DDr. Hans L e c h n e r :

Hohes Präsidium! Liebe Freunde! Der heutige Bundesparteitag ist vielfach als "Ende der Ära Klaus" kommentiert worden. Ich finde es nicht besonders glücklich, in einer demokratischen Zeit von einer Ära zu sprechen. Gewiß ist aber der heutige Bundesparteitag ein Einschnitt in unserer Parteilgeschichte, der sehr bedeutsam ist, der aber für uns auch Anlaß sein soll, nicht nur dem scheidenden Bundesparteiobmann Dank und Anerkennung auszusprechen, sondern ihm auch wirklich persönlich und herzlich für alles das zu danken, was er getan hat. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir nicht vergessen werden, daß wir unter seiner Führung und mit seinen Mitarbeitern zu einer Höhe gekommen sind, wie es vorher in der Ersten und in der Zweiten Republik nie der Fall war. Ich glaube, daß wir es niemandem und auch ihm nicht verübeln können, wenn dieser Höhepunkt nicht voll gehalten werden konnte.

Ich möchte der Überzeugung Ausdruck geben - und ich darf dies als sein Nachfolger als Landeshauptmann im Bundesland Salzburg tun -, daß manches, was von ihm gesät wurde, noch in späterer Zeit Früchte und Ernte bringen wird. Er war wirklich und er ist das Vorbild eines österreichischen Politikers, der die Aufgabe, für alle Österreicher zu wirken, ganz, ganz ernst genommen hat und ganz ernst nimmt.

Daß unsere Partei trotzdem nicht immer gut weggekommen ist, liegt sicher tragischerweise auch darin, daß die Propaganda anscheinend doch ein sehr entscheidendes und wesentliches Moment unserer Zeit ist und gegenüber sachlicher, guter politischer Arbeit stark überwiegt. Und in der Propaganda, da sind wir ja nie Champions gewesen.

Klaus war aber auch der echte und unmittelbare Anwalt des Volkes in unserer und für unsere Partei. Es ist geradezu paradox, daß er sich manchmal sogar in einem gewissen Gegensatz zu seiner Partei, deren Obmann er war und deren Obmann er ist, befunden hat, um die Sehnsüchte und die Wünsche des einfachen kleinen Funktionärs und des Wählers selbst, der Bevölkerung unseres Landes, von jung und alt und aller Berufsstände, ~~zum~~ unmittelbar zum Ausdruck zu bringen.

Ich glaube, daß jetzt, wo der Mann nicht mehr an der Spitze ist, der das bisher in einem so deutlichen Ausmaße zum Ausdruck gebracht hat, diese Aufgabe an uns alle, an die neue Führung, aber auch an jeden einzelnen von uns übergeht; sie ist ein Imperativ, dem wir uns nicht entziehen können. Wir müssen alle Gruppen, alle Menschen in Österreich unmittelbar ansprechen und müssen auch die inneren Entwicklungen unserer Gesellschaft in der Gegenwart sehen.

In diesem Sinne geht auch eine Ära Klaus nicht zu Ende, sondern so wie alles Wertvolle von Raab, Figl, Gorbach, Withalm und von allen ihren Freunden weiterwirkt und zusammen mit unseren grundsätzlichen Ideen einen integrierenden Bestandteil bildet, so wird auch das Erbe Klaus' in der politischen Führung weiterwirken.

Ich glaube, in Ihrer aller Namen den Antrag stellen zu dürfen, dem Bundeskanzler und Bundesparteiobmann Dr. Klaus den Dank und die Anerkennung des Bundesparteitages auszusprechen und das über unseren persönlichen Dank hinaus auch offiziell zu beschließen.

Nun noch einen kurzen Gedanken zu der Hauptfrage, die er angeschnitten hat: zum Verhältnis zwischen der Partei und den Bünden. Hier darf ich meiner innersten Überzeugung Ausdruck geben, daß wir nie die absolute und nie auch nur die relative Mehrheit erreicht hätten, wenn wir keine Bünde hätten. Ich bin aber ebenso überzeugt, daß wir nie mehr die relative oder absolute Mehrheit erlangen werden, wenn wir dieses Verhältnis nicht als erstes überdenken, überlegen und zu reformieren bereit sind.

Konkret möchte ich nur sagen - ich will hier nicht in Einzelheiten eingehen -, daß die Bünde nach außen nur in ihrem unmittelbaren Bereich, dort, wo sie unmittelbares Sonderwissen aus ihrer Erfahrung heraus haben, wo sie eine unmittelbare Sonderverantwortung zu tragen haben, in Erscheinung treten und Beschlüsse fassen dürfen. In allen Fragen, wo wir gemeinsam Verantwortung zu tragen haben, und dazu gehört die Bildung, die Kultur, die Außenpolitik, aber auch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, haben wir zwar in Gremien Vorberatungen durchzuführen, die Beschlüsse können wir jedoch nur gemeinsam fassen.

Ich wiederhole meinen Antrag, den ich bezüglich des ausscheidenden Bundesparteiobmannes Dr. Klaus gestellt habe.
(Beifall.)

Vorsitzender Präsident Ing. S a l l i n g e r :

Herr Landeshauptmann Dr. Lechner hat den Antrag gestellt, dem Herrn Bundesparteiobmann Dr. Josef Klaus den offiziellen Dank des Parteitages auszusprechen. Ich glaube, es ist gar kein derartiger Antrag notwendig, denn unser aller Herzen sind ja in dieser Hinsicht so voll, daß wir diesen Dank des Bundesparteitages spontan zum Ausdruck bringen können.

(Starker Beifall.)

Offiziell aber muß ich diesem Antrag nachkommen. Ich bitte alle jene, die diesem Antrag zustimmen, die Delegiertenkarte zu erheben. - Ich darf die einstimmige Annahme feststellen und dir, Herr Bundesparteiobmann, recht, recht herzlich danken. (Beifall.)

Ich darf nun um weitere Wortmeldungen bitten. - Nächster Redner ist Josef Höchtl.

Josef H ö c h t l : Hoher Parteitag! Dieser Parteitag ist wahrlich dazu angetan, einen jungen Menschen nachdenklich zu stimmen. Ist es vielleicht als demokratisch zu bezeichnen, wenn Initiativanträge durch halbe Zugeständnisse abgewürgt werden und die Abstimmungen in einer Art durchgeführt werden, die sicherlich beste Ausdrucksform einer autoritären Gesinnung ist?

Ist es denn nicht als Augenauswischerei zu betrachten, wenn eine derartige Fülle von Problemen, die sich aus der neuen politischen Situation ergeben, in einigen Stunden vom Tisch gefegt werden sollen? (Anhaltende Unruhe.) Gerade in einem Zeitpunkt, in dem eine intensive Standortanalyse, ein Überdenken der Positionen und Werte zu einem neuen Selbstverständnis der Partei führen müßte, sieht man sich hier einer Tagesordnung gegenüber, die ohne jeden Zweifel wahrlich wenig Raum für geistige Auseinandersetzung läßt.

Es ergibt sich die Frage, ob nicht gerade solche kritische Situationen für Parteihierarchien die Notwendigkeit aufzeigen, die Diskussion möglichst in Grenzen zu halten, um nicht gewisse Konsequenzen heraufzubeschwören, die dem einen oder anderen nicht gerade angenehm wären.

Zeigt es denn von einer besonders fortschrittlichen Linie, wenn sämtliche Anträge, die eingebracht worden sind, unter dem Vorwand nicht behandelt werden, daß sie zu spät eingelangt sind? Sogar Unkritische könnten dabei auf andere Gedanken kommen.

Überhaupt ist die Funktion eines Parteitages dadurch in Frage zu stellen, daß doch die eigentlichen Beschlüsse schon längst gefaßt sind (Zustimmung) und alle hier Anwesenden doch nur aufgefordert werden, sie zur Kenntnis zu nehmen. Vielleicht gilt es zu überlegen, ob die Zeit nicht anders genützt werden könnte, als hier Stunden zu sitzen und formelle Beschlüsse fassen zu dürfen. Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Ing. S a l l i n g e r :

Ich glaube, daß niemand hier im Saal ist, der eine Diskussion abwürgen will. Wir haben die Tagesordnung, an die wir uns gerne halten, und es steht jetzt das Referat des Herrn Bundesparteiobermannes zur Debatte.

Es hat sich niemand mehr zum Wort gemeldet.

Herr Bundesparteiobermann! Die Diskussion zu deinen Aus-
führungen war sehr kurz, und damit wurde/zum Ausdruck ge-
bracht, daß wir alle deiner Meinung zustimmen können.

Ich möchte nun diesen Bericht des Herrn Bundesparteiobermannes zur Abstimmung bringen. Wer mit diesem Bericht einverstanden ist und damit für die Entlastung des scheidenden Bundesparteiobermannes ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Stimmenthaltungen? - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dieser Bericht ist somit einstimmig zur Kenntnis genommen worden.

10. Bericht des Generalsekretärs Dr. Hermann Withalm

Vorsitzender Präsident Ing. S a l l i n g e r :

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt, das ist der Bericht des Generalsekretärs Dr. Hermann Withalm. Ich bitte den Herrn Generalsekretär um seine Ausführungen.

Berichterstatter Generalsekretär Dr. Hermann W i t h a l m

(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Bei den Wahlen vom 1. März 1970 ist es den Sozialisten zum dritten Mal seit 1945 gelungen, einen zahlenmäßigen Vorsprung vor der ÖVP zu erreichen; bekanntlich hatten die Sozialisten bereits im Jahre 1953 und im Jahre 1959 einen Vorsprung an Wählerstimmen erreichen können, doch war er damals nicht groß genug, um sich auch als ein Vorsprung bei der Sitzverteilung im Nationalrat auszuwirken. Diesmal ist es den Sozialisten gelungen, auch im Parlament einen Vorsprung vor der Österreichischen Volkspartei - und zwar von zwei Mandaten - zu erreichen.

Die Situation von 1970 ist jener von 1959 nicht unähnlich:

1955 hatte Figl den erfolgreichen Abschluß des Kampfes um die volle Freiheit und Souveränität verkünden können.

Kamitz hatte es dann möglich gemacht, daß die Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag ohne Belastung der Bevölkerung erfüllt werden konnten; die gesicherte wirtschaftliche Lebensfähigkeit Österreichs war weithin sichtbar geworden.

Raab hatte die monatelangen Verhandlungen über das ASVG., die Magna Charta der österreichischen Sozialpolitik, erfolgreich abschließen können; das Ausmaß der sozialen Sicherheit und des sozialen Friedens in Österreich war mehr als beachtlich.

Die Volkspartei hatte die Einführung der Altersversorgung für die selbständig Erwerbstätigen in der gewerblichen Wirtschaft und in der Landwirtschaft durchsetzen können.

Der Gedanke der Ausgabe von Volksaktien bei Betrieben des ehemaligen Deutschen Eigentums und bei verstaatlichten Banken hatte allgemein positives Echo gefunden.

Große Grundsatzprobleme auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet waren von der Volkspartei gelöst worden; die Wähler aber waren nicht bereit, der Volkspartei das volle Vertrauen zu schenken.

Bundeskanzler Raab erklärte damals in Wartholz vor Funktionären - und mit seinen damaligen Worten möchte ich zur gegenwärtigen Situation überleiten -:

"In den fast fünfzehn Jahren, in denen unsere Österreichische Volkspartei nun besteht, habe ich die Erfahrung gewonnen, daß diese Partei von Zeit zu Zeit eine Periode der Selbstbesinnung, der inneren Sammlung und der Ausrichtung auf ihre zukünftigen Ziele braucht. Eine solche Selbstbesinnung hat ihr bisher noch immer die Kraft gegeben, die Verantwortung als Regierungspartei zu tragen, sie hat es ihr ermöglicht, Grundsatztreue mit Aufgeschlossenheit für die Zeitströmungen zu vereinigen und in einem höchst notwendigen Verjüngungsprozeß auch neuen Kräften Gelegenheit zu geben, an der Verwirklichung unseres Programms mitzuarbeiten."

So weit Julius Raab nach dem enttäuschenden Wahlergebnis des Jahres 1959.

Meine Damen und Herren! Rückschauend scheint es meist leicht zu sein, die Ursachen für einen Mißerfolg zu finden

und aufzudecken. Im speziellen Fall des Jahres 1970 führt diese Methode aber kaum zum Erfolg. Zwischen den Wahlkämpfen von 1966 und 1970 sind keine prinzipiellen Unterschiede festzustellen.

Hätte der 1. März 1970 zu einer Wiederholung des Ergebnisses vom 6. März 1966 geführt, so würden wir alle in der Feststellung übereinstimmen, daß der Wahlkampf in allen seinen Erscheinungsformen des Jahres 1970 ebenso voll und ganz richtig und gerechtfertigt war, wie wir es 1966 nach dem Erfolg vom 6. März getan hatten.

Ich sehe weder in den Persönlichkeiten der beiden Wahlkämpfe, noch in der Technik oder der Gestaltung der Wahlkämpfe, noch auch in der Politik der Österreichischen Volkspartei vor den beiden Wahlkämpfen irgendwelche prinzipiellen Unterschiede.

Wenn diese meine Auffassung richtig ist, dann ergibt sich zwangsläufig die Konsequenz, daß der Wähler 1970 anders reagiert hat als 1966.

Ich ziele jetzt jedoch, meine Damen und Herren, keineswegs auf den billigen Versuch in der Richtung hin, die Schuld am Mißerfolg vom 1. März 1970 womöglich dem Wähler zuzuschieben. Ich möchte die Schuld vielmehr darauf beschränken, daß wir 1970 einen Wahlkampf führten, als ob es die vier Jahre zwischen 1966 und 1970 in der politischen Geschichte Österreichs nicht gegeben und als ob sich in der Einstellung des österreichischen Volkes und des österreichischen Wählers nichts geändert hätte.

Ich wage zu sagen, daß wir mit dem Wahlkampf, den wir 1970 führten, die Wahlen 1966 genauso gewonnen hätten, wie

wir sie damals tatsächlich gewannen, und daß wir mit dem Wahlkampf des Jahres 1966 im Jahre 1970 ebenfalls einen Mißerfolg erzielt hätten.

Hoher Bundesparteitag! Die Österreichische Volkspartei hat mit ihrem Mut, als erste Partei in der Geschichte Österreichs durch vier volle Jahre die Alleinverantwortung zu tragen, in dieser Periode eine reformfreundige und aktive Politik durchzuführen und Probleme zu lösen, an denen die Koalition jahrzehntelang gescheitert war, nicht nur das politische Klima und die politische Situation, sondern auch die politische Struktur in Österreich wesentlich beeinflußt und verändert.

Unser Fehler als politische Partei kann meiner Meinung nach nur darin liegen, daß wir diese positiven Veränderungen zwar gewollt und auch bewußt herbeigeführt haben, daß wir uns aber in unserem Wahlkampf so verhalten haben, als ob sich nichts geändert hätte.

Ich glaube nicht, daß wir einfach sagen können, wir hätten am 1. März 1970 eben den Preis dafür bezahlen müssen, daß wir es gewagt haben, dieses Land vier Jahre lang allein zu regieren und es damit zu einem demokratischen System zu führen, wie es in vielen westlichen Demokratien durchaus üblich und bewährt ist. Sicherlich haben zu hochgespannte Erwartungen sehr vieler Wähler des Jahres 1966 in Enttäuschung umgeschlagen.

Es ist uns dann nicht mehr gelungen, diese enttäuschten Wähler wieder für uns zu gewinnen. Der große Bruch in der Einstellung des österreichischen Volkes zu den beiden großen

Parteien ereignete sich schon im Frühsommer 1967. Damals schon hat die Majorität der öffentlichen Meinung die Österreichische Volkspartei verlassen und ist zu den Sozialisten übergegangen.

Alle Meinungsbefragungen und die Umrechnung aller Zwischenwahlen zeigen uns eindeutig, daß vom Frühsommer/1967 bis zum Spätherbst 1969 die Sozialistische Partei nicht nur einen Vorsprung vor der Österreichischen Volkspartei hatte, sondern daß sie mit ziemlicher Sicherheit die absolute Majorität gewonnen hätte.

Erst als Folge des Vorwahlkampfes und des Wahlkampfes - ich erinnere an die Arbeiterkammerwahlen und an die niederösterreichischen Landtagswahlen - ist es in der Zeit zwischen Herbst 1969 und Anfang 1970 gelungen, in der öffentlichen Meinung die Sozialisten aus dem Bereich der absoluten Majorität herunterzuholen und die Volkspartei wieder an die 80-Mandats-Grenze heranzuführen.

Meine Damen und Herren! Die Herausführung Österreichs und des österreichischen Wählers aus der Versteinerung der über 20jährigen Koalition hat eine Beweglichkeit des Wählers mit sich gebracht, die bisher in Österreich unbekannt, ja geradezu undenkbar war. Bewegte sich die Zahl der möglichen Wechselwähler bis 1966 um etwa 200.000, so dürfte sie heute knapp an der Millionen-Grenze liegen.

Diese bisher beispiellose Beweglichkeit unter den Wählern ist eine normale Begleiterscheinung des Wechsels vom System der großen Koalition zum System Regierung und Opposition. Dies bedeutet die permanente Chance für jede der großen Parteien, bei jeder Wahl die absolute Mehrheit zu erzielen.

Die vierjährige Periode der Alleinverantwortung der Volkspartei hat aber noch wesentlich mehr durchaus positive Wirkungen mit sich gebracht: Sie hat nicht nur Österreich aus der Sonderform einer jahrzehntelangen großen Koalition zu der Normalform "Regierung und Opposition" geführt, sie hat nicht nur die Zwangsvorstellung von der Gefahr für die Demokratie aus der Alleinregierung einer Partei gebrochen, sie hat nicht nur den Beweis geliefert, daß man dieser Volkspartei unbesorgt die gesamte Regierungsgewalt anvertrauen kann - diesen Beweis werden die Sozialisten erst zu erbringen haben -, sie hat nicht nur hunderttausende Wähler aus der Versteinerung der lebenslänglichen - soziologisch oder traditionell bedingten - Zugehörigkeit zu einer Partei herausgeführt.

Sie hat über all das hinaus auch bewirkt, daß ein Tabu innerhalb der Volkspartei zerbrochen ist, nämlich jenes äußerst gefährliche Tabu, daß die Volkspartei eine Opposition gar nicht aushalten könnte, weil sie als Oppositionspartei in ihre Bünde und Gruppen zerfallen würde.

Meine lieben Parteifreunde! Ich betrachte das als eine ganz besonders heilsame Wirkung der vierjährigen Alleinverantwortung, daß die Bünde und die Gruppen innerhalb der Volkspartei so aneinander geschmiedet und im Primat der Partei so integriert wurden, daß gerade das Funktionärskorps unserer Partei nach dem enttäuschenden Wahlergebnis vom 1. März 1970 die Oppositionsrolle vehement verlangte; das taten ohne Unterschied die Funktionäre aller Bünde und aller Bundesländer. Meine Damen und Herren! Ich frage Sie: Wer hätte das noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten?

Hoher Bundesparteitag! Als ich am 12. Februar 1960 beim 8. außerordentlichen Bundesparteitag in Wien hier in diesem Saal zum Generalsekretär gewählt wurde, verfügte die Österreichische Volkspartei im Nationalrat über 79 Mandate, denen 78 Sozialisten und 8 Freiheitliche gegenüberstanden. Das Wahlergebnis vom 10. Mai 1959 war enttäuschend gewesen und hatte zu einem Stimmenüberhang der Sozialisten geführt. An der Spitze des Landes stand das Kabinett Raab III, das im Jahre 1959 sein Amt angetreten hatte.

In diesen zehn Jahren seit 1960 haben wir drei allgemeine Wahlen in Österreich geschlagen: Jene vom 18. November des Jahres 1962 brachten uns zwei Mandate von den Sozialisten, jene des Jahres 1966 brachten uns neuerlich zwei von den Sozialisten und dazu zwei von den Freiheitlichen und damit die absolute Mehrheit.

Bei jener des Jahres 1970 verloren wir diese sechs Mandate an die Sozialisten, die noch dazu eines von den Freiheitlichen gewannen. Wir sind heute wieder dort, wo wir 1959 waren, zumindest was die Mandatszahl im Nationalrat anbelangt.

Was Ende 1959 Julius Raab aus der damaligen politischen Situation heraus festgestellt hat, gilt unverändert auch heute. Modifiziert möchte ich es etwa in folgende Aussage kleiden: "Aus Fehlern lernen - neue Wege gehen - die Zukunft gewinnen."

Ich möchte damit ausdrücken, daß wir, auf den Erfahrungen vor allem der jüngsten Vergangenheit aufbauend, in den kommenden Wochen und Monaten Handlungen zu setzen haben werden,

mit denen wir die Volkspartei wieder in die Führungsrolle in der österreichischen Politik zurückbringen können.

Über eines gibt es wohl keine Debatte: Wir werden uns auch nach dem Ergebnis des 1. März 1970 nicht damit begnügen, als zweite Partei im Staate eine bloß kontrollierende Rolle auszuüben, während die Initiative der Sozialistischen Partei Österreichs überlassen wird. Wir werden aus der Opposition heraus so initiativ und so offensiv sein, daß die Mehrheit der Wähler möglichst bald wieder zur Überzeugung kommt, daß ihr Schicksal und das dieses Landes in den Händen der Österreichischen Volkspartei besser und sicherer ruht als in jenen der Sozialistischen Partei. (Beifall.)

Was die kurzfristigen Konsequenzen aus der gegebenen Lage und damit die Sofortmaßnahmen unserer Partei betrifft, darf ich dem Hohen Parteitag folgende Punkte vortragen:

1. Die Bundesparteileitung hat in ihren Sitzungen vom 16. April und 20. Mai zehn Ausschüsse eingesetzt, die so zusammengesetzt sind, daß sie in ihrer Gesamtheit sämtliche Ressorts der Bundesregierung abdecken. Für jedes Ministerium ist ein bestimmter Ausschuß zuständig. Diese politischen Ausschüsse werden im wesentlichen von Abgeordneten im Nationalrat getragen. Daneben gehören ihnen unter anderem Vertreter der Bünde sowie der Frauen- und Jugendbewegung an. Ebenso sind alle Freunde, die Mitglieder der Regierung Klaus waren, in jenen Ausschüssen tätig, die für die seinerzeitigen Agenden dieser Parteifreunde zuständig sind. Es wird Sorge zu tragen sein, daß Wissenschaftler, die in der Aktion 20 mitarbeiten, Gelegenheit erhalten, in den Ausschüssen ihr Wissen und ihr Können zur Verfügung zu stellen.

In der Sitzung der Bundesparteileitung vom 20. Mai wurden folgende Vorsitzende der zehn Ausschüsse bestellt:

Finanzpolitik	Dr. Koren
Wirtschaftspolitik	Dr. Mussil
Agrarpolitik	Dr. Brandstätter
Sozialpolitik	Dr. Kohlmaier
Verkehrspolitik, mit verstaatlichter Industrie und Energie	Dr. Taus ↓
Bauten, einschließlich Wohnbau	Ing. Helbich
Bildungspolitik	Dr. Mock
Rechtspolitik, einschließlich Inneres und Wahlrecht	Dr. Iro ↓
Wehrpolitik	Tödling
Außenpolitik	Dr. Karasek

Diese Ausschüsse werden mit Anfang Juni ihre Tätigkeit aufnehmen.

Meine Damen und Herren! Was den Wunsch nach der Aufstellung eines Schattenkabinetts betrifft, glauben wir, daß der von uns eingeschlagene Weg zweckmäßiger ist, als die unmittelbare Nominierung von 10 oder 11 Parteifreunden als "Schattenminister". Entscheidend ist, daß wir nicht nur auf Aktionen der Minderheitsregierung reagieren, sondern daß wir agieren, das heißt, von uns aus Initiativen entwickeln und offensiv vorgehen. (Beifall.)

2. Diese Ausschüsse stellen sodann "Sprecher der Opposition", die nicht nur als Redner in Versammlungen und bei Diskussionen und als Referenten zu den einzelnen Ressortfragen auftreten werden; sie werden auch die Information der

Presse, des Hörfunks und des Fernsehens durchführen. Wir glauben, nur durch eine entsprechend große Anzahl von Sprechern der Opposition der Öffentlichkeit gegenüber jener Aufgabe gerecht werden zu können, die wir uns als Opposition gestellt haben. Diese Sprecher werden mit Anfang Juni ihre Tätigkeit aufnehmen.

3. Wenn eine politische Partei erfolgreich arbeiten soll, dann braucht sie neben Idealen und neben einsatzbereiten Mitarbeitern Geld, Geld und wieder Geld. Das gilt in noch verstärktem Ausmaß von einer politischen Partei in Opposition. Wir werden daher noch in diesem Jahr die Aktion "Oppositionschilling" durchführen und von Funktionär zu Funktionär, von Mitglied zu Mitglied, von Haus zu Haus eine gesamt-österreichische Spendenaktion durchführen, um jene Summe aufzubringen, die für eine erfolgreiche Arbeit in der Opposition Voraussetzung ist. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Alle, das heißt, die, die um Spenden kommen, und die, die um Spenden angegangen werden, müssen sich darüber klar sein, daß es hier um eine ganz große Sache geht; das heißt also, wir werden uns nicht mit einem Pappenstiel abfinden lassen.

4. Wir werden eine straffere Arbeitsweise im Klub einführen müssen. Ein Großteil der Auseinandersetzungen mit der Minderheitsregierung und ihrer Fraktion im Parlament wird sich auf parlamentarischem Boden abspielen. Diese Arbeit im Parlament muß besonders gut vorbereitet werden.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir als Opposition über zahlreiche Informationen und technische Hilfen nicht

verfügen, die einer Regierung voll zur Verfügung stehen. Den Ausgleich dafür werden wir durch eine intensive Arbeit im Parlament und in den neuen Ausschüssen suchen müssen.

5. Weitgehend neu wird als Folge unseres Überganges von der Regierungspartei zur Oppositionspartei unser Verhältnis zu den Massenmedien geregelt werden müssen. Ich sehe hier zwei Ebenen, auf denen sich diese Arbeit abspielen muß.

Die eine ist die Neuregelung der gesamten Pressearbeit auf dem Parteisektor, also die Bereinigung bestehender Schwierigkeiten mit unseren Parteizeitungen (Beifall), aber auch neue Formen der Zusammenarbeit zwischen unseren Tageszeitungen und unseren bündischen Blättern sowie mit den bündischen Verlagen.

Meine Damen und Herren! Eine der dringendsten Aufgaben ist die Erstellung eines wirklich großzügigen und dauerhaften Parteipressekonzeptes. Eine erfolgreiche Lösung dieses Problems stellt für unsere Partei geradezu eine Lebensfrage dar. (Zustimmung.)

Auf der anderen Ebene werden wir unser Verhältnis als Partei und als politische Mandatare dieser Partei zu den Massenmedien und deren Vertretern neu gestalten müssen. Vielleicht haben wir auch hier - oder lassen wir das "vielleicht" weg - aus begangenen Fehlern und Versäumnissen zu lernen.

Die Regierungstätigkeit hat uns hier offensichtlich zu wenig Zeit gelassen. Wir haben die Kontaktpflege zu den Massenmedien oft vernachlässigt. Hier muß der Übergang zur Oppositionsrolle ebenfalls Anlaß für eine heilsame Umkehr sein. Wenn wir nicht gegenüber der Regierungspartei hoffnungslos

in die Hinterhand kommen wollen, dann müssen wir die Zeit zum Gespräch und zur Kontaktpflege mit den Massenmedien und deren Vertretern finden.

Meine lieben Parteifreunde! Ab heute - ab heute, sage ich - soll für jeden von uns als Richtschnur gelten, daß er mindestens ein Zehntel seiner Zeit der Informationstätigkeit widmet. Ich bitte, das wörtlich und sehr ernst zu nehmen. Im Gespräch mit den Journalisten, den Vertretern des Hörfunks und des Fernsehens, muß es uns gelingen, unseren Standpunkt detailliert und begründet darzulegen und für unsere Konzepte die Glaubwürdigkeit der Vertreter der Massenmedien zu erwerben, denn nur dann wird es uns gelingen, diese Glaubwürdigkeit auch beim Wähler zu erwecken.

6. Um dem Vorwurf zu begegnen, daß wir in einer Art "Kommissionitis" das Allheilmittel sehen, hat die Bundesparteileitung in ihrer Sitzung vom 20. Mai alle bisher bestehenden Ausschüsse und Komitees am Sitz der Bundesparteileitung aufgelöst, um völlig klare Verhältnisse zu schaffen.

Wir werden - das ist ein weiteres - alle Anstrengungen machen, um so rasch wie möglich von einer sprechenden Partei - zu der uns vor allem die vierjährige Alleinverantwortung gemacht hat - auch zu einer hörenden Partei zu werden. Wir müssen viel stärker als bisher in unser Funktionärskorps und in unsere Parteimitglieder hineinhören. Dem parteiinternen Informationsstrom von oben nach unten soll ein ebenso ergiebiger Informationsstrom von unten nach oben entsprechen. Daraus soll eine organische Mitarbeit an der Willensbildung in der Partei erwachsen - etwa in der Form einer breiten Pyramide.

Der Wunsch nach Demokratisierung darf vor unserer Volkspartei nicht halt machen! Wir wollen allen gutwilligen und allen interessierten Mitarbeitern die Tore und die Fenster des Parteigebäudes weit aufmachen und sie zu einer aktiven Mitarbeit und Mitentscheidung einladen.

Hoher Bundesparteitag! Ich habe - und damit komme ich zum Schluß - diesen meinen letzten Bericht als Generalsekretär bewußt sehr kurz und sehr nüchtern gestaltet und von jeder Rhetorik Abstand genommen.

Was könnte ich nun anderes tun, als diesen meinen Abschiedsbericht mit einem Dankeswort zu beschließen. Ich danke von dieser Stelle aus allen Funktionären und allen Mitarbeitern für ihren Einsatz und für ihre Arbeit, die sie in diesen Jahren für unsere Volkspartei geleistet haben. Ich danke allen Mitarbeitern im Generalsekretariat und allen meinen Freunden, die sich immer wieder mit neuer Kraft und neuer Energie der Partei zur Verfügung gestellt haben.

Meine lieben Parteifreunde! In diesen Tagen habe ich gesehen, daß es gar nicht so leicht ist, nach zehn Jahren Abschied zu nehmen.

Ich danke aus ganzem Herzen den beiden Bundesparteiobmännern Dr. Gorbach und Dr. Klaus, die mir in guten und schlechten Tagen ihr Vertrauen geschenkt haben. (Beifall.) Wenn wir auch nicht immer einer Meinung waren, scheiden wir doch - so glaube ich sagen zu können - als gute Freunde, und wir bewahren uns diese Freundschaft für den Rest unseres Lebens. Was wären wir denn für Männer gewesen, meine Damen und Herren, wenn wir im Laufe von immerhin zehn Jahren womöglich

immer der gleichen Meinung gewesen wären. Das soll ja nicht einmal in den besten Ehen vorkommen! (Heiterkeit.)

Wenn ich auf die Jahre meiner bisherigen Tätigkeit im öffentlichen Leben zurückblicke, möchte ich die zehn Jahre im Generalsekretariat der Österreichischen Volkspartei nicht missen. Ich habe mich bemüht, auf diesem Posten, der sicher nicht - lieber Freund Schleinzer, du wirst ja bald draufkommen - zu den angenehmsten in unserer Partei gehört, das Beste zu geben.

Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Nehmen Sie das Versprechen entgegen, daß ich auch in der Zukunft, wenn mir der Herrgott weiterhin die Kraft und die Gesundheit schenken sollte, der Partei voll und ganz zur Verfügung stehen werde. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Ökonomierat Eduard

W a l l n ö f e r : Hoher Bundesparteitag! Ich darf auch in Ihrem Namen dem Herrn Generalsekretär Dr. Withalm für seinen Bericht aufrichtig und herzlich danken. Er hat nach einem kurzen Rückblick einen Ausblick gegeben, der eine echte Grundlage für eine ausgiebige Diskussion sein wird.

Ich würde aber auch meinen, daß es heute recht ist, zu sagen, daß der Herr Generalsekretär seit dem 1. März ein ungeheures Maß an Arbeit geleistet hat und daß er diese Arbeit mit Geschick und Klugheit auszuführen vermochte. Auch dafür, lieber Herr Generalsekretär, möchte ich dir ein Wort des Dankes aussprechen. (Beifall.)

Wir kommen damit zum Punkt 11:

Diskussion und Beschlußfassung.

Unter diesem Tagesordnungspunkt wird auch der vom Herrn Bundesparteioobmann Dr. Klaus angekündigte Antrag der Jugendbewegung diskutiert werden können.

Ich bitte als ersten Redner Herrn Dr. König, das Wort zu nehmen. (Rufe: Schleinzer! Es ist ausgemacht!) Ich habe vorher über den Herrn Dr. König den Herrn Minister Schleinzer fragen lassen, wer als erster redet, und darauf hat man mir gesagt: Es bleibt bei Dr. König.

Ich bin aber damit einverstanden, daß Herr Dr. Schleinzer zuerst spricht, wenn auch Herr Dr. König damit einverstanden ist. Ich bitte.

Dr. Karl Schleizer : Hoher Bundesparteitag!

Ich benutze gerne die Gelegenheit, anschließend an das Referat des Herrn Generalsekretärs Dr. Withalm in der Diskussion hier das Wort zu ergreifen. Es war ja das Referat Withalms nicht nur ein Rückblick auf zehn Jahre aufreibender Arbeit als Generalsekretär, sondern er hat doch in einer Anzahl von Punkten bereits den Ausblick auf die Aufgaben gegeben, die uns als Partei für die nächste Zukunft erwachsen.

Meine Damen und Herren! Wir alle sind uns im klaren, daß wir am 1. März eine Niederlage erlebt haben. Aber ich betrachte das Wahlergebnis nicht als historische Wende in der Entwicklung der österreichischen Politik. In meinen Augen ist das Ergebnis des 1. März eine politische Panne, die wir überwinden müssen. (Beifall.)

Natürlich, meine Damen und Herren, hat diese Niederlage ihre Ursachen. Auch wenn wir heute intensiv und leidenschaftlich diskutieren und diskutieren wollten, wird es gar nicht möglich sein, diese Frage am heutigen Tage ausdiskutieren. Ich bin der Meinung, daß wir über die Ursachen des Wahlergebnisses vom 1. März, über Schlußfolgerungen und über notwendige Reformen noch eingehend und auf verschiedenen Ebenen die Diskussion werden führen müssen. (Beifall.)

Wir dürfen nicht übersehen, daß heute in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens Reformen, Anpassungsprozesse einfach notwendig geworden sind. Sie gehören zum Wesen einer Zeit, die von immer rascherer und dynamischerer Veränderung gekennzeichnet ist. Und das gilt selbstverständlich auch für eine politische Partei.

Es wird zweifellos großer Anstrengungen, der Entfaltung aller unserer Kräfte bedürfen, um unsere Partei für die Anforderungen der siebziger Jahre zu rüsten, wieder die stärkste Partei zu werden und aufs neue die Führung des Landes zu übernehmen. (Beifall.)

Wir haben gar keinen Grund, pessimistisch zu sein. Die Struktur unserer Partei bietet uns dabei große Chancen, weil wir eine für die berufliche und regionale Vielfalt unserer Bevölkerung weit aufgeschlossene Organisationsform besitzen. Allerdings werden wir uns der Parteiarbeit gerade in der nächsten Zeit sehr intensiv zuwenden müssen. Ich glaube, wir sind uns gemeinsam darüber im klaren, daß gerade die Parteiarbeit im weitesten Sinne des Wortes, nicht zuletzt unter dem Druck einer verantwortungsvollen Regierungsarbeit, vor der maßgebliche Funktionäre gestanden sind, etwas ins Hintertreffen geraten ist.

Die bündische und auch die regionale Gliederung unserer Partei ist die Struktur einer modernen, echten Volkspartei. Sie stellt uns allerdings auch vor die schwierige Aufgabe, die Kräfte der Eigenständigkeit, der Vielfalt und der Interessensgegensätze durch ausreichend starke Kräfte der Gemeinsamkeit des Zieles, der Einheit des Willens und des sinnvollen Zusammenwirkens zur geschlossenen Aktion zu integrieren. Um die Stärkung der Partei, um die Integration dieser vielfältigen Kräfte in dieser Partei wird es in der nächsten Zukunft in besonderem Maße gehen.

Der Herr Generalsekretär hat in seinem Referat in einer Sicht in die Zukunft wesentliche Aufgaben bereits skizziert.

Ich möchte mich von meinem Standpunkt aus darauf beschränken, drei Aufgaben unter anderen herauszugreifen, denen, wie ich glaube, die Partei größte Aufmerksamkeit widmen muß.

Erstens einmal, meine Damen und Herren, die Erarbeitung eines Grundsatzprogramms, das auf den Grundlagen der bisherigen Leitsätze und des Klagenfurter Manifests eine klare Profilierung unseres gesellschaftspolitischen, unseres weltanschaulichen Standorts enthält, eines profilierten Leitbildes der Wertvorstellungen, das uns als Gesamtpartei eint und auf das sich unser Arbeitsprogramm der politischen Praxis stützt. Beschlüsse dieser Art sind in früheren Jahren gefaßt worden. Ich glaube, es wird nunmehr die Aufgabe des Programmausschusses sein müssen, die Arbeiten ehestens aufzunehmen und diese notwendige Arbeit sobald als möglich zu leisten.

Zweitens: Verbesserung der politischen Bildung und Information unserer Funktionäre und Mandatäre sowie unserer politischen Nachwuchskräfte. Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns auch darüber einig, daß die politische Durchschlagskraft unserer Funktionäre und Mandatäre und damit auch die innere Dynamik der Partei entscheidend davon abhängen, daß sie ein klares Bild der weltanschaulichen Grundsätze der Partei sowie der politischen Sachfragen besitzen. Und dafür, daß dies sichergestellt wird, muß Vorsorge getroffen werden, und wir müssen uns als Partei entschließen, die Politische Akademie, jenes Projekt als das Zentrum und den Kristallisationspunkt der politischen Weiterbildung und Schulung, mit aller Energie in Angriff zu nehmen. (Beifall.)

Und ein Drittes lassen Sie mich auch noch feststellen: Ich meine, daß eine der Aufgaben der innerparteilichen Arbeit darin besteht, die Anpassung des Führungsstils und der Organisation unserer Partei an die künftigen Anforderungen vorzunehmen, daß die notwendigen Entscheidungen rechtzeitig vorbereitet, daß die Entscheidungen selbst auch rechtzeitig getroffen, daß berufsständische und regionale Interessen sinnvoll koordiniert und daß überdies das beträchtliche Kapital an geistiger Potenz, über das unsere Partei schon durch die Arbeit der vergangenen Jahre verfügt, bei der Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen und für den Erfolg in der täglichen Politik richtig genützt werden. Alles das, meine Damen und Herren, sind im wesentlichen Fragen der richtigen Handhabung dessen, was man heute mit dem Ausdruck "modernes Management" umschreibt.

Hier werden wir unsere innere Organisation, die Methoden unserer Planung, Entscheidung, Koordination und Führung überdenken und auch die gesammelten Erfahrungen nützen müssen.

Zum Schluß aber möchte ich in meinem Diskussionsbeitrag aus meiner bisherigen politischen Erfahrung folgendes sagen:

Erstens: Man soll sich nicht mehr vornehmen, als man nach menschlicher Voraussicht verwirklichen kann. Was man sich aber vornimmt, muß durchgezogen werden. Der Partei ist nicht mit Beschlüssen und Initiativen gedient, die späterhin nicht exekutiert werden können. (Beifall.)

Zweitens: Was wir immer an Aktivierung unternehmen werden, wird gleichzeitig Geld erfordern. Darauf hat Herr Generalsekretär Dr. Withalm in seinem Referat bereits

hingewiesen. Wir können diese Bürde nicht allein unserem gewählten Finanzreferenten überlassen, wir werden gemeinsam diese Aufgabe lösen müssen. (Zustimmung.)

Und ein Drittes noch, meine Damen und Herren: Was immer wir uns vornehmen, es müßte scheitern, wenn wir gerade in dieser Stunde der österreichischen Innenpolitik nicht noch enger zusammenrückten und jene vertrauensvolle Zusammenarbeit pflegten, die überhaupt das Unterpfand jeglichen politischen Erfolges ist. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r :

Ich danke dem Herrn Minister Schleinzler für seine Ausführungen.

Als nächster hat sich Herr Dr. König zum Wort gemeldet.

Ich soll aber vorher noch mitteilen, daß die Mandatsprüfungskommission jetzt im Wintergarten zusammentreten soll.

DDr. Friedrich K ö n i g : Hoher Bundesparteitag!

Ich möchte kurz unseren Initiativantrag erläutern, möchte aber zuvor mit einer Legendenbildung aufräumen: Ich glaube, die Tatsache, daß wir für unseren Initiativantrag ohne Schwierigkeiten die notwendigen Unterschriften über regionale, bündische und Altersstrukturen hinweg gefunden haben, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß dieser Parteitag offen ist für die innerparteiliche Demokratie. Ich glaube, das gehört hier festgestellt, und ich bin auch überzeugt, daß die Delegierten dieses Parteitages nach eingehender Diskussion diesem Antrag, der den Zweck verfolgt, der neuen Parteiführung einige ganz konkrete Aufgabenstellungen zu setzen, ihre Zustimmung geben werden.

Der Antrag, den Sie mittlerweile erhalten haben, der Ihnen vorliegt, erhebt nicht den Anspruch darauf, eine vollständige Aufzählung all jener Problemkreise zu sein, die uns in der Partei bewegen, erhebt auch nicht Anspruch darauf, seitens der Jungen Generation schöpferisch Neues gebracht zu haben. Was wir versuchten und tun wollten, war das, was in den Bezirken draußen immer wieder als Notwendigkeit erkannt und erörtert wird und was auch von den der Partei nahestehenden Organisationen vielfach in Resolutionen vertreten wurde - ich erinnere nur an die letzte Resolution des

Akademikerbundes -, hier im Sinne des Herrn Minister Schleinzer in einigen wenigen Punkten nicht nur zur Diskussion zu stellen und als Diskussionsgrundlage auf diesem Parteitag zu behandeln, sondern als konkrete Aufgabenstellung für die nächste Funktionsperiode der neugewählten Parteiführung voranzustellen.

Ich möchte nur ganz kurz auf die sechs Punkte zu sprechen kommen.

Über die Notwendigkeit eines umfassenden Pressekonzeptes und die Durchziehung desselben hat der bisherige Generalsekretär Dr Withalm bereits gesprochen. Ich glaube, daß das auch als eine Zusage für sein Eintreten als kommender Parteiobmann gewertet werden kann, weil es eine Selbstverständlichkeit ist, daß die besten Programme, die besten Initiativen, auch die beste Arbeit im Parlament nichts nützen, wenn es uns nicht gelingt, diese unsere Initiativen auch hinauszubringen, sie der Allgemeinheit zu vermitteln.

Der designierte Generalsekretär Dr. Schleinzer hat auf die politische Akademie hingewiesen und damit auch ein Anliegen dieses Antrages zu seinem eigenen gemacht. Ich glaube, in einer Zeit, in der man weiß, daß das Wissen eines Diplomingenieurs, der heute die Hochschule verläßt, in 15 Jahren bereits zu 50 Prozent überholt ist, muß auch für die politischen Funktionäre Geltung haben, daß auch wir an unserer ständigen Weiterbildung arbeiten und uns mit all dem Neuen, das auf uns zukommt, befassen müssen. Darüber hinaus hat diese politische Akademie noch die Aufgabe, den von der Aktion 20 eingeschlagenen Weg der Begegnung und des ständigen Kontaktes mit der Wissenschaft zu vertiefen und fortzusetzen.

Wir werden uns in unserer Parteiarbeit - auch das hat Herr Minister Schleinzer angezogen - mit dem neuen Führungsstil in der Partei auch neue Modelle der Parteiarbeit überlegen müssen, neue Modelle, die dem Gedanken der Serviceleistung für eine breitere Öffentlichkeit Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang wird zweifellos auch die Frage der Entscheidungsfindung zwischen Partei und Bünden zu überdenken sein, denn ich glaube, daß es gerade in der Opposition eine der wesentlichen Aufgaben einer erfolgreichen Parteiführung sein muß, die Entscheidungen der Öffentlichkeit erst mitzuteilen - dann allerdings in wirkungsvoller Weise -, wenn sie in den zuständigen Parteigremien getroffen wurden, und nicht umgekehrt.

Ich glaube schließlich - und damit komme ich zum letzten Punkt -, daß die Verstärkung der Unterstützung der Gesamtpartei für unsere Fraktion im Gewerkschaftsbund ein Anliegen ist, dem über die allgemeinpolitische Bedeutung hinaus eine echte gesellschaftliche Bedeutung zukommt. Nicht nur die Zahl der Unselbständigen wird heute immer größer, sondern auch die Differenzierung in diesem Bereich setzt sich immer stärker fort. Es wird Aufgabe der Gesamtpartei sein, den Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund und die Fraktion christlicher Gewerkschafter in wirkungsvoller Weise zu unterstützen, wenn wir bei den nächsten Wahlen bei einer immer größer werdenden Zahl von Unselbständigen die Mehrheit erreichen wollen, jene Mehrheit, die das erklärte Ziel der neuen Parteiführung und dieses Parteitages ist.

Und so bitte ich, bei den Ausführungen zu den einzelnen Punkten diesem Antrag in dem Bewußtsein die Zustimmung zu geben, daß damit auch für die neugewählte Führung die Verpflichtung verbunden ist, innerhalb der kommenden Periode diese Aufgaben anzupacken - ernsthaft anzupacken und nicht nur hier zu beschließen - und sie nach besten Kräften einer Lösung zuzuführen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Herr Bürgermeister Dr. Lugger.

DDr. Alois L u g g e r : Hoher Bundesparteitag! Ich möchte einen Wunsch aussprechen: Die Österreichische Volkspartei muß in Zukunft eine bewußtere moderne Kommunal- und Regionalpolitik betreiben. Die Fragen der Raumordnung und der Strukturprobleme und die moderne Zeit überhaupt verlangen von uns das Überdenken der Werte unserer Heimat, unseres Vaterlandes. Wir werden als Politiker immer mehr mit der Wissenschaft, mit den Fachleuten zusammenarbeiten müssen, um diese Aufgaben für die Zukunft richtig gestalten zu können.

Und daher ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Strukturen der österreichischen Gemeinden gestärkt werden, denn je mehr man sich mit der Technik, mit der Wissenschaft auseinandersetzt, desto mehr ist es notwendig, das Menschliche zu schützen. Die Gemeinden stehen dem Menschen am nächsten in der Politik, die Gemeinderepräsentanten haben das tägliche Leben politisch zu meistern.

Es scheint mir, daß die Österreichische Volkspartei auf diesem Sektor einen gewissen Nachholbedarf im Rahmen ihrer Gesamtpolitik zu erfüllen hat.

Ich bin der Meinung, daß wir im Rahmen des Persönlichkeits- schutzes, der Personalitätspolitik, die wir als soziale Integrationspartei zu vertreten haben, in der Zukunft vor immer größere Aufgaben gestellt werden. Die Gemeindeverfassungsnovelle, die unter maßgeblicher Mitwirkung unserer Mandatäre entstanden ist, hat heute europäisches Ansehen. Österreich wird im europäischen Raum auf dem Gebiet der Kommunalpolitik als vorbildlich hingestellt. Wir wissen, daß heute die Gemeinden so wie die Länder oder in anderen Räumen Europas Regionen

Provinzen, Grafschaften usw. viele Rechte besitzen, aber auch ein hohes Maß an Verantwortung zu tragen haben und eine bedeutende Wirtschaftskraft darstellen.

Wenn wir Österreicher uns zur Kommunalpolitik bekennen, müssen wir auch auf den europäischen Raum schauen, denn die Fragen, die auf uns zurollen, die Fragen der Mehrwertsteuer, die Fragen der Vergabeordnung, werden Österreichs Kommunalpolitik, die österreichischen Länder in der Zukunft zutiefst berühren.

Von der Österreichischen Volkspartei als der maßgeblichen Partei in diesem Vaterlande muß nach wie vor die richtige Initiative ausgehen, aber auch das richtige Verständnis für die Notwendigkeit - wie ich gesagt habe -, eine bewußtere moderne Kommunal- und Regionalpolitik zu betreiben, gezeigt werden. Ich danke sehr. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Frau Dr. Hubinek.

Dr. Marga H u b i n e k : Hoher Bundesparteitag!

Mein Diskussionsbeitrag wird sicher nicht eine Ursache für das enttäuschende Wahlergebnis aufzeigen, aber er ist zweifellos auch ein Stein im Mosaik der Analyse der vergangenen Wahl. Es handelt sich im besonderen um die Haltung der Österreichischen Volkspartei zu jenen Fragen, die sich vor allem die Frauen vom Gesetzgeber erwarten.

Es scheint sich die Befürchtung zu realisieren, daß sich die Österreichische Volkspartei nun durch die sozialistische Minderheitsregierung das Gesetz des Handelns in dieser Frage entwinden läßt. Konkret befürchte ich dies bei den Vorhaben des sehr rührigen Justizministers Dr. Broda, der nun fix und fertige Gesetzesvorlagen, die er in der Schreibtischlade seines Vorgängers findet, ins Parlament einbringt. Diese Vorhaben sind sehr populär und haben außerdem den Vorzug und Vorteil, daß sie den Staatssäckel nicht belasten.

Unter diesen Gesetzesvorhaben befindet sich vor allem ein langjähriges Anliegen aller Frauen, und zwar quer durch die Bünde, quer durch die Parteien. Es ist dies die gesetzliche Regelung des ehelichen Güterstandes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist kein Parteitag vergangen, an dem nicht diese gesetzlichen Regelungen hier reklamiert worden wären, zumal die derzeit gültigen Bestimmungen mehr als 160 Jahre alt sind. Sie werden mir sicherlich recht geben, daß sie auf anderen gesellschaftspolitischen Aspekten basiert haben, als dies heute der Fall ist. Damals gab es kaum eine außerhäusliche

Berufstätigkeit der Frau, und an der Unauflöslichkeit der Ehe war ja nicht zu rütteln.

Wir - und damit meine ich die Österreichische Frauenbewegung - haben auf allen Landestagen, auf allen Bundestagen immer wieder hier ein modern~~s~~s Gesetz urgiert.

Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt seit 20 Jahren in den Schreibtischen der diversen Justizminister. Die jahrelangen Bemühungen einer Frau Minister Rehor, einer Abgeordneten Solar und einer Abgeordneten Bayer blieben ungehört.

Der Justizminister Broda bringt also nun den fix und fertigen Gesetzestext ins Parlament ein. Und nun höre ich zu unserer Bestürzung, daß es nach wie vor sehr differente Meinungen der Bünde gibt, Bedenken einzelner Gruppen in dieser Partei, wobei ich glaube, daß die Bedenken mehr an der bündischen Spitze bestehen und ^{nicht} so sehr unter den Mitgliedern.

Abgesehen von allen taktischen Überlegungen: Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt keinen Zweifel, daß dieser Gesetzentwurf im Parlament die Mehrheit finden wird. Es werden zweifellos die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei ihm ihre Zustimmung geben. Das Gesetz dürfte also nicht aufzuhalten sein.

Ich frage mich aber nur: Wie können wir es mit dem Image einer modernen Österreichischen Volkspartei vereinbaren, wenn wir in dieser Frage nicht eine positive Meinung, und zwar eine Generalmeinung der Partei, finden? Den Lorbeer in dieser Frage wird ohnedies Dr. Broda pflücken, obwohl er nichts dazutun muß. Er hat den Lorbeer völlig mühelos.

Aber die Österreichische Volkspartei sollte doch in dieser Frage an die große Zahl der weiblichen Wähler denken und sich nun endlich besinnen, daß man die Verteidigung der Interessen der Frau in der Gesellschaft und - wenn Sie wollen - die Verteidigung der Interessen der Konsumenten nicht allein den Sozialisten überlassen kann. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist der Delegierte Hanns Moik.

Hannes Moik : Die ^hÖsterreichische Jugendbewegung hat einen Antrag vorgebracht, der eine effektivere Parteiarbeit zum Inhalt hat und der in sechs Punkte gegliedert wurde

Als besonders wichtigen Punkt in dieser Reihenfolge erachten wir die Schaffung einer politischen Akademie, um hier echte Möglichkeiten der Ausbildung für die Führungskräfte unserer Partei zu eröffnen. Es ist notwendig, daß sich auch die Führungskräfte in den entsprechenden Foren sowie dem Fernsehen und der Presse etc. mediengerecht verhalten. Ich glaube auch, daß in dieser Partei, der zum Teil eine gemeinsam formulierte ideologische Basis abgeht, diese politische Akademie die Spitzenfunktionäre der verschiedenen Bünde zu einer echten gemeinsamen Anstrengung in Richtung auf die tragenden Punkte und auf die tragenden weltanschaulichen Momente unserer Partei vereinen kann. Diese Besinnung muß in einer politischen Akademie in besonderer Weise erreicht werden.

Es wird heute sicherlich sehr viel von Reformen gesprochen werden, und es ist viel über Reformen geschrieben worden. Ich glaube, daß der zentrale Punkt einer Reform die geistige Einstellung ist, die die Mandatäre und Funktionäre dieser Partei zu den Aufgaben haben, die sie zu übernehmen haben. Ich glaube, daß es nicht so entscheidend ist, durch statutarische Festlegungen das Verhältnis zwischen den Bünden zu regeln, als vielmehr die geistige Einstellung, die der einzelnen mitbringt, zu formulieren und hier wirklich zu versuchen, das Bestmögliche für die gemeinsame Partei zu erreichen. Es müssen hier Egoismen zurücktreten zugunsten einer echten

Arbeit für die Partei, einer echten Anstrengung und einer echten Leistung für alle.

Das sind die eigentlichen Anliegen, denen wir uns widmen müssen. Durch diese politische Akademie soll der Grundstein für eine Entwicklung gelegt werden, die alle erfassen soll und die es ermöglicht, daß die Österreichische Volkspartei als der Repräsentant der nichtsozialistischen Österreicher und des nichtsozialistischen Österreichs attraktiv wird und attraktiv bleibt, um in Zukunft weiterhin staatstragende Aufgaben zu erfüllen und die staatstragende Verantwortung für Österreich zu haben. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist der Delegierte Strallhofer.

S t r a l l h o f e r : Hoher Bundesparteitag! Herr Generalsekretär Dr. Withalm hat in seinem Referat ausgeführt, daß das Pressekonzept und die Einstellung auf die Öffentlichkeitsarbeit eine Grundlage und ein Auftrag für die Partei sein muß. Nun besteht aber die Österreichische Volkspartei nach dem Kriege schon 25 Jahre, und da ich diesen Parteitag auch als Konfrontation und als offene Diskussion auffasse, möchte ich Herrn Dr. Withalm dezidiert fragen: Warum hat er diese Reform nicht bereits vor diesem Parteitag durchgeführt, wo er doch als Generalsekretär statutarisch dazu verpflichtet ist?

Ich möchte Herrn Dr. Withalm weiters fragen: Warum hat er diese Reform der Parteiarbeit nicht als langjähriger Geschäftsführer des Österreichischen Verlages durchgeführt?

Ich möchte drittens fragen: Warum ist in einer der jüngsten Klubsitzungen des Nationalrates und der Bundesparteileitung Parteijournalisten der Österreichischen Volkspartei bei Beratungen der Österreichischen Volkspartei das Zutrittsrecht verweigert worden?

Ich meine daher, es ist zu wenig, bei hohen Sitzungen, bei Bundesparteitagen große Worte emphatisch auszusprechen, wenn dann nachher der Mut zur Entschlossenheit fehlt.

Zum Sachlichen möchte ich noch hinzufügen: Ich glaube, daß eine Reform der Öffentlichkeitsarbeit, ein Zusammenschluß der parteieigenen Massenmedien primär eine finanzielle Frage ist. Das sehen wir auf seiten der Sozialistischen Partei immer wieder, die alle ihre Organisationen, Betriebe und Banken zusammenschließt und eine ungeheure Offensive in der

Publizistik vorbereitet und zum Teil bereits durchgeführt hat.

Wenn also heute nichts anderes als schöne Worte gesprochen werden und die Tat nicht unmittelbar folgt, bin ich der Meinung, daß diese Reform, die für die Partei und für die Öffentlichkeitsarbeit ungemein wichtig ist, wieder versanden wird.

Ich begrüße daher das Konzept des Österreichischen Akademikerbundes, der unter der Führung von Professor Dr. Koren in dieser Angelegenheit bereits entscheidende Grundlagen erarbeitet hat. Ich weiß aber auch - das ist in der letzten Ausgabe der "Politischen Perspektiven" geschrieben worden -, daß in den Tresoren der Österreichischen Volkspartei viele umfassende Konzepte ein ruhiges Dämmerdasein führen. Es wäre nun endlich die Möglichkeit und der Auftrag da, dieses Dämmerdasein auszulöschen und mit größter Entschiedenheit und in kürzester Zeit ein umfassendes Konzept für eine Reform der Parteipresse, für eine Reform in bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit herzustellen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Herr Landeshauptmann Maurer.

Landeshauptmann Andreas M a u r e r : Hohes Präsidium!

Hoher Bundesparteitag! Der außerordentliche Bundesparteitag, der heute hier in dieser Saale abgehalten wird, hätte ja nach den ursprünglichen Plänen im Zeichen des Rückblicks auf den 25jährigen Bestand der ÖVP stehen sollen. Auf Grund der Ergebnisse der Nationalratswahl war es zweifellos angebracht, daß eine Umdisponierung stattgefunden hat. Auf der Tagesordnung stehen deshalb heute nicht Festreden, sondern bedeutungsvolle politische Entscheidungen.

Die niederösterreichische Volkspartei hat schon vor Wochen darauf hingewiesen, daß dieser Bundesparteitag seinen Zweck nur dann erfüllen werde, wenn er seine Hauptaufgabe nicht darin sieht, nach "Schuldigen" zu suchen oder über Reformen zu diskutieren, die unter Umständen an den Grundfesten der Gesamtpartei rütteln könnten, sondern nur dann, wenn er sich vornehmlich damit beschäftigt, die Grundlagen einer erfolgversprechenden Oppositionspolitik festzulegen.

Ich habe bereits in der Bundesparteileitungssitzung im April - zu einem Zeitpunkt, da der Ausgang der Koalitionsverhandlungen noch nicht endgültig entschieden war - darauf hingewiesen, daß die Politik der Sozialistischen Partei, vor allem die Haltung des damaligen designierten Bundeskanzlers, der Volkspartei keine andere Wahl lasse, als in die Opposition zu gehen.

In einem Memorandum, das ich allen Mitgliedern der Bundesparteileitung übergeben habe, wies ich ebenso mit Nachdruck darauf hin, daß die Notwendigkeit, in die Opposition zu gehen, die Entschlossenheit bedingt, eine zwar

harte, aber gleichzeitig konstruktive Oppositionspolitik zu machen.

Eine konstruktive Oppositionspolitik kann sich nicht darin erschöpfen, den Sozialisten durch die Ausnutzung aller parlamentarischen Möglichkeiten Schwierigkeiten zu bereiten. Die Volkspartei muß vielmehr jederzeit nachweisen, daß sie es besser versteht als die Sozialistische Partei, mit echten Problemen und Schwierigkeiten fertig zu werden. (Beifall.)

Der Entschluß der Bundesparteileitung, zehn Ausschüsse einzusetzen und sie zu beauftragen, die Arbeit des Parlamentsklubs zu unterstützen, war gewiß notwendig, aber er reicht meiner Ansicht nach nicht aus, der Bevölkerung immer wieder vor Augen zu führen, daß die Volkspartei die bessere Alternative für Österreich ist. Ich teile nach wie vor die Ansicht, die ich auch in dem bereits erwähnten Memorandum vertreten habe, daß die Volkspartei nur dann eine konstruktive Oppositionspolitik machen könne, wenn sie sich entschließt, ein sogenanntes Schattenkabinett zu bilden. Dieses Schattenkabinett müßte mindestens einmal wöchentlich tagen und so wie die amtierende Regierung regelmäßige Berichte über ihre Beratungen veröffentlichen. Das Schattenkabinett müßte auch initiativ sein, das heißt, es müßte parallel zur amtierenden Regierung Gesetze ausarbeiten und als Initiativanträge im Parlament einbringen.

Zweck aller dieser Maßnahmen müßte es sein, immer in der Offensive zu bleiben, um den Sozialisten nicht einen Augenblick lang die Möglichkeit zu geben, von sich aus selbst offensiv zu werden. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, daß man einer Regierung dann die größten Schwierigkeiten bereitet, wenn man sie ständig in die Defensive drängt.

Der Vorteil der Volkspartei in der Opposition gegenüber den Sozialisten in den Jahren 1966 bis 1970 liegt ja darin, daß die ÖVP, da sich die Regierung ja nur auf eine Minderheit im Parlament stützen kann, nicht bloße Scheingefechte zu führen braucht, sondern theoretisch und praktisch in der Lage ist, für ihre Initiativen eine parlamentarische Mehrheit zustande zu bringen. Diese Chance wird allerdings nur dann zum Tragen kommen, wenn die Volkspartei auch als Oppositionspartei ebenso eifrig arbeitet, wie sie dies als Regierungspartei getan hat, und wenn ihre Initiativen genau durchdacht und sorgfältig vorbereitet werden.

Meiner Ansicht nach wäre ein Schattenkabinett nicht nur eine politische Notwendigkeit für die Volkspartei, sondern eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die ÖVP die nächsten Wahlen gewinnen kann. Die Mitglieder des Schattenkabinetts - darüber gibt es wohl keinen Zweifel - wären mit ihrer Tätigkeit voll ausgelastet und dürften daher nebenbei keinen zivilen Beruf ausüben. Nur so wird die Volkspartei in der Lage sein, eine echte konstruktive Oppositionspolitik zu betreiben und den Beweis dafür zu erbringen, daß sie in der Lage ist, jederzeit wieder die Verantwortung für den Staat zu übernehmen. Die Volkspartei verfügt doch über genug Erfahrung und auch über genug bewährte Männer, um diese Ziele sich nicht nur zu setzen, sondern sie auch zu erreichen.

In dem der Bundesparteileitung von mir übermittelten Memorandum habe ich damals auch noch auf einige andere entscheidende Dinge hingewiesen:

Allfällige personelle Entscheidungen sind nicht nach einem bündischen oder nach einem anderen Proporz zu treffen, sondern ausschließlich bestimmt von der Überlegung, wer für die betreffende Position die beste Eignung mitbringt. (Beifall.)

Und noch ein weiteres: Eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den Bündeln in grundsätzlichen Fragen ist ein Gebot der Stunde. Mehr denn je zuvor haben sich bündische Interessen den Erfordernissen der Gesamtpartei unterzuordnen. (Beifall.) Auf sich allein gestellt, wäre jeder Bund den Sozialisten schutzlos ausgeliefert; alle drei Bünde zusammen stellen jedoch eine politische Kraft dar, über die sich die Sozialisten nicht hinwegsetzen können. (Neuerlicher Beifall.)

Ich möchte aber noch etwas hier sehr offen aussprechen: Es müssen sich vor allem die Spitzen der Bünde hüten, mit unüberlegten Äußerungen unvermeidbare Verwirrung in der Bevölkerung zu schaffen. (Starker Beifall.)

Aber auch die beste Oppositionspolitik wird freilich nur dann effektiv, wenn sie die notwendige publizistische Resonanz findet. Das erfordert nicht nur engsten Kontakt mit den Meinungsbildnern und den Massenmedien, sondern auch die Durchführung der schon oft besprochenen, bisher aber leider nicht realisierten Reform des Pressewesens der Partei.

Ich begrüße daher die heutige Erklärung des Generalsekretärs vollinhaltlich und möchte betonen, daß die dringlichste Notwendigkeit einer solchen Reform gegeben ist.

Hinter diesen Forderungen, die ich hier gestellt habe - und ich möchte dies ebenfalls einmal in den Vordergrund stellen -, steht die gesamte niederösterreichische Landes-

organisation, die sich auf das Vertrauen von mehr als 450.000 ÖVP-Wählern berufen kann.

Es freut mich, Hoher Bundesparteitag, daß dieses Konzept, das ich überreicht habe, auch von anderen Organisationen unserer Partei aufgegriffen wurde, und ich lege der künftigen Parteiführung nahe, nochmals eine ernste Überprüfung der künftigen Gangart vorzunehmen.

Um es nochmals und abschließend zu sagen: Sicherlich ist ein Bundesparteitag auch dazu da, sich manches von der Seele zu reden. Vergessen wir aber niemals darauf, was der eigentliche Zweck der heutigen Beratungen sein muß: nicht nur zu debattieren, nicht nur zu reden, sondern die Grundlinien für eine harte und zugleich konstruktive Oppositionspolitik festzulegen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Bundesrat Guglberger.

Ing. Herbert Guglberger : Hoher Bundesparteitag! Dies ist der erste Bundesparteitag, an dem erstmalig stimmberechtigte Delegierte des Österreichischen Rentner- und Pensionistenbundes teilnehmen dürfen. Es ist dies die Konsequenz unermüdlicher Arbeit vieler Landes- und Ortsfunktionäre unseres Bundes, die ihre gesamte Kraft und ihren Idealismus für die ältere Generation der Österreichischen Volkspartei zur Verfügung stellen.

Aus kleinen Anfängen wurde mit dem Österreichischen Rentner- und Pensionistenbund eine Organisation geschaffen, die zu einer der größten im Lager der ÖVP zu zählen ist. Ich glaube sagen zu dürfen, daß dieser Umstand bei den letzten Wahlen ausreichend unter Beweis gestellt wurde.

Unser Aufgabenkreis umfaßt eine zahlenmäßig starke Bevölkerungsgruppe, gehört doch mehr als ein Viertel der österreichischen Wählerschaft der älteren Generation an.

Wenn ich nur ein paar Probleme, welche durch unseren Bund für die Pensionisten derzeit behandelt werden, herausgreifen darf, so sind dies: Aufhebung der Ruhensbestimmungen, Erhöhung der Witwenpensionen, Fahrpreisermäßigung auf der Bundesbahn sowie Omnibussen der ÖBB und der Post, Erhöhung des Sterbekostenbeitrages und nicht zuletzt als eines unserer größten Anliegen eine den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Pensionsanpassung ab 1. Jänner 1971.

Die Zunahme der höheren Altersklassen bringt eine Reihe sozialer und gesundheitlicher Probleme mit sich, die es in Zukunft notwendig erscheinen lassen, einen umfassenden Betreuungsdienst für diese Bevölkerungsgruppe zu schaffen. Der Erfolg eines solchen Dienstes wird wesentlich von der

Initiative des Österreichischen Rentner- und Pensionistenbundes beeinflußt werden.

Wir freuen uns und wir sind dankbar darüber, daß unsere Arbeit durch die Österreichische Volkspartei anerkannt und gewürdigt wird; wir wollen aber darauf hinweisen, daß wir unsere Arbeit nur dann fruchtbringend und erfolgreich durchführen können, wenn wir von seiten der Österreichischen Volkspartei sowohl in ideller als auch in finanzieller Hinsicht unserem zahlenmäßigen Mitgliederstand - der derzeit 155.000 Rentner und Pensionisten umfaßt - entsprechend unterstützt und gefördert werden.

In diesem Zusammenhang wird es unter anderem notwendig sein, den Funktionären des Österreichischen Rentner- und Pensionistenbundes in allen einschlägigen Gremien, in welchen die Probleme des Ruhestandes behandelt werden - insbesondere im Beirat für Renten- und Pensionsanpassung im Sozialministerium sowie bei der Vertretung vor den Schiedsgerichten der Sozialversicherung -, ein Mitspracherecht einzuräumen.

Ich verweise darauf, daß anläßlich des letzten Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei der Österreichische Rentner- und Pensionistenbund als Zweckverband für das gesamte Bundesgebiet anerkannt wurde.

In den meisten Bundesländern geht die organisatorische Arbeit reibungslos vor sich. Mancherorts gibt es aber auch Schwierigkeiten, die ehestens beseitigt werden müssen. Wir ersuchen daher mit allem Nachdruck um Unterstützung durch die Österreichische Volkspartei und deren Bünde bei der Erfüllung unserer vielseitigen Aufgaben.

Wir waren immer und sind auch weiterhin bereit, für die Österreichische Volkspartei im Vorfeld wertvolle Arbeit zu leisten.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir es nicht versäumen, allen jenen Politikern unserer Partei, welche uns maßgeblich unterstützt haben, den Dank unseres Bundes auszusprechen.

Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Bundesrat Goëss.

Dr. G o e s s : Hoher Bundesparteitag! Unsere Tagung heute dient in erster Linie der Neuorientierung unserer Partei nach dem 1. März, und in ihrem Mittelpunkt steht die Wahl unserer Spitzenfunktionäre.

Ich bekenne mich nun auch außerhalb des geheimen Wahlvorganges dazu, daß die Vorschläge, die die Bundesparteileitung zu dieser Wahl gemacht hat, zweifellos die besten Funktionäre präsentiert, die die besten Voraussetzungen für die Bewältigung der Aufgabe, vor die sich die Partei nun gestellt sieht, mitbringen.

Als Kärntner sehe ich der Wahl von Dr. Schleinzer zum Generalsekretär mit einem lachenden und einem weinenden Auge entgegen, denn wir haben ihn zweifellos vor etwa neun Jahren nicht zum Landesparteiobmann von Kärnten gewählt, um ihn so bald wieder als Generalsekretär zu verlieren, aber wir fügen uns einer Wertung und Gewichtung der Aufgaben und der Probleme der Partei auch dann, wenn sie gerade für uns als Organisation und für uns persönlich nicht angenehm ist.

Der Stil allerdings, in dem die Präsentation dieser Wahlvorschläge erfolgte, war nicht ganz glücklich, denn die Vorstellung als designierter Parteiobmann und als designierter Generalsekretär hat ja dann die Kritik hervorgerufen, die auch heute hier schon zu hören war.

Ich will jetzt nicht in diese Kritik hier mit einstimmen, aber ich habe den Eindruck, daß das nicht nur eine einmalige Panne war, sondern daß dieser Stil auch in den vergangenen Jahren etwas zusehr ausgeprägt war: Wenn man immer gesprochen hat von den "Großen Fünf" und den "Weisen Drei", die eine Entscheidung getroffen haben oder zusammenkommen, um dieses

oder jenes Problem zu entscheiden, und damit also in unserer Partei den Eindruck erweckte, daß wir zu einem Zeitpunkt, da die Gesellschaft und speziell die jüngere Generation die Überreste eines Obrigkeitsstaates abbeuteln will, eine obrigkeitshörige Partei mit der Pflege eines gewissen Subordinationsdenkens sind.

Sicher, wir brauchen eine bewegliche und entscheidungsfähige Führung. Die Voraussetzung dafür sind klare Verantwortungsbereiche und klare Zuständigkeitsbereiche. Aber der Prozeß der Entscheidungsfindung muß etwas mehr in die Breite der Partei getragen werden.

Ich habe hier schon eine Andeutung des Generalsekretärs Dr. Withalm in seinem Referat gehört, daß an einer organisatorischen Entscheidungsfindung bis hinunter in die Organisationen gearbeitet wird.

Aber ich möchte dazu noch einen konkreten Vorschlag machen, daß das nicht steckenbleibt bei einer organisatorischen Maßnahme einer Urabstimmung oder einer demoskopischen Umfrage im Kreis der Funktionäre, sondern daß Bundesparteiobmann und Generalsekretär in ihr konkretes Arbeitsprogramm jährlich eine Arbeitstagung in jedem Bundesland aufnehmen, mit den Parteifunktionären und nicht in Form von öffentlichen Veranstaltungen, und zwar mit den Parteifunktionären auf Landesebene, aber auch auf Bezirksebene und auch - wenn es auch nicht immer alle auf einmal sein können, aber ausgesucht - mit den Funktionären der Ortsebene und jenen, die die Verantwortung für die Gemeindepolitik, und jenen, die die Verantwortung für die kleinsten Gemeinschaften unserer Partei, die Organisationen tragen.

Zweitens ein kurzes Wort noch zur auch schon wiederholt hier angeschnittenen Frage des Aufbaus unserer Partei, der bündischen Gliederung. Ich halte es auch für müßig, es in die Diskussion zu werfen, wie es immer wieder geschieht: Primat der Partei - ja oder nein? - Dazu bekennen sich alle, und das ist auch in unserem Statut klar festgehalten, daß die Bünde, Frauen- und Jugendbewegung die Einheit und den Vorrang der Partei zu wahren haben. Dieser bündische Aufbau hat sich seit 1945 zweifellos bewährt.

Aber jetzt kommen wir vor die für uns vielleicht neue Bewährungsprobe, ob diese Gliederung zu einem Partikularismus führt oder ob sie echt das pluralistische Spiegelbild einer pluralistischen Gesellschaftsordnung ist. Zu letzterem bekennen wir uns ja sicher alle. Aber dieses Bekenntnis allein genügt meiner Ansicht nach nicht.

Ich möchte hier konkret wieder organisatorisch drei Vorschläge machen:

Erstens die Frage zu prüfen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, daß die Mitgliedschaft zur Partei die originäre und die zum Bund als der standespolitischen Arbeitsgemeinschaft die abgeleitete ist. (Zustimmung.) Denn wenn wir den Weg, der hier auch schon vorgezeichnet wurde, als Partei der sozialen Mitte beschreiten wollen, dann darf das nicht einmal von dem einen und einmal von dem anderen Bund als Vorwand, als Argument für die Inanspruchnahme eines größeren Einflußbereiches innerhalb bestimmter Parteigremien oder innerhalb der Partei als ganzes genommen werden, sondern dieser Weg zur Partei der sozialen Mitte muß getragen werden

von der Gesamtpartei, von ihren Mitgliedern. Das wird er, glaube ich, nur dann, wenn sie auch organisatorisch primär Parteimitglieder und nicht Bundmitglieder sind.

Zweitens: Der Berufswechsel - unter dem Stichwort "Strukturwandel" immer wieder in die Öffentlichkeit gezerrt -, der sich in den verschiedensten Bereichen abspielt, in erster Linie zwischen dem der Selbständigen und dem der Unselbständigen und hier wieder mit einer besonderen Problema_tik - ohne näher darauf einzugehen - zwischen dem selbständigen Berufsstand Landwirtschaft und dem der Unselbständigen, dieser Berufswechsel müßte nun von der Partei endlich einmal organisatorisch erfaßt und untermauert werden, das heißt, daß wir für jene Selbständigen - ich betone: in erster Linie ist es hier ein Milieuwechsel bei der Landwirtschaft -, daß wir für jene, die aus diesem Selbständigenberuf kommen, im Bereich der Unselbständigen eine echte Auffangorganisation aufbauen, um diese Menschen, die ja aus dem konservativen Lebensbereich und -milieu kommen, nicht sofort zu verlieren; denn wenn sie in die Betriebe hineinkommen, werden sie dort von den Betriebsräten und den Lokalorganisationen der SPÖ sofort erfaßt und in ihrer Einstellung, die sich ja irgendwie gegen das Milieu richtet, das sie verlassen mußten, dort noch bestärkt.

Ich rege daher an, daß interbündische Arbeitsgruppen geschaffen werden, die konkret beauftragt werden, diesen Berufswechsel parteiorganisatorisch so zu institutionalisieren, daß wir eine echte Auffangorganisa_tion bekommen.

Und drittens - und das sage ich jetzt als vielgeplagter Bezirksparteiobmann und Organisationsreferent einer Landes-

parteileitung - müssen wir auch einmal damit fertig werden, daß wir es uns auf der untersten Ebene der Ortsorganisationen einfach nicht leisten können, nebeneinander vier bis sechs Organisationen - das heißt: eine Partei, drei Bünde und allen falls eine Frauenbewegung und eine Jugendbewegung - funktionsmäßig sozusagen aufrechtzuerhalten versuchen, was ja ohnehin meistens schon nur mehr ein Bluff ist.

Überall wird zur Rationalisierung und zur Konzentration geschritten. Nur wir glauben, daß wir uns diesen organisatorischen Luxus auf die Dauer leisten können. (Zustimmung.)

Ich bin daher der Meinung, daß es Zeit wäre, darüber nachzudenken, wie es zu einer gewissen Fusionierung auf der untersten Ebene unserer Organisation kommen könnte, um hier die Schlagkraft zu verstärken.

Hoher Parteitag! Ich bin auch der Meinung, die der Herr Generalsekretär zum Ausdruck gebracht hat: Wir haben die Chance auch wieder die absolute Mehrheit zu bekommen. Aber wir müssen uns auch die Möglichkeit vor Augen halten, daß diese Durststrecke, die zweitstärkste Partei zu sein und damit von der Verantwortung im Staat und damit von den Informationsquellen abgeschnitten zu sein, etwas länger dauert, als wir annehmen.

Daher bin ich der Meinung, daß unser Funktionärskader politisch und organisatorisch so geschult und ausgerichtet sein muß, daß die Funktionäre ebenso hart im Geben wie im Nehmen sind und daß sie sich dessen bewußt sind, daß es jetzt nicht darauf ankommt, wann wir wieder die stärkste Partei sein werden, sondern daß wir wieder einmal die stärkste Partei in diesem Staate werden. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Dr. Kohlmaier.

Dr. Herbert Kohlmaier: Hoher Bundesparteitag!

Es ist sicher keine Schande für eine große und staatstragende Partei, wenn sie nach einem Mißerfolg ihre Probleme offen diskutiert und Konsequenzen überlegt. Diese Konsequenzen müssen einerseits in personeller Hinsicht liegen, aber andererseits auch in der Programmatik der Partei und in der Frage des Funktionierens der Parteiarbeit überhaupt.

Ich möchte hier auf ein Problem hinweisen, das ich mit vielen anderen Freunden für wesentlich halte: Es ist das Problem der politischen Willensbildung in unserer Partei. Ich habe die Sorge, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir das bündische Prinzip der Partei falsch einsetzen und es leider damit auch diskriminieren.

Ich persönlich bekenne mich als absoluter Anhänger der bündischen Gliederung der Partei, denn sie ist nicht nur eine wesentliche Erleichterung bei der Erfassung neuer Mitglieder, sondern auch ein Ausdruck dafür, daß die ÖVP eine soziale Integrationspartei ist. Wenn wir aber die politische Willensbildung, meine ~~sehr~~ verehrten Damen und Herren, in der Vergangenheit manchmal derart gestaltet haben, daß die letzten Entscheidungen kleinen und noch dazu statutarisch nicht vorgesehenen Gremien übertragen wurden, in denen die Bünde eine Art Vetorecht hatten, so besteht die Gefahr, daß gerade der soziale Integrationsprozeß dadurch gestört wird. Die gegenseitig verwässerte Summe von Arbeitnehmer-, Bauern- und Unternehmerinteressen ist nicht die letzte politische Weisheit und vor allem nicht die ideale Auffassung des Gemeinwohles. In dieser Schwäche liegt meiner Meinung nach die Ursache dafür, daß heute manche sogar die bündische Gliederung der Partei in Frage stellen

Ich halte es daher für notwendig, daß wir das wertvolle Instrument der Bünde in Zukunft besser einsetzen und vor allem an der richtigen Stelle einsetzen. Ich bin ebenso wie mein Vordner der Auffassung, daß die Bünde im Aufbau der Parteiorganisation die Mitte einnehmen müssen und daß sie vor allem im parlamentarischen Raum in Erscheinung zu treten haben. Wo sie aber nur beschränkt einsetzbar sind, das ist die unter lokale Gliederung der Partei, aber auch - das sei mit aller Deutlichkeit gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren - die höchste Spitze der Partei. Wer bei der höchsten politischen Entscheidung noch bündisch denkt, übersieht die Aufgabe einer Österreichischen Volkspartei als Hüterin des Gemeinwohles. (Beifall.) Ich halte es daher auch prinzipiell für egal, aus welchem Lager unserer Partei die höchsten Spitzenfunktionäre kommen, denn sie haben vom Tag ihrer Berufung an nicht mehr bündisch, sondern nur noch für die Partei zu denken. (Neuerlicher Beifall.) Das soll aber freilich nicht heißen, Hoher Bundesparteitag, daß es nicht günstig wäre, wenn die Spitze unserer Partei einen gewissen Querschnitt durch die Mitgliedergruppen wiedergibt.

Ich möchte noch einen Aufruf anbringen, die politischen Zielsetzungen der Partei neu zu durchdenken. Wir stehen heute einem Sozialismus gegenüber, der sein politisches Profil so sehr verwischt hat, daß er durch die Aufgabe seiner Eigenart den ersten Rang im Wettstreit der Parteien erringen konnte. Obwohl die orthodoxen Sozialisten diesen Nützlichkeitsrevisionismus zur Entwicklung einer neuen sozusagen liberalen Volkspartei hin nur mit Unbehagen dulden, müssen wir doch

damit rechnen, in Zukunft gegen eine andere Sozialdemokratie zu kämpfen als in den letzten 25 Jahren. Wir dürfen nun nicht glauben, daß wir in diesem Wettbewerb mit einem dynamisch gewordenen Gegner selbst statisch bleiben dürfen. Unsere Aufgabe muß es daher sein, zweierlei miteinander zu verbinden, obwohl dies auf den ersten Blick vielleicht unmöglich erscheint:

1. Im Gegensatz zum Sozialismus muß die Bewahrung unseres Schatzes an ideologischen Grundsätzen im Vordergrund stehen, diese Grundsätze, die, weil sie aus dem Christentum abgeleitet werden, nicht so wie der Marxismus ständig adaptiert werden müssen.

2. Die Hinwendung auf neue Aufgaben, die uns die stürmische Gesellschaftsentwicklung stellt.

Ich möchte hier, ohne mich verbreitern zu wollen, zwei Kernpunkte nennen: die Wiederherstellung einer natürlichen und gesunden Umwelt für uns und unsere Kinder und die Bewältigung eines umfassenden Demokratisierungsprozesses in der gesamten Gesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heutige Bundesparteitag kann keine Diskussion bringen, die alle diese Fragen löst. Er muß aber der Auftakt zur Herausarbeitung unserer neuen Aufgaben sein.

Ich möchte den Herrn Vorsitzenden bitten, auch einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag einbringen zu dürfen.

In der Resolution, die von/^{der}Österreichischen Jugendbewegung vorgelegt wurde, findet sich als sechster Punkt die verstärkte Unterstützung unserer Fraktion im

Gewerkschaftsbund durch die Partei. Ich würde mir die Anregung erlauben, diese Resolution, die ich persönlich unterstütze, dadurch zu ergänzen, daß hier nicht nur der Gewerkschaftsbund, sondern auch der Bereich der Arbeiterkammern genannt wird, der ein ebenso wichtiger Aufgabenbereich für unsere Gemeinschaft darstellt. Ich danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Ich würde zur Vereinfachung des Vorganges vorschlagen, daß die Jugendbewegung diese Ergänzung selbst in ihren Antrag aufnimmt.

Am Wort ist der Kollege Wedenig.

Karl W e d e n i g : Hoher Bundesparteitag! Nach 20 Jahren Koalition, in der auch der politische Gegner den Weg der Politik dieses Staates mitbestimmte, sind wir 1966, für viele unvermutet, zur Alleinregierung berufen worden. Gleichzeitig trat aber ein Phänomen stärker in Erscheinung, das in unserer Partei schon immer eine Rolle gespielt hat, nämlich der Individualismus trat in den Vordergrund, sowohl in der Führungsspitze als auch in der Mitgliedschaft. Das hatte zur Folge, daß einsame Entscheidungen, so richtig sie auch gewesen sein mögen, getroffen wurden, für die erst nachträglich um Verständnis ersucht wurde. Die Malaise dieses Führungsstiles war, daß diese Entscheidungen schon auf Grund ihres Zustandekommens in den eigenen Reihen kritisiert und damit in der Öffentlichkeit abgewertet wurden, obwohl - und das muß man hier wohl betonen - diese Arbeit vielfach so gut war, daß die Früchte dieser Arbeit heute den Sozialisten in den Schoß fallen.

Was wir daher dringend brauchen, und dringender denn je, ist eine von allen getragene Führungsspitze. Von allen getragen kann sie aber nur sein, wenn sie sich vor ihren Entscheidungen allen mitteilt, wenn sie bemüht ist, die Willensbildung auf breiter Basis herbeizuführen, mit einem Wort: wenn sie den mühsamen Weg der demokratischen Mitbestimmung aller Mitarbeiter beschreitet.

Gestatten Sie mir, Hoher Bundesparteitag, eine Feststellung unseres Standortes und einen Blick in die Zukunft.

Wo stehen wir denn heute? Analysieren wir unsere soziale und gesellschaftspolitische Entwicklung der vergangenen

25 Jahre, so verdichtet sich die Gewißheit, daß nicht das Subsidiaritätsprinzip, nicht das christliche Weltbild, in dem die Pflicht zur Leistung eine gleiche Rolle spielt wie das Recht aus der Leistung, sondern daß das sozialistische System der nivellierten Sicherheit mehr und mehr Platz gegriffen hat. Vom Idealbild der Selbstverantwortlichkeit des Menschen haben wir uns immer weiter entfernt. Fasziniert von dem Gedanken der allgemeinen Wohlfahrt sind wir - ohne es gewahr geworden zu sein - fast im Zentrum sozialistischer Ideen gelandet. So haben wir zwar eine relativ gut funktionierende soziale Marktwirtschaft, wenn auch mit vielen einschränkenden und leistungshemmenden Faktoren, auf der anderen Seite aber eine nichtsoziale, eher soziale Ordnung oder auch Unordnung der sogenannten sozialen Sicherheit. Durch dieses Mischsystem von freier Wirtschaft einerseits und staatlich gelenkter sozialer Sicherheit jedes einzelnen kommt das Leistungsstreben, die Eigenverantwortlichkeit, die Familienhaftigkeit, die Persönlichkeit in die Schere. Während sich in anderen westlichen Staaten die Menschen frei vom Kollektiv entfalten können, ist das Gedankengut des Sozialismus in Österreich fast unbewußt so tief eingedrungen, daß damit und in Verbindung mit den soziologischen Strukturveränderungen eine politische Mehrheit der Sozialisten fast als gegeben erscheint. (Zustimmung.)

Unser Ziel muß es daher sein, die Einbahnstraße der sozialen und gesellschaftspolitischen Entwicklung der vergangenen 25 Jahre, die uns oft und oft im Schlepptau der Sozialisten sah, mutig und risikofreudig zu verlassen und

nach neuen Wegen zu suchen, nach Wegen, die in unseren Grundsatzprogrammen zwar geplant, aber kaum noch oder nur in Ansätzen beschrritten wurden. Wir waren vielfach auch die Gefangenen der umfangreichen Tagespolitik.

Wir brauchen nichts zu tun, als unsere Ideen, die wir als die ursächliche Zweckbestimmung dieser Partei in Programmen festgelegt haben, endlich zum Postulat unseres politischen Kampfes zu erheben, einen klaren Trennungsstrich zum sozialistischen Kollektiv zu ziehen und damit die Entfaltung der in unserem Volk schlummernden Kräfte zu ermöglichen.

Wenn uns das gelingt, dann geben wir auch der Jugend die große Chance der Entfaltung ihrer positiven Kräfte, auf die sie bisher vielfach vergeblich gewartet hat. Denn die Jugend genießt zwar die allumfassende Sicherheit des Kollektivs, sie mißachtet es jedoch, weil es ihrer Natur widerspricht.

Unsere Parole muß daher lauten: Die Zukunft liegt im Wagnis des Großen! Sie liegt in der Ernsthaftigkeit, mit der wir unsere Programme zu verwirklichen versuchen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Dr. Ratzenböck.

Ich bitte die Delegierten, bei ihren Zwiegesprächen in den Bänken etwas leiser zu murmeln.

Dr. Josef R a t z e n b ö c k : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin nicht recht zufrieden mit d-er Oppositionsrolle, die wir derzeit spielen. Wir sind eine besondere Opposition, eine Opposition gegenüber einer Minderheitsregierung, und gegenüber eine solchen gibt es zwei Verhaltensweisen: die eine, daß wir versuchen, ein "k.o." zu erzielen, das heißt, daß wir einen Mißtrauensantrag einbringen, daß wir durch einen "rechten Schwinger" dieser Regierung den Boden unter den Füßen wegziehen. Die zweite Verhaltensweise besteht darin, den Kampf über die Runden zu bringen und vielleicht den Gegner auszupunkten. Mir scheint es, daß wir uns entschieden haben, diesen zweiten Weg zu gehen, daß wir einen Punktekampf anstreben. Nach meiner Meinung sind wir aber verpflichtet, aus demokratischer Verantwortung den k.o.-Sieg anzustreben. Warum aus demokratischer Verantwortung?

Die Demokratie zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß sie erstens politische Macht durch das Volk auf eine begrenzte Zeit vergibt und daß sie zweitens die Ausübung dieser Macht an eine Mehrheit im Parlament bindet. Jeder, der sich diese Machtausübung als Minderheit anmaßt, begeht einen Verstoß gegen die demokratische Moral, und dies geschieht derzeit durch die Sozialistische Partei.

Natürlich kann jetzt jemand sagen: Es gibt doch auch in anderen Demokratien Minderheitsregierungen. Ja, es ist richtig: auch die Minderheitsregierung hat im demokratischen Staat eine Funktion. Allerdings darf sie nur gebildet werden im äußersten Notstand, um den demokratischen Kräften Gelegenheit zu geben, sich neu zu formieren. Nur übergangsweise!

Das geschieht aber jetzt nicht. Man versucht, sich für die volle Legislaturperiode als regierungsausübende Macht zu etablieren.

Man hat auch auf sozialistischer Seite gewisse Bedenken gegenüber dieser Vorgangsweise. Ich entnehme das einer Äußerung des Herrn Präsidenten Benya, die ich in einer SP-Tageszeitung vom 16. Mai 1970 gelesen habe. Hier begründet er diesen überraschenden Schritt zur Minderheitsregierung wie folgt: "Eine längere Blockade der Arbeit wäre jedoch für unser Land schädlich gewesen, und wir Gewerkschafter haben auch stets betont, daß Österreich rasch eine entscheidungsfähige Regierung bräuchte."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ereignisse seit der Regierungsbildung zeigen, daß die entscheidungsfähige Regierung nicht unbedingt sofort benötigt wurde. Denn was hat diese Regierung bisher getan? Sie hat einen Beitrag zur Kompetenzverwirrung geleistet und sich mit der Abschaffung des Uniformzwanges befaßt. Es wäre wohl noch Zeit gewesen, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine breitere parlamentarische Basis stützt. (Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt über die Schuld der Sozialisten gesprochen, über die Sünden wider die Demokratie. Aber machen nicht auch wir uns dieser Sünde schuldig, wenn wir diese Minderheitsregierung dulden, wenn wir im Parlament eine schweigende Mehrheit bilden? Müssen nicht wir uns bemühen, wieder demokratische Verhältnisse herzustellen? Und das geschieht von mir aus durch die Einbringung eines Mißtrauensvotums. Nicht deshalb, damit wir wieder an die

Regierung kommen. Ich habe nichts gegen eine Opposition unserer Partei. Aber ich habe alles gegen diese besondere Opposition gegen eine Minderheitsregierung!

Es kann vielleicht einer sagen: Ja, wenn es jetzt zu einem Mißtrauensvotum, zu einem erfolgreichen Mißtrauensvotum kommt, wird dann dieses Parlament nicht aufgelöst? Ich habe hier keine Bedenken. Ich bin zwar nach der Art der Vorgangsweise des Herrn Bundespräsidenten bereit, an alles zu glauben, ich kann mir aber nicht vorstellen, daß der Herr Bundespräsident deshalb, weil die Parlamentsmehrheit seiner Minderheit die Regierung verweigert, dieses Parlament zur Auflösung bringt. (Zwischenrufe.)

Ich fordere deshalb - und ich glaube, daß wir das tun müssen -, klare demokratische Verhältnisse im Parlament herzustellen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Landesparteiobmann Dr. Prader.

Landesparteiobmann Dr. Georg Prader : Hoher Bundesparteitag! Jeden Tag wird der Unterschied zwischen den früheren Reden und dem Handeln der derzeitigen Regierungspartei, seit sie an der Regierung ist, deutlicher. Damit aber wird auch die ganze Verantwortungslosigkeit der SPÖ in ihren Aussagen während ihrer Oppositionstätigkeit in der vergangenen Periode und ihrer Wahlversprechen, die sie den österreichischen Wählern gemacht hat, klarer und immer klarer. Aus der sicheren Deckung, ohnedies die zweiten zu bleiben, hat man geglaubt, alles versprechen zu können. In diesem Saft müssen wir jetzt die Minderheitsregierung schmoren lassen! (Zustimmung.)

Wir müssen aber auch in der Lage sein, diese ganze Disparität der Bevölkerung deutlich vor Augen zu führen. Die gegenwärtige Taktik, Randgemeinden, Nebensächliches in das Zentrum der Politik zu stellen und zu überdecken, daß man nicht in der Lage ist, die echten und wirklichen Probleme meistern zu können, diese Taktik ist es, die vor allem offenkundig gemacht und als echte Unfähigkeit dieser Regierung deklariert werden müssen, die Probleme des Landes zu meistern.

Die Anfragebeantwortungen in den beiden jüngsten Fragestunden haben bereits einen Rekord an Inhalts- und Konzeptlosigkeit der gegenwärtigen sozialistischen Regierung gebracht.

Wir dürfen dieser Regierung auch keine Ausrede gestatten. Wer hat uns seinerzeit gefragt über die Schwierigkeiten, die wir aus der Koalitionszeit übernehmen und bewältigen mußten? Oder wer hat uns danach gefragt, wie wir die Dinge in der Zeit der Wirtschaftsflaute 1967 meistern? Damals wurde ausschließlich

die Regierung verantwortlich gemacht und gesagt, sie sei ja dazu da, diese Schwierigkeiten zu meistern. Wir haben diese Schwierigkeiten zum Großteil meistern können. Jetzt muß die jetzige Regierung die Situation meistern. Daran hat sie sich zu bewähren, und da gibt es kein Herumdeuteln an der Verantwortlichkeit.

Die jetzige Minderheitsregierung hat eine andere Ausgangsbasis, als wir sie seinerzeit vorgefunden haben: ein geordnetes Staatswesen, eine blühende Wirtschaft. Die Österreichische Volkspartei hat in ihrem Verantwortungsbewußtsein dieser Regierung auch noch ein geordnetes Budget gemacht, damit sie überhaupt arbeiten kann. Stellen Sie sich vor, meine verehrten Freunde, wenn diese Minderheitsregierung neben all den Geburtswunden, die sie zu bestehen hat, unter den gegebenen politischen Verhältnissen auch noch ein Budget erstellen müßte. Das ist fast nicht auszudenken. Ich wüßte nicht, wie sie damit zurechtkommen sollte.

Warum sage ich das hier? Deswegen, weil man, wenn man einen Weg festlegt, die Ausgangsbasis kennen muß, um die eigene Politik folgerichtig daran anknüpfend gestalten zu können.

Nun wird im Rahmen unserer Partei und noch mehr außerhalb unserer Partei in bezug auf die Österreichische Volkspartei das Wort "Reform" stark strapaziert. Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit dazu sagen: Der Ruf nach Reform allein ist der niederösterreichischen Volkspartei zu wenig. Wir setzen uns mit jenen sachlich auseinander, die auch ein Wie und ein Was dazu wissen. Jeden praktikablen, vernünftigen, durchdachten

Weg werden wir mitgehen. Mit Emotionen aber sind solche Fragen nicht zu lösen. Wir Niederösterreicher - darauf hat der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich schon hingewiesen - haben der Bundesparteileitung schon vor einiger Zeit konkrete Vorstellungen übermittelt, und wir freuen uns, daß diese Vorschläge nunmehr bereits praktische Ergebnisse zu zeitigen beginnen.

Jetzt - und ich freue mich, daß Dr. Schleinzer das so in den Vordergrund gestellt hat - haben wir Vorteile, die die anderen bisher hatten: Wir sind jetzt frei von Regierungsverantwortung und haben mehr Zeit für unsere Partei, wir haben mehr Zeit für unsere Funktionäre, wir haben mehr Zeit für unsere Wähler. Das ist sofort und in ausgiebiger Breitenwirkung zu nützen. Die unmittelbare, ständige, direkte Diskussion muß ab nun permanent stattfinden und uns jene breite Vertrauensbasis schaffen, die wir benötigen, um auch in unserer Oppositionsrolle verstanden zu werden und bestehen zu können.

Man kann jetzt - ich sage das unter bezug auf einen Artikel, der heute in der "Furche" unter dem Titel "Was ist los mit der ÖVP?" auf der ersten Seite zu lesen ist und in dem dieser Bundesparteitag bereits deklassiert wird, bevor er überhaupt begonnen hat oder abgeschlossen wurde -, man kann also jetzt von uns noch keine perfekte Oppositionsstrategie verlangen. Sie wird wachsen, sie wird sich entwickeln, und sie wird so gestaltet werden, wie wir es für notwendig halten, um unser Ziel - das ist schon mehrfach ausgesprochen worden -, möglichst bald wieder in diesem Land die Mehrheit zu bekommen, auch bestmöglich verwirklichen zu können.

Der Auftrag, den dieser Bundesparteitag zu erfüllen hat, wird oft mißverstanden. Er hat die wichtigste Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Neuformierung der Spitze vorzunehmen, um die Truppe überhaupt aktionsfähig zu machen. Dieser Auftrag muß heute bewältigt werden. Das war die Dringlichkeit der Situation, und das war auch der Grund, warum darauf gedrängt wurde, den Bundesparteitag nach der Entscheidung unseres bisherigen Bundesparteiobmannes raschest abzuführen.

Wenn daran Kritik geübt wird, daß die Oppositionspolitik noch nicht perfekt auf dem Tisch liegt, möchte ich sagen, daß die Sozialistische Partei nach dem Wahlmißerfolg im Jahre 1966 wesentlich länger dazu gebraucht hat, sich zu dieser Tat zu entschließen.

Nach der Neuformierung der Führung - auch das ist schon zum Ausdruck gekommen, und ich freue mich darüber - ist es zunächst das Wichtigste, daß wir ein Informationskonzept entwickeln, eine Abklärung unserer Arbeitstechnik herbeiführen und ein Finanzkonzept ausarbeiten.

Weil das ein Bundesparteitag der Diskussion und nicht der Schablone ist, wie in der "Furche" zum Ausdruck gebracht wird, darf ich dazu auch meine Meinung sagen, die dahingeht, daß der Vorschlag unseres jetzigen Generalsekretärs meines Erachtens das Problem nicht zu lösen in der Lage ist. Letzten Endes sollte nicht vergessen werden - ich hoffe, daß die Stimme der weitaus stärksten Landesparteiorganisation Österreichs Gehör findet -, daß die Beiträge der Landesparteiorganisationen eine der wesentlichsten Stützen unserer Parteifinanzen sind und es daher ein schlechtes Finanzierungskonzept wäre, diese Kuh zu schlachten, sodaß man sie dann nicht mehr melken kann.

Es ist in diesem "Furche"-Artikel einiges Unausgegorene zu lesen. In bezug auf die angebliche Beharrlichkeit der Stimmung oder der Situation in der Volkspartei wird unter anderem geschrieben: "Die Szenerie des Jahres 1960 war nach dem Abgang des Patriarchen Raab (dessen Bild bis heute unzählige Parteisekretariate der Volkspartei bewacht) in gewissem Sinn der Landschaft des Jahres 1970 ähnlich."

Ich möchte dazu mit aller Deutlichkeit sagen - zumindest für den niederösterreichischen Bereich gilt das -: Wir sind nicht bereit, das Bild vom Raab in die Rumpelkammer zu stellen. (Beifall.) Das Bild jenes Mannes drückt die Gesinnung aus, die wir immer für modern halten, nämlich des selbstlosen Einsatzes großer Menschen für dieses Österreich, und diese Gesinnung wird nie in die Rumpelkammer kommen bei der Österreichischen Volkspartei! (Neuerlicher Beifall.)

Ich weiß nicht, wo die Gesinnung der Bilderstürmer herkommt. Bisher habe ich sie nur im Osten kennengelernt. Bis heute stehen auch in der Bundeshauptstadt unbestritten Standbilder großer Österreicher der Vergangenheit. Wir scheuen uns nicht, zu sagen, daß wir uns ihre Taten nach wie vor zum Vorbild nehmen.

Und dann noch etwas: Es steht hier: "Was ist los mit der ÖVP? Gibt sie sich selbst in satter Zufriedenheit auf, ist sie des Kämpfens müde?"

Von Niederösterreich her darf ich berichten: Schwung und Kampfkraft in allen unseren Organisationen ist in einem vielzu wenig bekannten Ausmaß permanent präsent, ja sie haben sich in der letzten Zeit, seit die Österreichische

Volkspartei in die Opposition gegangen ist, sogar noch um ein Vielfaches gesteigert. (Beifall.) Diesen Einsatzwillen zu erhalten, ihn zu formieren, das ist unsere große Aufgabe.

Wenn nun diese Partei in der neuen Formierung richtig geführt wird, wenn dieser Einsatzwille richtig geleitet werden kann, dann - das verspreche ich mir heute von diesem Tag - ist ein Ausgangspunkt dafür gegeben, daß wir bereits morgen wieder in der Zielgeraden sein werden. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Dr. Landl.

Dr. Landl : Sehr geehrtes Präsidium! Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Als einer der Delegierten des Österreichischen Akademikerbundes erlaube ich mir, anlässlich dieses Bundesparteitages den Standpunkt des Österreichischen Akademikerbundes namens aller Landesgruppen dieser Organisation darzulegen.

Es ist nach wie vor von dem Grundsatz auszugehen, daß unsere Organisation kein Bund oder ein Teil der Österreichischen Volkspartei ist, sondern lediglich eine politische Organisation darstellt, die mit den Zielen und Bestrebungen dieser Partei im wesentlichen übereinstimmt und daher auch in die Lage versetzt ist, der Partei mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, und zwar mit wirklichen Fachleuten aus allen Gebieten, ohne eine Zahl zu nennen, und nicht nur mit 1.400 nebulösen Experten, bei deren Auswahl sich der Computer der Sozialistischen Partei sicherlich geirrt haben wird. (Heiterkeit.)

Einen Niederschlag dieser Tätigkeit des Akademikerbundes sehen wir bereits in der heute dem Parteitag zur Beschlußfassung vorliegenden Resolution, in welcher mancher Vorschlag des Akademikerbundes aufscheint, und besonders auch in der zugestandenen Mitarbeit des Akademikerbundes in den zehn Ausschüssen der Bundesparteileitung, deren Einrichtung sehr begrüßt und als notwendig angesehen wird.

Hoher Bundesparteitag! Aus diesen Überlegungen heraus sei es mir nun gestattet, Ihnen, meine Damen und Herren, ein Memorandum des Österreichischen Akademikerbundes - nur auszugsweise, um Ihre Zeit nicht zu lang in Anspruch zu nehmen - zur Kenntnis zu bringen:

"Die 16. ordentliche Delegiertenkonferenz des Österreichischen Akademikerbundes, die am 10. Mai 1970 in Wien stattfand, hat in ihren Beratungen auch Probleme der modernen Partei und einer Parteireform besprochen." - Nicht nur um der Reform willen, wie es mein Vorredner ausgesprochen hat, sondern um auch das Wie und das Warum aufzuzeigen.

"Die Delegierten waren der Ansicht, daß die Anträge, die der Österreichische Akademikerbund bereits auf dem Bundesparteitag der ÖVP am 13. und 14. November 1969 gestellt hatte, auch heute unvermindert Gültigkeit haben, und er hat daher seine Delegierten zum Bundesparteitag 1970 beauftragt, erneut darauf hinzuweisen, daß diese Anträge sobald wie möglich erfüllt werden sollten. Im besonderen hat der Österreichische Akademikerbund auf dem letzten Parteitag eine Reorganisation des Informationswesens und eine geistig weltanschauliche Aktivierung der politischen Arbeit durch Errichtung einer Politischen Akademie und Schaffung eines Informationsbüros gefordert." - Diese beiden Anträge wurden damals angenommen und dem Generalsekretariat zur Erledigung zugewiesen.

"Bei seiner diesjährigen Delegiertenkonferenz hat der Österreichische Akademikerbund im besonderen noch folgende Punkte behandelt:

Der Akademikerbund ist der Meinung, daß die ÖVP sich ein neues Parteistatut geben sollte. Mit der Ausarbeitung dieses Parteistatutes sollte eine Kommission beauftragt werden, die den Entwurf innerhalb von sechs Monaten der Bundesparteileitung und den Landesparteileitungen zur Diskussion vorlegen sollte.

Im besonderen hätte dieses neue Parteistatut vorzusehen: straffere, mit umfassenderen Vollmachten ausgestattete Parteiführung, Einordnung der Interessen der Bünde und der Landesorganisationen unter die Ziele der Gesamtpartei, Einrichtung eines fähigen Stabes für die Vorbereitung der politischen Aktionen der ÖVP, Richtlinien für eine ausreichende Finanzierung der Volkspartei, Erstellung eines Rahmenbudgets insbesondere auch für die Finanzierung der geforderten neuen Einrichtungen. Der Österreichische Akademikerbund verweist in diesem Zusammenhang auf seinen, auf dem 12. Bundesparteitag zurückgewiesenen Antrag betreffend Strukturreform der Parteiführung.

Das Generalsekretariat der ÖVP soll ein den Gegenwartserfordernissen entsprechendes Pressekonzept ausarbeiten und spätestens bis Oktober 1970 den zuständigen Gremien der ÖVP vorlegen. Ohne eine Kritik üben zu wollen, waren die Delegierten des Österreichischen Akademikerbundes der Ansicht, daß es eine Pressepolitik der ÖVP nur mehr in Rudimenten gibt. Im besonderen stehen ihr nur wenige Medien zur Verfügung, die tatsächlich die Bevölkerung erreichen. Die Ansätze zur Regelung der Pressefrage wurden bis jetzt immer nur aus der Not und ohne den wirklichen Wunsch nach einem umfassenden Konzept durchgeführt. Die Delegiertenkonferenz hat den Standpunkt vertreten, daß ohne eine starke, der Partei zur Verfügung stehende Presse und andere Informationsmedien bei der zurzeit entwickelten Aktivität der Sozialistischen Partei auf diesem Gebiet die ÖVP bereits mit einem argen Handikap belastet ist.

Der Österreichische Akademikerbund fordert im Rahmen des Generalsekretariates der ÖVP einen Beauftragten auf höchster Ebene für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik.

Die Bedeutung einer solchen Aktion liegt schon klar zutage, wenn man den geringen Erfolg der 'Aktion 20' in Rechnung stellt. Was gefehlt hat, war eine Spitze aller dieser Bemühungen, die imstande gewesen wäre, die Belange der Politik und Wissenschaft so zu koordinieren, daß sowohl meritorisch als auch organisatorisch ein Optimum aus dieser Zusammenarbeit herausgeholt werden könnte."

Meine Damen und Herren! Aus diesen Ausführungen haben Sie entnommen, daß es dem Österreichischen Akademikerbund auch in der jetztigen Situation ernst ist um die Anliegen der Partei und um die Anliegen des österreichischen Volkes. Der Akademikerbund ist weiter bereit, uneigennützig mitzuhelfen, um die Weichen für die Zukunft richtig stellen zu helfen. Mit echten Alternativen, mit Konfrontation und Information nehmen Sie, meine Damen und Herren, am heutigen Bundesparteitag diese Bereitschaft zur Kenntnis.

Abschließend darf ich namens des Österreichischen Akademikerbundes erklären, daß der Initiativantrag der Jungen Generation in der ÖVP vom Akademikerbund unterstützt wird, da hierin auch wesentliche Vorstellungen unseres Bundes enthalten sind, welche unbedingt verwirklicht werden müssen. Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Landesrat Wolfgruber.

Rupert Wolfgreber : Hoher Bundesparteitag!

Es ist dankenswert, daß sich der Antrag der Jugendbewegung an vorderster Stelle mit der Pressefrage beschäftigt. Auch einige Vorredner haben schon die Pressefrage angeschnitten. Ich halte es trotzdem für zweckmäßig, noch einiges dazuzusagen.

Wenn man heute zur Presse- und Informationspolitik der Partei Stellung nimmt, dann geschieht das nicht mehr 5 Minuten vor 12, sondern die Uhr setzt gerade zum zwölften Glockenschlag an - so spät ist es bereits. Wir haben uns einfach zu lange in der absolut trügerischen Sicherheit gewöhnt, daß eine Partei, die eine gute und erfolgreiche Politik macht, in der Öffentlichkeitsarbeit nicht ihre vordringlichste Aufgabe zu suchen braucht. Der Ablauf der Ereignisse hat uns aber eines Besseren belehrt, und jetzt heißt es handeln.

Vor allem ist es nun nicht mehr möglich, die notwendigen Reformen auf dem Gebiete des Presse- und Informationswesens einem Ausschuß ohne oder nur mit unzureichenden Vollmachten zu übertragen. Unser Landesparteiobmann, Nationalrat Glaser, war selbst Vorsitzender eines derartigen Ausschusses, der schon deshalb ohne Erfolg bleiben mußte, weil hinter ihm nicht der entschlossene Wille der obersten Parteiführung stand.

Hinter der Forderung nach Reform unserer Presse- und Informationspolitik muß von heute an der neue Bundesparteiobmann und der neue Generalsekretär mit der ganzen Kraft ihrer Autorität stehen, sonst werden die kreißenden Berge wieder nur eine Maus gebären können. Ich möchte es sogar noch etwas schärfer formulieren: Für unsere neue Parteiführung wird die Pressefrage die erste große Bewährungsprobe sein müssen,

an der sie sich zu bewähren haben wird. Darüber hinaus sollte ein weiterer Spitzenfunktionär der Partei mit entsprechender Durchschlagskraft und den erforderlichen Verbindungen - ich denke etwa an Minister Koren - verantwortlich in die Lösung des Presseproblems eingeschaltet werden. Alles andere wäre nur wieder nutzlos vertane Zeit, was wir uns in der gegenwärtigen Situation einfach nicht mehr leisten können.

Denn wie sieht es derzeit pressepolitisch in Österreich aus? Die SPÖ hat sich mit Hilfe der Gewerkschaften und der ihr nahestehenden Bankinstitute und Kapitalgesellschaften des In- und Auslandes ein Presseimperium aufgebaut, das seinesgleichen sucht. Molden sozialistisch - Elbemühl sozialistisch - der sozialistische "Express" erreicht mit seinen Verkaufsständen bereits die Bevölkerung entlegenster Gebiete unseres Landes - ein sozialistischer "West-Express" scheint uns nach wie vor ins Haus zu stehen: das sind nur einige Schlaglichter auf die Pressepolitik der Sozialistischen Partei. Und dazu jetzt noch die sozialistische Regierung, von der zumindest ihr Chef ein bemerkenswertes Feingefühl für Öffentlichkeitsarbeit hat.

Und auf unserer Seite? Parteizeitungen mit kleinen und kleinsten Auflagen ohne Durchschlagskraft, aber dafür mit enormen Defiziten, Zersplitterung im Druck- und Verlagswesen und unbestreitbare Mängel in der Informationspolitik an sich. Seien wir doch ehrlich: Viele von uns - ich will mich da gar nicht ausschließen - haben zur Informationspolitik einfach nicht das richtige Verhältnis. Solange wir den nach echten Informationen heischenden unabhängigen Journalisten, den

Rundfunk- oder Fernsehmann nur auf die dürren Communiqués des Parteipressedienstes beschränken wollen, werden entweder die politischen Gegner in der Vorhand sein oder man zwingt die Presse dazu, sich ihre Nachrichten aus oft dubiosen Kanälen zu beschaffen. Und vergessen wir vor allem nicht, daß im Augenblick die sozialistischen Machthaber vor allem gegenüber Rundfunk und Fernsehen informationspolitisch zwangsläufig im Vorteil sind.

Gehen wir deshalb daran - und zwar jeder einzelne von uns -, den Massenmedien so offen wie nur möglich gegenüberzutreten und in allen Bereichen informationsbereiter zu werden.

Der Bundesparteitag aber sollte die Weichen zur Lösung vor allem folgender Probleme stellen:

1. Als Sofortmaßnahme sollte bei den parteieigenen und den parteinahen Tageszeitungen und Wochenzeitschriften in redaktioneller wie verwaltungsmäßiger Beziehung ein Höchstmaß an Koordination und Kooperation sichergestellt werden.

2. Im Rahmen eines gewissenhaft durchdachten Konzeptes müssen wir zu einem großen, durchschlagskräftigen Tagesorgan mit Kopfausgaben für die Bundesländer kommen.

3. Verstärkte Information aber auch innerhalb der Partei sowie gegenüber den Wählern, nicht zuletzt, um den Vorwurf zu vermeiden, die Partei rühre sich mehr oder weniger nur vor Wahlen.

Ich bitte eindringlich, Hoher Bundesparteitag, die notwendigen Reformen auf dem Sektor der Presse- und Informationspolitik um keine Stunde mehr aufzuschieben. Der Schaden wäre garantiert nicht mehr gutzumachen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort
ist Dipl.-Ing. Flicker.

Dipl.-Ing. Franz Flicker : Hoher Bundespartei-
tag! Auf Grund der heranrückenden Mittagszeit und der knurrende
Mägen werde ich meinen Beitrag noch mehr kürzen. (Heiterkeit
und Bravo-Rufe.)

In der Zeitschrift "Politische Perspektiven" war vor
einiger Zeit das chinesische Schriftzeichen für "Krise" er-
klärt, das sich aus den Symbolen für Gefahr und Chance zusammen
setzt. Sehr klar wird damit ausgedrückt, was ein Übergang,
in dem wir uns befinden, bedeutet, nämlich die Gefahr des
endgültigen Niederganges oder die Chance eines neuen Beginns
und damit des Wiederaufstieges.

Daß wir an einem Scheideweg angelangt sind, ist wohl
allen klar, wenngleich man bezüglich der Aufmerksamkeit vieler
Delegierter heute den Eindruck gewinnt, daß das nicht so sehr
allen klar ist oder daß ihnen das weitere Schicksal der Partei
egal ist oder daß sie persönlich schon so saturiert sind,
daß sie sich sagen: Ob wir siegen oder nicht siegen: was kann
mir denn schon passieren? (Beifall.)

Unser Motto heute lautet klar: "Neue Wege gehen. Die
Zukunft gewinnen." Aber hier fragen sich viele: Wird uns der
Aufbruch über verbale Bekenntnisse hinaus gelingen? Neue Wege
beginnen meist mit neuen Männern. Die Neuen, die uns vorge-
schlagen werden, sind nun Männer, die schon seit über einem
Jahrzehnt als Spitzenfiguren am Schachbrett agieren. Sicher
werden wir heute mit überwältigender Mehrheit Withalm und
Schleinzer wählen, weil sie in der Situation die erfolg-
versprechendsten Männer sind. Aber ich glaube, der Meinung
vieler Ausdruck zu geben, wenn ich schon jetzt die

Spitzenverantwortlichen ersuche, die Reform in personellen Fragen gründlich weiter zu überdenken. Es soll nicht der Eindruck besonders unter der jungen Generation entstehen, daß durch die rasche Rücklegung der Obmannfunktion durch Josef Klaus und das Einrücken bekannter Männer die Reform blockiert wird. Eine vordringliche Aufgabe der heute zu wählenden Spitze wird es daher sein, den Mut zu haben, in den Ländern für morgen ihre neuen jungen Mitarbeiter zu suchen und aufzubauen, mit denen die neue Imagebildung unserer Partei glaubhaft gelingt. (Beifall.)

Unsere Partei hat eine breite Basis von jungen, versierten und die Probleme des ganzen Volkes verstehenden Frauen und Männern. Und Österreich wird sie wieder brauchen: eine starke, erneuerte, mit der Führung des Staates beauftragte soziale Integrationspartei, unsere Österreichische Volkspartei! (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Ich möchte jetzt einige Verlautbarungen machen.

In wenigen Minuten ist die vorgesehene Mittagspause.

Der Politische Ausschuß tritt sofort im großen Sitzungszimmer hinter dem Pressezentrum zusammen.

Ich mache den Vorschlag, daß der Antrag der Jugendbewegung dem Politischen Ausschuß zur Beratung zugewiesen wird, und bitte um ein Zeichen der Zustimmung. - Danke.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung und ersuche, pünktlich um 14,30 Uhr wieder hier im Saale anwesend zu sein.

Unterbrechung der Beratungen um 13 Uhr 15 Minuten
=====

Wiederaufnahme der Beratungen um 14 Uhr 35 Minuten
=====

Vorsitzender Präsident D.r. M a l e t a : Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir fahren mit der Behandlung des Punktes 11:

Diskussion und Beschlußfassung

fort. Am Wort ist Dr. Klauhs.

Dr. Hellmuth K l a u h s : Hoher Bundesparteitag! Der heute schon mehrfach apostrophierte Finanzreferat hat also nun anscheinend die Aufgabe, den Versuch zu unternehmen, die durch die Mittagspause unterbrochene rege Debatte wieder in Schwung zu bringen.

Wir haben heute vormittag aus den grundlegenden und in die Zukunft weisenden Worten des Herrn Generalsekretärs Dr. Withalm und des designierten Generalsekretärs Dr. Schleinzer einige wesentliche Ausführungen auch in finanzieller Richtung gehört, denen ich mich vollinhaltlich anschließen möchte.

Ich freue mich aber ganz besonders, daß aus den vielen Diskussionsreden so viele Anregungen und positive Kritiken gekommen sind, mit denen ich mich fast allen persönlich identifizieren kann und die in vieler Hinsicht durchaus auch meinen persönlichen Gedankengängen entsprechen. Es gilt nämlich, auch hinsichtlich der finanziellen Belange der Partei neue Wege zu gehen. Und so wie der Informationsstrom neu nicht nur von oben nach unten, sondern auch von unten nach oben organisiert werden muß, so ist es auch unsere Aufgabe, die Geldströme neu zu kanalisieren und zu rationalisieren - auch bei

unseren Landesorganisationen -, damit wir jederzeit und in jeder politischen Situation ohne Rücksicht auf finanzielle Belange die volle Entscheidungsfreiheit haben.

Die Finanzierung einer Oppositionspartei hat anders zu erfolgen. Wir müssen jetzt die Basis dafür legen, daß die internen Reformen, die angekündigt worden sind und deren Ziel es ist, letztlich für einen schlagkräftigen Apparat zu sorgen, durchgeführt werden können. Denn nur ein Führungstab im Sinne eines modernen Managements wird alle Aufgaben lösen können, die ihm gestellt sind.

Um aber nicht nur von Reformen zu reden, sondern sie auch tatsächlich einzuleiten und durchzuführen, gehört neben der nötigen Organisation und der Bereitschaft, demokratisch gefällte Entscheidungen zu respektieren und nicht nachträglich zu kritisieren, auch die finanzielle Basis. Organisation allein ist sinnlos, wenn ihr nicht die Mittel zur Verfügung stehen, die Konzepte, die erarbeitet werden, in die Realität umzusetzen. Das ist nun meine primäre Sorge, der ich mich trotz der geänderten Situation nicht entziehen möchte.

Dazu gehört meiner Meinung nach auch eine Aktivierung des Finanzausschusses der Bundesparteileitung, der - damit er als demokratisches Forum auch entscheidungsberechtigt ist - mit den entsprechenden Persönlichkeiten zu besetzen ist. Daß dieses Gremium in allen wichtigen finanziellen Fragen einberufen, gefragt, gehört und auch anerkannt und respektiert wird, dafür möchte ich mich verbürgen.

Der Finanzausschuß wird sich rasch mit einer grundlegenden umfassenden Reform der Parteifinanzen in ihrer Gesamtheit zu

befassen haben, w-ozu die Erstellung eines die gesamte Parteiorganisation umfassenden Finanzplanes ebenso gehört wie eine Reform des Beitragswesens, der Einhebungsmethoden und dergleichen mehr. Ich glaube, daß auf diesem Gebiet manches getan werden kann und getan werden muß, denn ich habe die Überzeugung gewonnen, daß auf dem finanziellen Sektor da oder dort wirklich reformbedürftige Zustände gegeben sind.

Der Finanzausschuß wird bei dem auch von mir nachdrücklich reklamierten Presse- und Informationskonzept und bei der Aktivierung der politischen Bildung ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Ich möchte Ihnen versichern: Für vernünftige Konzepte, die wirtschaftlich tragbar sind, müssen und werden auch die benötigten Geldmittel vorhanden sein.

Ich möchte mich absolut für die Transparenz, für offene Diskussion und für mehr Willensbildung von unten her aussprechen, selbst in den stets als heikel bezeichneten finanziellen Belangen. Das setzt aber ein hohes demokratisches Verantwortungsbewußtsein voraus. Niemand weiß das besser als ich, der ich mich ~~x~~ als einen nüchternen Geldmann betrachte, der einerseits reklamiert, zum jüngeren Management zählen zu dürfen, und der andererseits aus einer demokratisch und dezentral organisierten Wirtschaftsorganisation kommt. Dieser Verantwortung mögen sich aber bitte alle bewußt sein, die eine Rede- und Antragsfreiheit und auch als Mitglieder verschiedener Ausschüsse und Organisationen eine entsprechende demokratische Freiheit in Anspruch nehmen. Ich bitte, das auch bei dem neu zu aktivierenden Finanzausschuß zu bedenken.

Ich bitte deshalb alle Organisationen, die Mitglieder in diesen Ausschuß entsenden werden, unsere Reformarbeit zu unterstützen und bei den bereits angekündigten Aktionen, wie zum Beispiel den Oppositionsschilling und anderes mehr betreffend, tatkräftig mitzuwirken. Gerade die Opferbereitschaft, auch in finanzieller Hinsicht, wird in Hinkunft Prüfstein unserer Gesinnung, unserer Dynamik und der Hoffnung sein, daß wir neue Wege in die Zukunft gehen können. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Nationalrat Dkfm. Gorton.

Dkfm. Wilhelm Gorton : Hoher Bundesparteitag!

Außerordentliche Parteitage finden meist zu Zeitpunkten statt, in denen sich die Partei vor außerordentlichen Situationen sieht. Wenn man die letzten, fast 25 Jahre, in denen die Österreichische Volkspartei mit den Bundeskanzlern aus ihren Reihen die Hauptverantwortung, ja in den letzten vier Jahren sogar die Alleinverantwortung für diesen unseren Staat trug, als für uns ordentliche Situation betrachten konnte, dann ist seit dem Abend des 1. März 1970 mit dem Aufrücken der SPÖ zur mandatsstärksten politischen Gruppe tatsächlich für uns als Partei eine außerordentliche Lage entstanden; ich möchte aber darüber hinaus sagen, daß seit dem 20. April dieses Jahres durch eine nach der bisherigen Praxis völlig ungewöhnliche Entscheidung des sich nach wie vor der SPÖ als Mitglied zuzählenden Staatsoberhauptes mit der erstmaligen Einsetzung einer Minderheitsregierung auch unser Staat in eine außerordentliche Situation geraten ist!

Wir werden in dem vor uns liegenden Jahr zunächst unser österreichisches Volk eindringlich daran erinnern müssen, daß nicht nur am 20. April dieses Jahres durch ein offensichtliches Zusammenspiel des sozialistischen Staatsoberhauptes mit dem sozialistischen Parteiobmann unser Staatswesen mit der außerordentlichen Situation einer nur sehr beschränkt oder unter Umständen vielleicht überhaupt nicht handlungsfähigen Regierung konfrontiert wurde, sondern daß der Kanzler dieses Minderheitskabinetts sich auch anmaßte, schon in seiner Regierungserklärung anzukündigen, daß es im Falle seines Scheiterns mit Gesetzesvorlagen im Parlament

nur eine Neuentscheidung des österreichischen Volkes geben könne. Das heißt, Dr. Kreisky und in einer späteren Äußerung auch sein Vizekanzler Häuser versuchen, eine nur dem Staatsoberhaupt einmal in seiner Amtsperiode zustehende Entscheidung über die Auflösung des Nationalrates vorwegzunehmen. Und aus der Präsidentschaftskanzlei kam bislang keine Distanzierung gegenüber solchen, künftige Entschlüsse des Staatsoberhauptes präjudizieren wollende Äußerungen von Regierungsmitgliedern!

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß unser außerordentlicher Parteitag zu einer solch a_ußerordentlichen Situation, die mit durch eine ungewöhnliche Handlungsweise des Staatsoberhauptes herbeigeführt wurde und in welcher der Minderheitskabinettskanzler in seiner ersten Rede künftige Entscheidungen des Bundespräsidenten schon festzulegen suchte, nicht schweigen darf. (Beifall.)

Das österreichische Volk muß heute schon wissen, welche Machtkonzentration unter Umständen das gefügte Zusammenwirken eines sozialistischen Staatsoberhauptes mit einem sozialistischen Bundeskanzler bedeuten kann. Hier wäre meiner Meinung nach ein Tabu, ein Schweigen und eine Kritiklosigkeit sehr fehl am Platze!

Wir werden nicht genug unsere Mitbürger an diese neue außerordentliche Ballung sozialistischer Macht mit all ihren Gefahren der Änderung unseres modernen Gesellschaftssystems erinnern können, bevor die 1971 wieder fällige Präsidentschaftswahl wieder zu entscheiden sein wird!

Der heutige Parteitag soll uns nach Wunsch unseres bisherigen Obmannes und Kanzlers Dr. Klaus, dem der bleibende

Dank für seine Leistungen wohl erst auch in der vergleichenden Geschichtsschreibung geeignet zuteil werden wird, eine neue Spitze bringen. Der Weg wurde uns - vielleicht in einer sonst nicht ganz gebräuchlichen Form - markiert. Wir wollen und sollen ihn in dieser außerordentlichen Situation in voller Einigkeit auch so beschreiten.

Hoher Parteitag! Die Stoßkraft unserer neuformierten Spitze wird aber nur dann mit voller Wucht auf den politischen Gegner ansetzbar sein, wenn die Zielrichtung unseres Geschützes gemeinsam gefunden wird. Versuchen wir nicht - und ich glaube, das ist heute schon in einigen Beiträgen zum Ausdruck gekommen -, durch falschen Partikularismus das Visier zu verschleiern, und halten wir den Geist unseres Statuts, nach dem die Partei über den Bünden steht, in den kommenden Jahren vielleicht noch etwas höher als bisher.

Wir werden gerade als Opposition nur dann dem Gegner keinerlei Möglichkeit zum schon angekündigten Versuch einer mit Klubzwangbefreiung ummäntelten "divide et impera"-Methode geben, wenn auch in oft kurzfristigst zu entscheidenden Fragen mit Disziplin und das Ganze sehendem Geist rasch koordiniert wird!

Der Begriff eines gewissen Mindestmaßes von Disziplin und eines Höchstmaßes an Koordinierung soll aber zweifellos besonders auch für Aussagen und Interviews unserer hochgestellten Funktionäre Richtschnur sein.

Hoher Parteitag! Bei den bevorstehenden Konfrontationen mit dem im Augenblick die Verwaltungsmacht auf der schmalen Basis eines Minderheitskabinetts ausübenden österreichischen

Sozialismus werden wir uns zweifellos nicht unseres traditionellen staatsbewußten Denkens begeben können. Das liegt allein schon in der Tatsache mitbegründet, daß nach wie vor wir es sind, die sich in erster Linie mit unseren bewährten Methoden einer sozialen Marktwirtschaft für ein weiteres Wirtschaftswachstum, für Vollbeschäftigung und möglichste Stabilität der Währung noch verantwortlich glauben und auch fühlen.

Die vermeintlichen Fesseln dieses Verantwortungsbewußtseins, die zweifellos seitens der Minderheitsregierung einkalkuliert erscheinen, werden aber rasch in geeigneter Form durch unsere Initiativen und ständigen Alternativen als Geiseln einzusetzen sein gegen jeden sozialistischen Versuch, auch durch Mosaikzerstörerarbeit unser bisheriges Aufbauwerk zu deroutieren oder in ein halböstliches System zu verwandeln.

Gerade aus dem Verantwortungsbewußtsein für die Zukunft sollen uns jedenfalls keinerlei Hemmschuhe entstehen für jene aktive und initiative Oppositionspolitik, die uns die Mehrheit des Vertrauens unserer österreichischen Wähler wieder bringen möge. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Da die Mikrofonanlage nicht sehr gut funktioniert, möchte ich wirklich bitten, sich bei den Gesprächen etwas zurückzuhalten, weil man die Redner sonst nicht versteht.

Am Wort ist Frau Dr. Schaumayer.

Dkfm. Dr. Maria Schumayer: Hoher Bundesparteitag! Herr Minister Schleinzner deutete in einem Satz an, was vielleicht viele in diesem Saale, aber auch viele unserer Mitglieder und viele unserer Wähler empfinden, nämlich daß die Österreichische Volkspartei in den hinter uns liegenden vier Jahren durch Staatsaufgaben und Regierungsaufgaben allzuviel von ihrer Kraft binden ließ und daß dadurch die Parteilarbeit zu kurz kam.

Meine Damen und Herren! Hoher Bundesparteitag! Hüten wir uns in der heutigen Situation vor einem analogen Fehler: Fixieren wir für die zukünftigen Jahre nicht alle unsere Kräfte nur auf Opposition und Parlament. Hüten wir uns davor, die anderen Lebensbereiche, die anderen politischen Ebenen zu vernachlässigen. Zu diesen vernachlässigten Ebenen gehörte in der Vergangenheit zweifellos die Kommunalpolitik, wo es nicht nur im Einzelfall Mängel und Defizienten gab, sondern wo uns die Unterstützung, die Gesamtverantwortung der Gesamtpartei ermangelte.

Meine Damen und Herren! Aus diesem Mangel resultierte mehr als nur der Verlust des einen oder anderen Gemeinderatssessels, der Verlust des einen oder anderen Bürgemeisteramtes. Was haben wir in Wahrheit verloren? Wir haben nicht zuletzt durch die Vernachlässigung dieser kommunalpolitischen Ebene den Nahkontakt mit den Wählern verloren. Wir haben in diesen Bereichen zuweilen den Einblick in das Denken und Wollen der Wähler verloren. Wir haben aber in der Partei auch einen gewissen Ausgleich zwischen der Tages- und der Sachpolitik vermißt, und wir haben uns letzten Endes selbst eines Bewährungsfeldes für politische Nachwuchskräfte begeben und auf einen natürlichen Spannungsabbau zwischen den Bündnen verzichtet.

Hoher Bundesparteitag! Was können wir gewinnen, wenn sich die Gesamtpartei auf allen ihren Ebenen auch der Kommunalpolitik widmet? Wir können das persönliche Vertrauen der Wähler zu der Kommunalpolitik zurückgewinnen. Wir können damit eine Personalisierung des politischen Geschehens bewirken, wir können unseren Nachwuchskräften echte Bewährungsaufgaben geben, und wir werden letzten Endes mit einer ordnungsgemäß von der Gesamtpartei wahrgenommenen Kommunalpolitik fast automatisch den Strukturwandel unserer Gesellschaft nicht nur mitmachen, sondern auch bewältigen.

Wir werden dann auch, meine Damen und Herren, Präsenz und Gestaltungskraft der Österreichischen Volkspartei jenen Lebensbereichen zuwenden, die von den Menschen entweder als eine unmittelbare Bedrohung oder als eine unmittelbare Chance empfunden werden. Wir müssen doch als eine echte Volkspartei den Menschen in unserem Lande mehr bieten, mehr vor Augen führen, als nur einen Kult mit Benzin und Beton, wie er sich manchmal in sozialistischer Kommunalpolitik dartut. Wir müssen doch den Menschen mehr als nur eine Wohnung, als nur eine Bettstatt zu bieten haben, in die es nicht hineinregnet. Wir müssen den Menschen als Volkspartei auf dem großen Gebiet der Stadtplanung doch mehr zu bieten haben als einen Reißbrettsozialismus. Wir müssen uns doch fähig, aber auch willens erweisen, den Lebensraum für die Menschen so zu gestalten, daß der Nachbar nicht durch technische Unzulänglichkeiten des Nachbarn Feind wird.

Wir als Österreichische Volkspartei müssen mit unserer Wirtschaftspolitik in Stadt und Land doch mehr zu bieten und mehr aufzuweisen haben als einen Neokapitalismus in sozialistischen Händen, wobei ich die Ausbeutung von einst gleichsetzen

möchte mit der Abhängigkeit der Menschen von heute, wobei ich die Profitgier von einst gleichsetzen möchte mit dem sozialistischen Parteiegoismus von heute.

Und wir als Österreichische Volkspartei werden, meine Damen und Herren, in unserer qualifizierten Kommunalpolitik, wie wir sie uns vorstellen, den Menschen unter dem Titel "Wohlfahrtswesen" doch mehr zu bieten haben als einen Gemeindevorstand in Massenquartieren, mehr zu bieten haben als 100 S Kohlengeld vor einem Wahltag. Wir wollen den Menschen doch das geben, was die heutige Zeit verlangt: die individuelle Fürsorge, die Hilfe gegen Einsamkeit, gegen Umweltseinflüsse und gegen die Lebensangst.

Geben wir als Österreichische Volkspartei die Bevölkerung in unseren Städten, in unseren Landgemeinden, doch nicht einem sozialistischen Futurismus preis, der mit Parteiprogrammen arbeitet, um zu verbergen, daß hinter diesem Papier Grenzen für Freiheit und Persönlichkeit verborgen sind.

Hoher Bundesparteitag! Nehmen wir als Volkspartei, als Gesamtpartei die Herausforderung der Sozialisten auch auf der kommunalen Ebene an. Kontrastieren wir uns als Volkspartei - ohne falsche Romantik natürlich - mit jener sozialistischen Kommunalpolitik, die in Wien etwa der Jugend im Grunde genommen nichts anderes zu bieten hat als eine Wartezeit und nach dieser Wartezeit vielleicht eine Wohnung in einem Ausmaß von 60 Quadratmetern, womöglich ohne Parkplatz davor, womöglich von einem sozialistischen Konzern genornt ausgestattet. Beweisen wir den Bürgern auch auf der kommunalen Ebene, daß die Volkspartei nicht überheblich ist, daß sie nicht selbstgefällig ist, sondern daß sie eine echte Volkspartei ist,

die für die Bürger dieses Landes auf allen Ebenen arbeiten will.

Hoher Bundesparteitag! In dem Sinne würde ich mir wünschen, daß von diesem Parteitag, der für eine offensive Politik offen ist, auch eine Offensive auf dem Gebiet der Kommunalpolitik in Stadt und Land zum Wohle Österreichs ausgeht. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. Mal e t a : Am Wort ist Nationalrat Dr. Leitner.

Dipl.-Ing. Dr. Alois Leitner : Hoher Bundesparteitag! In der letzten Zeit wurden wieder zwei Schlagworte geprägt, und ich möchte hiezu kurz Stellung nehmen. Das erste: die soziale Integrationspartei. Ich glaube, im Namen der ÖVP "Volkspartei" ist diese Idee schon voll enthalten, und die ständige Reform der Partei kann nur die Aufgabe haben, das Ziel, soziale Integrationspartei, Volkspartei zu sein, immer besser zu erreichen, für alle Bevölkerungsgruppen, für alle Berufsgruppen eine gut wählbare Partei zu sein, die echtes Vertrauen besitzt.

Die Wahl vom 1. März hat aber ein anderes Ergebnis gebracht. Heute werden Gott sei Dank keine Schuldigen gesucht. Ich habe den Eindruck, daß jeder vor seiner eigenen Haustüre kehrt und sich fragt, ob er noch mehr tun kann, noch mehr arbeiten kann, ob er noch enger zusammenarbeiten kann in Liebe - nicht nur in einer sogenannten "Parteifreundschaft", über die es gute oder weniger gute Vorstellungen gibt.

Echte Diskussionen über Sachfragen, aber auch über Personen sind notwendig. Aber nach der Entscheidung, nach der Wahl müssen wir gemeinsam zum Beschluß stehen, die betreffende Person voll unterstützen. Ich glaube, liebe Parteifreunde, hier können wir vom Gegner lernen. Zuerst Diskussion, dann Beschluß, dann aber Ende der sogenannten weiteren Diskussion, die oft nichts anderes mehr ist als gekränkte Eitelkeit, persönlicher Machtdünkel oder so etwas ähnliches. Nach dem Beschluß ein einiges Zusammenstehen, ein Zusammenstehen zu den Sachbeschlüssen, aber auch zu den gewählten Personen! Kein Sägen am Sessel des Gewählten!

Wenn wir so vorgehen, dann werden wir das Ziel einer echten Integrationspartei erreichen, und dann haben die Bünde, die Jugendbewegung, die Frauenbewegung, der Rentner- und Pensionistenbund nicht nur Platz in dieser Partei, dann haben sie eine echte Aufgabe zu erfüllen. Sie sind es dann, die die Glaubwürdigkeit der Partei und der von ihnen vertretenen Gruppe gewährleisten und dokumentieren: bei der Jugend, bei der Arbeiterschaft, bei den Bauern, in der Wirtschaft und bei den Rentnern.

Die Funktionäre der Partei von der Ortsebene bis zur Bundesspitze müssen zu dieser Zusammenarbeit aber bereit sein und auch fähig sein. Und wenn dies nicht der Fall ist, können solche Parteimitglieder nicht Funktionäre einer echten sozialen Integrationspartei werden. Sie können Funktionäre einer Honoratioren- oder einer Interessenpartei werden, die wir aber nicht sein dürfen.

Das zweite Schlagwort ist die progressive Mitte; "progressiv", also aufgeschlossen für die Gestaltung einer Gesellschaft, die sich in rascher Entwicklung befindet, die neue Erkenntnisse der Wissenschaft zur Kenntnis nimmt, wie wir auch den Umbruch in der Kirche zur Kenntnis nehmen.

Aber auch das Wort "Mitte" ist hier enthalten. Der Mensch hat sich in seinem tiefsten Wesen nicht geändert. Der Wohlstand ist heute für die meisten selbstverständlich geworden. Die Wahrung des persönlichen Lebensbereiches, die Geborgenheit, die Sicherheit aber wird heute nicht weniger geschätzt als früher.

Ich glaube, hier muß man noch etwas sagen: Marxismus und Christentum sind nicht vereinbar, und dort, wo dies versucht wird, verrät man eine Seite. Das wissen die Sozialisten in Österreich heute sehr genau. Ich glaube, auch wir müßten das beachten.

Wir wissen heute noch nicht, ob sich die SPÖ zu einer Art liberalen Volkspartei mausert oder ob die Verwischung der marxistischen Grundsätze nur zur Erringung der Mehrheit vorgenommen wurde. Derzeit scheinen die Marxisten in der Sozialistischen Partei wieder im Vormarsch zu sein. Die Freiheit und Würde des Menschen, aber auch der Fortschritt und die Sicherheit können auf die Dauer nur von einer modernen christlichen Partei gesichert werden, nicht von einer neuen Linken, die zum Sturm auf den etablierten Sozialismus antritt.

Meine lieben Parteifreunde! Es heißt: "Der Weise weiß, was zu tun ist." Wenn man so herumhört, dann hat man den Eindruck, es gibt sehr viele gescheite Leute. Aber ich glaube, wir brauchen in der Partei die Mitarbeit der Denker, der Männer, die in die Zukunft schauen, die die Erfordernisse von morgen entwerfen.

Es heißt aber weiter: "Der Tüchtige weiß, wie es zu tun ist." Und hier brauchen wir in der Partei die Mitarbeit der Techniker, einer immer besser gebildeten Jugend und des modernen Managements.

Es heißt aber auch: "Der Erfolgreiche tut es." Die SPÖ-Regierung wird dieses Prädikat nach ihrem Abtreten wohl nicht in Anspruch nehmen können. Wer jetzt die "Arbeiter-Zeitung" liest, muß sich oft fragen: Wo bleibt die Arbeit

der - nach den sozialistischen Aussagen vor der Wahl - best
vorbereiteten Regierung, die es je gab? Wenig ist davon zu
hören und noch weniger zu sehen.

Wenn aber die ÖVP dieses Prädikat erfolgreich für sich
in Anspruch nehmen will, dann muß sie jetzt die Partei-
a_rbeit tun, auf allen Ebenen, in engem Kontakt mit der
Bevölkerung, unter Wahrung der demokratischen Mitentscheidungs-
möglichkeiten der Parteimitglieder. Dann wird die ÖVP auch
wieder die Programme machen, die notwendig sind, um in Zukunft
Regierungsverantwortung erfolgreich übernehmen zu können.
(Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort
ist Nationalrat Dr. Bassetti.

Dr. Luis Bassetti : Hoher Bundesparteitag!

Einige Vorredner haben sich mit Verhaltensweisen in der Opposition beschäftigt. Ich glaube, es ist richtig, daß wir darüber etwas mehr sprechen, nachdem diese Rolle für uns alle ja etwas ungewohnt und neu ist. Es ist nicht nur für die Mandatäre, sondern auch für die Aktivisten in unserer Partei wichtig. Es sind in der letzten Zeit etwas harte Formulierungen gefallen, die beweisen, daß unsere Kritik psychologisch richtig liegen muß, wenn sie ankommen will.

Eine erfolgreiche Oppositionstätigkeit müßte auf nüchternen Erkenntnissen der gegenwärtigen politischen Situation basieren. Hier erscheinen mir einige Erkenntnisse wesentlich und beachtenswert.

Fürs erste, ob es uns angenehm oder unangenehm ist: Dr. Kreisky liegt in der Volksmeinung an sich gut. Es ist ihm gelungen, ein Image aufzubauen. Er präsentiert sich als bürgerlicher Sozialist und auch als durchaus versöhnlicher, ausgleichender Politiker. Das ist ein Faktum, mit dem wir unbedingt von vornherein rechnen müssen.

Und ein zweites Faktum liegt darin, daß diese Minderheitsregierung, wenn sie noch so verteufelt wird, an sich im Volke durchaus nicht so sehr verurteilt wird. Auch das müssen wir nüchtern erkennen. Das Volk will nun auch der SPÖ eine faire Chance eingeräumt sehen, nachdem die Volkspartei allein regieren konnte. Das Argument mit den 48 Prozent der Wählerstimmen, geht, auch wenn es verfassungsrechtlich in keiner Weise relevant ist, in diese Richtung und schlägt beim Volke ein. Ich glaube also, daß wir auch diesem Umstand in unserer Oppositionstätigkeit Rechnung tragen müssen.

Ein drittes Faktum scheint mir darin zu liegen, daß es gelungen ist, dem Volk glauben zu machen, daß sich in der SPÖ ein effektiver Rechtsruck anbahnt und daß die Absage an den Austromarxismus Tatsache ist.

Ich glaube daher, daß unsere Oppositionsarbeit diesen Gegebenheiten psychologisch Rechnung tragen muß. Das würde in der Praxis meiner Meinung nach folgendes bedeuten:

Erstens soll man einen Dr. Kreisky als einen Meister seines Faches nicht so sehr frontal angreifen, sondern vielmehr in einer konsequenten, sachlichen, aber beharrlichen Kleinarbeit der Inkonsequenz, des Widerspruchs und auch der Demagogie überführen. (Beifall.) Ich glaube, es wäre zweckmäßig, in der Bundesparteileitung ein eigenes Kreisky-Referat einzurichten, das nichts anderes zu tun hätte, als seine Reden, seine Artikel, seine Interviews aus der Vergangenheit, aus der Gegenwart und die zahlreichen für die Zukunft zu erwartenden zu sammeln. Wir sind sicher, daß wir daraus genügend Munition finden werden, um gegen ihn antreten zu können. (Beifall.)

Ein zweites Fazit für unsere Oppositionspraxis müßte daraus gezogen werden, daß es immerhin ein großer Teil des Volkes sehen will, daß wir diese Minderheitsregierung fair behandeln, daß wir ihr eine gewisse Chance geben. Ich glaube daher, wir sollten nicht so sehr und nicht so oft von einer Regierung auf Abruf reden. Wir setzen uns hier völlig unnötigerweise dem Verdacht der Böswilligkeit oder der Obstruktionspolitik aus. Das Volk will hier ein Fair play sehen. Die Regierung Kreisky, meine Damen und Herren, muß an ihrem eigenen

Unvermögen zugrundegehen, scheitern, und nicht an einem Willkürakt. (Zustimmung.) Und wenn dann wirklich ein Abruf erfolgt, so muß es für das ganze Volk klar erkennbar sein, daß es eine Staatsnotwendigkeit und nicht einen Kraft- oder Machtakt unsererseits darstellt. Wir sollen daher wohl auch etwas vorsichtig sein mit Kraftausdrücken, von denen ich zwar durchaus begeistert war, aber die doch psychologisch nicht richtig liegen, wie "Schindanger der Geschichte" etc. (Neuerliche Zustimmung.)

Aber etwas, meine Damen und Herren, werden wir immer tun müssen: Wenn wir auch nicht von einer Regierung auf Abruf reden, so werden wir immer von einer Minderheitsregierung reden müssen, und zwar von einer Minderheitsregierung, die die SPÖ selber gewollt hat. Wir dürfen hier nicht eine Legendenbildung aufkommen lassen, daß wir sie sozusagen in die Minderheitsregierung gedrängt haben und Kreisky nun eben in dieser Situation als Retter des Staates dieses schwere Kreuz auf sich nehmen mußte. Wir werden immer davon sprechen müssen, daß das eine Minderheitsregierung ist, die die Sozialisten dem Volk und dem Staate aufgezwungen haben.

Und noch etwas: Wir werden immer von einer Minderheitsregierung sprechen, die nach der sozialistischen Parteistrategie nichts anderes im Schilde führt, als Vorstufe zu sein, als Sprungbrett zu sein, um die totale Macht in diesem Staate zu erringen und um das sozialistische Traumziel zu erreichen, nämlich die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einzuführen.

Wir müssen aber bei aller unserer Oppositionsarbeit durch unsere Aufklärungsarbeit erreichen, daß sich das Volk selbst

ein Urteil über die Wahrhaftigkeit und die wahren Ziele des Sozialismus und der sozialistischen Regierung bilden kann, und ferner, daß unsere Oppositionsarbeit auch als sachlich, verantwortungsbewußt empfunden wird. Dann, glaube ich, wird uns bei unserer Oppositionstätigkeit der Erfolg sicher sein.

Was notwendig ist, ist also mehr psychologisches Einfühlungsvermögen in der Oppositionsarbeit. Ich danke.

(Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Landtagsabgeordneter Schmidinger.

Hans Schmidinger : Hoher Bundesparteitag!

Meine Damen und Herren! Beim letzten Bundesparteitag wurden die Delegierten über ihren Eindruck über den Bundesparteitag befragt, und die überwiegende Mehrheit der Delegierten hat damals zum Ausdruck gebracht, daß sie die Form der Abhaltung des Bundesparteitages, vor allem die Disziplin der Teilnehmer des Bundesparteitages, als nicht angebracht betrachtet. (Beifall.)

Einige Delegierte, die heute zum erstenmal diesem Bundesparteitag beiwohnen, haben die gleiche Meinung zum Ausdruck gebracht. Wenn das in der Situation der Fall ist, in der sich derzeit die Österreichische Volkspartei befindet, dann, meine ich, ist das nicht gerade glücklich für uns.

Wir sollten vielleicht doch zur Kenntnis nehmen, daß wir nicht nur einen Parteitag der Diskussion verlangen sollten, sondern daß ein Teil der Diskussion auch das Zuhören ist und daß es daher richtig wäre, wenn wir einen Parteitag der Diskussion verlangen, ihn tatsächlich als ganzen Parteitag der Diskussion zu betrachten. (Lebhafter Beifall.)

Zum zweiten meine ich, daß der heutige Parteitag eine besondere Funktion zu erfüllen hat und daß es daher nicht ganz richtig ist, wenn wir einzelne Interessen bei diesem Parteitag zusehr in den Vordergrund drängen, wobei ich auch meine, daß es vielleicht gar nicht Aufgabe des heutigen Parteitages ist, bereits über den richtigen Zeitpunkt für den Sturz der derzeitigen Minderheitsregierung zu sprechen, genauso wie es heute falsch wäre, nachträglich einen Vorwurf zu erheben in der Richtung, daß es eigentlich verwunderlich ist, daß man

bisher nicht in der Öffentlichkeit die Meinung zum Ausdruck brachte, daß die letzte Regierungsbildung die kürzeste war, die wir jemals erlebten, und daß sogar die Österreichische Volkspartei, trotz einer absoluten Mehrheit, länger mit den Sozialisten verhandelte, als die Sozialisten das dieses Mal mit der Österreichischen Volkspartei machten.

Das ist vorbei, und wir sollten uns meines Erachtens mehr mit der Zukunft beschäftigen. Hier ist nun bisher ein wesentlicher Teil der zukünftigen Arbeit dieser Österreichischen Volkspartei dahin gehend zum Ausdruck gebracht worden, daß man sich in Arbeitskreisen in der Erarbeitung von Alternativen und Initiativen für die zukünftige Arbeit sammeln will und daß man hier zu den bestehenden Ministerien Gegenarbeitskreise erstellt hat und darüber die Bundesparteileitung bereits entsprechende Beschlüsse gefaßt hat.

Wenn wir die Erstellung dieser Arbeitskreise betrachten, dann tritt manchmal der Verdacht auf, daß man bei der Nominierung der Vorsitzenden dieser Arbeitskreise vielleicht doch mehr bündische oder regionale Gesichtspunkte ins Kalkül gezogen hat als die sachliche Voraussetzung für eine solche Vorsitzführung und daß man vielleicht auch die Auswirkungen der Arbeit in diesen Arbeitskreisen noch nicht annähernd durchschaubar durchdacht hat.

Wenn man hier hört, daß ein Arbeitskreis sich mit dem gesamten Fragenkomplex von Bauten und Wohnung beschäftigen soll, und man umgekehrt weiß, daß ein Teil davon bereits einen solchen Arbeitskreis erfordern würde, wenn man weiß, daß ein Arbeitskreis für Rechtsfragen gebildet wurde,

der von der Wahlrechtsreform bis zur Strafrechtsreform alles bearbeiten soll, und wenn in einem weiteren Arbeitskreis sowohl die verstaatlichte Industrie als auch alles, was mit Post und Verkehr zusammenhängt, beraten werden soll, mag uns das vielleicht die Schwierigkeit der Arbeit in diesen Arbeitskreisen aufzeigen.

Ich meine daher, daß es eine der Aufgaben der Bundesparteileitung wäre, nun sehr aufmerksam den Beginn der Arbeit in diesen Arbeitskreisen zu betrachten und, wenn man unter Umständen daraufkommt, daß der Arbeitsbereich zu groß gefaßt ist, sehr rasch in Form einer aufgelockerten Technik zu einer gezielten Arbeitsweise dieser Arbeitskreise kommen soll und daß man dabei vielleicht auch dann zu einer etwas besseren fachlichen Besetzung dieser Arbeitskreise kommen könnte.

Wenn diese Arbeitskreise nun ihre Tätigkeit aufnehmen, kann ich mir nicht vorstellen, daß von Sachproblemen bisher Unbelastete womöglich dann auch noch in den Massenmedien und im Österreichischen Fernsehen als Sprecher der Österreichischen Volkspartei in Erscheinung treten können, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß man dort nur eine fertige Kost vorsetzen kann, sondern unter Umständen in eine Situation kommt, wo das Menü einem nicht mehr paßt.

Ich glaube also, daß die Frage der Arbeitskreise, sosehr ihre Einsetzung berechtigt ist, noch einer eingehenden Diskussion und Überlegung zugeführt werden soll.

Eines meine ich allerdings auch, daß am heutigen Bundesparteitag wichtig ist festzustellen: Wenn in diesen Arbeits-

kreisen Ergebnisse erzielt sind, dann ist die politische Entscheidung über das Arbeitsergebnis dieser Arbeitskreise in den entsprechenden politischen Organen unserer Partei zu fassen. Ich meine, daß es nicht gut wäre, wenn hier Teilmeinungen dieser Arbeitskreise frühzeitig in die Öffentlichkeit gebracht werden, um vielleicht dadurch ein besseres persönliches Image erzielen zu können.

Wenn aber dann die Entscheidungen in diesen Arbeitskreisen gefallen sind insofern, daß auch die Partei ihre Zustimmung gegeben hat, dann ist es nach meiner Meinung - genauso wie das Nationalrat Leitner zum Ausdruck gebracht hat - Aufgabe der gesamten Partei, hinter diesen Beratungsergebnissen und Beschlüssen als Ganzes zu stehen, damit wir dann tatsächlich als geschlossene Partei ein richtiges Image bei den österreichischen Wählern finden können. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. Maleta : Am Wort ist der Delegierte Julian Eiter.

Julian Eiter: Hoher Parteitag! Sehr verehrte Damen, sehr verehrte Herren, liebe Parteifreunde! Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich sagen, daß ich niemand beleidigen möchte, denn ich spreche als Funktionär der Österreichischen Volkspartei.

Als im Jahre 1966 die Österreichische Volkspartei die Nationalratswahl mit einer absoluten Mehrheit gewann, trat in Österreich eine Schicksalswende ein: Das österreichische Volk entschied sich für eine Demokratie in der westlichen Welt. Pitterman mit seiner Partei hat nicht gesiegt, er hat sein Ziel einer modernen Volksdemokratie nicht erreicht. Die Volkspartei mußte die schwere Verantwortung der Alleinregierung übernehmen und mit den alten Koalitionskrankheiten fertig werden; sie mußte modernisieren, sie mußte einen großen Berg von Arbeit bewältigen.

Die Sozialisten beschlossen, in die Opposition zu gehen, um auf diesem Weg doch noch ihr Ziel zu erreichen. Pittermann und seine engsten Mitarbeiter wußten genau, daß sie einen Mann als Parteiobmann brauchen, der ruhig wirkt, der es versteht, auf ganz feine Art Demagogie zu betreiben und der die Maske schön über das Gesicht der Partei zieht, eine Annäherung an die Volkspartei.

Ich beobachtete diese Vorgänge genau und kam dann zur Entscheidung: Hier muß etwas geschehen, sonst verliert die Österreichische Volkspartei bei den Wahlen 1970 die Mehrheit.

Ich tat nun folgendes: Ich schrieb an den Bundeskanzler und machte ihn aufmerksam, welche Gefahren der Volkspartei drohen. Ja, ich ging so weit, dem Bundeskanzler zu schreiben,

daß die Österreichische Volkspartei bei den Wahlen am 1. März 1970 nur noch 79 Mandate erhalten wird. Der Bundeskanzler schrieb mir im Oktober 1968, daß diese Argumente, die ich ihm mitteilte, stimmen, daß es aber bei so viel Engstirnigkeit in der Partei schwer sei, damit durchzukommen. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe mit Zittern dem 1. März entgegengesehen, und man kann nichts machen als kleiner Funktionäre.

Meine lieben Parteifreunde! Wir haben in unserem Regierungssystem einen Fehler: Die Sozialisten wissen genau, daß dieses System, wie es heute in Österreich praktiziert wird, nur zu ihren Gunsten arbeitet. Es ist nur eine Frage der Zeit.

Herr Dr. Klaus, Sie können sich sicher noch erinnern: Als ich in Silz mit Ihnen beisammen war im März 1968, habe ich Ihnen gesagt, daß wir den neuen Finanzminister Koren unterstützen müssen, denn das ist unser bester Mann, sonst haben wir niemand. Er wird auch verheizt werden. Ja, mit diesem System wird jeder Finanzminister zugrundegehen, und erst recht ein Androsch.

Ein Beispiel: Die Volkspartei baut eine Fabrik in Zell am See für 1.000 Arbeiter. Jetzt kommen die weichenden Bauernsöhne aus den ÖVP-Familien und suchen Arbeit, die sie auch erhalten. Nun kommen die Parteifunktionäre, womöglich die Sozialisten zuerst, und werben. Die meisten werden Sozialisten und denken gar nicht mehr daran, daß diese Fabrik die ÖVP gebaut hat.

Ja, meine lieben Parteifreunde, es gibt nur zwei Regierungssysteme auf dieser Welt. Das eine System ist nach den Geboten Sinai, das auch von der Volkspartei bis heute noch nicht

richtig verstanden wurde: freie Meinungsäußerung, Kapitalbildung und verschiedenes andere mehr. Das andere System wird heute vor unserer Tür in den kommunistischen Ländern gehandhabt.

Herr Dr. Withalm, nun muß ich zu Ihnen ein ernstes Wort sagen. Sie waren 1966 der Generalsekretär, daß wir keinen besseren finden könnten. Sie haben aber einen Fehler gemacht: Sie haben sich zuviel um die Regierungsgeschäfte gekümmert und das Parteisekretariat vernachlässigt. (Zustimmung.) Sie haben die rasche Entwicklung, die in Österreich vor sich geht, nicht erkannt. Daher der Pendelschlag am 1. März.

Zum Wahlvorschlag der Bundesparteileitung, Withalm als Bundesparteiobmann, Schleinzer als Generalsekretär, sage ich Ihnen jetzt schon für die Zukunft, das ist für die Volkspartei nicht gut. Es ist zu früh. Das sage ich Ihnen genauso wie ich Dr. Klaus gesagt habe, er bekommt nur 79 Mandate.

Wie reagieren die Wähler? Betrachten wir es jetzt von dieser Seite.

Ich mache Ihnen nun folgenden Vorschlag: Schweren Herzens denke ich daran, daß Dr. Klaus nicht mehr Bundesparteiobmann bleiben will. Wir werden uns damit abfinden müssen. Aber es ist ein Fehler. Ich würde sagen: Bitten wir ihn noch einmal, er möge zur Partei kommen und noch helfen. Es ist noch zu früh. Warum? Dieser Mann hat gut regiert ~~und~~ mit den anderen Regierungsmitgliedern. Das steht ganz entschieden fest.

Aber wenn Sie die Fernsehdebatte Klaus-Kreisky betrachtet haben, dann hat Kreisky einen der größten Fehler gemacht.

Warum? Kreisky sagte zu Klaus: "Sie haben vieles versprochen und nichts gehalten." Hier hat Kreisky das Argument verwendet, für das gar keine Grundlage existiert. Er hat eine Lüge gebraucht, um den Pendelschlag der Wähler auf sich aufmerksam zu machen, damit er zur Macht kommt. Mit dieser Lüge hat er die Geister gerufen, die er nicht mehr loswerden wird. Wenn dann jetzt die Hausfrauen in den Geschäften einkaufen gehen und die Teuerungen kommen, dann werden sie sagen: "Ach, bei Kreisky wird alles noch teurer. Hätten wir doch die Regierung Klaus!" Dieser Mann ist aber nicht mehr da. Er sollte noch da sein, um unter den Wählern dieses Argument voranzutreiben.

Herr Dr. Withalm, ich sagen Ihnen heute schon voraus: Sie haben die größten Chancen als Präsidentschaftskandidat, bei den nächsten Wahlen. (Bewegung.) Der Bundespräsident Jonas hat bei der Regierungsbildung ein sehr schlechtes Einvernehmen mit der ganzen Bevölkerung gehabt. Warum? Er war nicht gerecht. Er hat seine Maske als Marxist ganz kurz heruntergelassen. Und glauben Sie mir: Der Wähler wird die Rechnung präsentieren.

Ich schlage Ihnen vor: Bleiben wir bei Dr. Withalm als Generalsekretär, oder suchen wir einen ganz neuen, unbekanntem Mann. Er muß ein guter Organisator und Manager sein, und das Wichtigste: Er muß die Auswirkungen von Gesetzen schon von vornherein erkennen.

Und nun zu den Reformen. Ich habe gesagt, daß wir einen Systemfehler haben. Ja, meine lieben Parteifreunde, wer von euch die Übersetzung der Heiligen Schrift kennt und das Naturgesetz Gottes, der weiß, daß das Naturgesetz Gottes sagt:

Jedes Gesetz soll sittlich und moralisch gut sein, es muß gerecht sein, und es muß sich zum Wohle der Allgemeinheit auswirken. Jedes Gesetz, das sich nicht zum Wohle der Allgemeinheit auswirkt, hat vor Gott keine Rechtskraft. Hier liegen die Fehler. Heften wir diesen Grundsatz auf unsere Fahnen. Das soll in der Bundesregierung, in der Landesregierung und in den Gemeindestuben so sein. Fort mit den Männern, die diesen Grundsatz nicht beachten, fort mit den Bürgermeistern, die nur Familienpolitik betreiben oder einseitig sind und dabei die Dorfgemeinschaft zerstören!

Herr Präsident, ich richte nun die Bitte an Sie: Legen Sie dem Parteitag den Antrag zur Beschlußfassung vor, daß jeder ÖVP-Politiker verpflichtet ist, nur solchen Gesetzen seine Zustimmung zu geben, die dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (Beifall.)

Herr Dr. Schleinzer, zu Ihnen sage ich jetzt ein ernstes Wort: Sie leisten der Partei große Dienste, schon Jahre hindurch. Aber als Parteisekretär ist Ihre Zeit noch ein wenig zu früh. (Heiterkeit.) Warum? Drei Viertel der Wähler, so wie die Sozialisten die Wähler aufgehetzt haben, lehnen Sie zurzeit ab. Ich würde sagen: Ziehen Sie sich schön zurück und befassen Sie sich mit dem Grundgesetz Gottes, daß jedes Gesetz nur dem Wohle der Allgemeinheit dienen darf. Und wenn Sie dann in 20 Monaten als Landwirtschaftsminister tätig sind, dann führen Sie die Reformen ein. (Rufe: Aufhören! Zur Geschäftsordnung! - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.) Fangen Sie an, die Agrarregulierungen, so wie es jetzt gehandhabt wurde, umzukehren. Die Gemeinden sollen die Besitzer sein,

die Gemeinden sollen zugunsten der Landwirtschaft die Kulturen erhalten. Es ist richtig, daß man den Bauern unterstützt, es ist unser Nährstand. Aber so geht es auch nicht, daß die Grundverkehrskommission, wenn ein Arbeiter oder ein anderer einen Baugrund kaufen will, nein sagt.

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Ich bitte den Redner, zum Schluß zu kommen, weil er die Redezeit schon sehr weit überschritten hat. (Zustimmung.)

E i t e r (fortsetzend): Herr Professor Koren ...

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Es wurde mir soeben gemeldet, daß der Herr Redner kein Delegierter ist, weder mit beratender noch mit beschließender Stimme. (Bewegung.) Aus diesem Grunde bitte ich ihn jetzt, seine Rede zu beenden.

E i t e r (fortsetzend): Ja, entschuldigen Sie, Herr Präsident, ich habe mich angemeldet.

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Ja, Sie haben sich angemeldet mit dem ordnungsgemäßen Wortmeldungs-zettel eines Delegierten, den ich ja nicht überprüfen kann. Aber das Generalsekretariat teilt mir soeben mit, daß Sie kein Delegierter sind. Ich muß daher nach der Geschäftsordnung vorgehen, obwohl ich für das Bedürfnis auf Ihrer Seite nach Aussprache Verständnis habe. (Zustimmung.)

E i t e r (fortsetzend): Herr Präsident, ich entschuldige mich, ich hätte noch ein paar Worte gehabt, aber wenn es so ist, dann ziehe ich mich zurück.

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Dr. Josef Krainer.

Dr. Josef Krainer : Hoher Bundesparteitag!

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß wir eine "offene Partei" sind, so wurde dieser Beweis gerade geliefert. (Zustimmung.) Kein Mitglied der APO, keine Provokation, höchstens eine kabarettistische Einlage!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie gestatten, daß ich zu einem Punkt der Diskussion zurückkehre, der am heutigen Vormittag angeschnitten wurde. Zunächst, glaube ich, ist es sehr zu begrüßen, daß innerhalb und außerhalb der Partei, innerhalb und außerhalb der Parteipresse, dieser Parteitag aufgefordert wurde, ein Parteitag der Diskussion zu sein, und zwar ein Parteitag der Diskussion über die Erneuerung dieser Partei.

Man fragt sich aber hier und angesichts des Ablaufes dieses Parteitages, ob ein solcher Typ-Parteitag, wie wir ihn heute halten, überhaupt in der Lage sein kann, das Anliegen zu erfüllen, das viele scheinbar haben. Er ist ja als Großveranstaltung organisiert, als Kundgebung sozusagen, die ganz offenkundig schon von der Technik eines solchen Vorganges her dazu bestimmt ist, Deklarationen abzugeben, Reden zu halten, und nicht eigentlich eine Diskussion, wie sie dem Wesen der Diskussion entspricht, abzuführen (Beifall), nämlich Rede und Gegenrede zu ermöglichen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, man überfordert eben auch einen solchen Parteitag, wenn man das von ihm verlangt. Daher erscheint es notwendig, daß die zweifellos in Gang gekommene Bemühung, unsere Partei angesichts der gegenwärtigen Situation einem neuen Erneuerungsprozeß zu

unterwerfen, in anderer Weise geschieht, als das heute hier vorgeschlagen wurde.

Ich denke, daß wir mit Fug und Recht verlangen dürften, daß ein Parteitag gehalten wird - man sollte sich nicht unbedingt auf den Tag oder auch nur auf die Jahreszeit festlegen -, aber daß ein Parteitag gehalten wird, der gut vorbereitet, in Arbeitskreisen vorbereitet, auch in Arbeitskreisen gehalten wird, der wie etwa der des Jahres 1966 eine echte Diskussion ermöglicht. Dieser Erneuerungsvorgang soll nicht nur auf diesem Parteitag vorangetrieben werden, sondern auf allen Ebenen unserer Parteiorganisation, in den Bezirken, in den Landesorganisationen, in den Bündeln. Dort sollen wir zu den Problemen einer Grundsatz- und Aktionsprogrammatisierung und ebenso zur Reform der Parteiorganisation fundierte Überlegungen auch auf einem solchen Parteitag liefern können, über die dann auch tatsächlich abgestimmt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in diesem Zusammenhang etwa durchaus die Frage, ob man sich ausschließlich in eine Klausur begeben soll, um dort der Meditation zu huldigen und ausschließlich nach einem langen meditativen Vorgang mit einem Konzept hervorzutreten, oder ob wir nicht gleichzeitig auch eine organisatorische Dynamik entwickeln, etwa in einer großen Informationswelle.

Es wird notwendig sein, den Wählern in den nächsten Monaten, spätestens aber zu Beginn des Herbstes zu sagen, wie wir uns die Oppositionsrolle vorstellen, sozusagen sie permanent über unsere Absichten zu informieren. Das kann und muß sozusagen nebeneinander gelingen.

Wenn, meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer sicherlich nicht unabsichtlich verteilten Zeitung, der "Furche" nämlich, heute die Frage gestellt wurde: "Was ist los mit der ÖVP?", so ist doch wohl zu sagen, daß sie offenkundig die größte Niederlage in ihrer Geschichte erlebt hat und nun daran ist, diesen großen Schock langsam wiederum zu bewältigen.

Und dieser Parteitag ist wohl zu sehen als ein Versuch, dieses Trauma zu bewältigen, indem wir einmal wieder die personellen Voraussetzungen schaffen, die Reform der Partei voranzutreiben. So, glaube ich, ist und wäre es ein notwendiges Ergebnis dieses Tages, daß wir beschließen, einen Erneuerungsvorgang zu setzen, der seinen Abschluß finden müßte in einem programmatischen Parteitag, in einem Parteitag, der nach außenhin unsere Geschlossenheit demonstrieren könnte, aber auch anzeigt, in welcher Weise wir die Zukunft bewältigen wollen.

Schließlich und endlich, meine Damen und Herren, sind Vorgänge, wie wir sie heute setzen, in ihrer Form vermutlich eher dazu angetan, uns öffentlich abzuwerten, eher dazu angetan, sie zu einer Statutennotwendigkeit zu degradieren. Ich glaube, daß wir es bitter notwendig hätten, uns einer solchen traurigen Entwicklung zu entziehen, denn wir wollen ja nicht, dem Beispiel der schwedischen Konservativen folgend, in den nächsten zehn, in den nächsten zwanzig Jahren die bittere Oppositionsrolle spielen, sondern wir wollen die erste Gelegenheit benützen, wiederum die Mehrheit in unserem Vaterland zu erringen und die Verantwortung in diesem Staate zu tragen.
(Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort
ist Dr. Ratzenböck.

Dr. Josef R a t z e n b ö c k : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich probiere es jetzt mit Rede und Gegenrede. Ich hänge beim Herrn Dr. Bassetti an, der erklärt hat, er glaube, daß man der SPÖ eine faire Chance geben sollte. Wenn ich das höre, dann sträuben sich mir die Haare. Eine faire Chance - ist das unsere Aufgabe? Wir sind in einer Demokratie Konkurrenten untereinander. Ich bin dafür, daß wir uns fair verhalten, aber ich bin nicht dafür, daß wir dem anderen eine Chance geben! (Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Denken wir einen Schritt weiter. Wie verhalten wir uns, wenn die Freiheitliche Partei an uns und an die SPÖ herantritt und sagt: Ihr seid doch Demokraten, gebt doch auch uns eine Chance. Eigentlich müßten wir dann erklären: Warum sollen die keine Chance haben? Wir haben sie gehabt, jetzt hat sie die SPÖ, geben wir doch auch der Freiheitlichen Partei eine Chance. Sie sehen, das paßt nicht in unser System.

Und warum bin ich für ein rasches Lebensende dieser Regierung? Wir allein können sie nicht stürzen. Wir brauchen jemand, der uns hilft, und die Bereitschaft zu dieser Hilfe ist meiner Meinung nach jetzt noch am größten, weil jetzt noch von der Wahl her die Parole der Freiheitlichen nachwirkt: Kein roter Bundeskanzler.

Wenn es gelingt, diese Minderheitsregierung zu stürzen, dann besteht die Möglichkeit, daß sich die politischen Parteien neu formieren, dann ist jede Koalition möglich. (Zustimmung.) Dann kommen wir aus einem Getto heraus, in das wir uns selber begeben haben, indem wir uns nämlich von den Sozialisten das

Schlagwort von der Koalition der Verlierer haben einreden lassen. Es klingt gut, es stimmt aber nicht, weil in einer Demokratie nur die Mehrheiten entscheiden. Es entscheidet der Rechenstift, nicht das Gefühl; das behalten wir uns für daheim. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist Dr. Mock.

Dr. Alois M o c k : Hoher Bundesparteitag! Die Österreichische Volkspartei hat am 1. März 1970 eine politische Niederlage erlitten, deren Ursachen nicht nur in der zeitlichen Umgebung des 1. März liegen, sondern sich seit viel längerer Zeit in dieser Partei eingeknistet haben. Der 1. März war mehr als eine Panne, er war eine außerordentlich große politische Niederlage. Und wenn man miterlebt, wie das Murmeln und das Zwiegespräch die heutige Diskussion hier begleitet, so hat man den Eindruck, daß sich diese Partei noch nicht bewußt ist, in welcher Lage sie sich befindet, was seit dem 6. März 1966 passiert ist: Salzburg, Klagenfurt, Land Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und 1. März 1970, um die wichtigsten Etappen zu nennen.

Es wäre das Fatalste, wenn wir das in der Situation nicht zur Kenntnis nehmen, die Beleidigten spielen, uns in den politischen Schmollwinkel stellen und dem anderen, dem politischen Gegner, die Schuld dafür geben.

Der Bundesparteitag soll ein Anfang sein. Ich weiß, daß er gerade auch aus den Gründen, die Abgeordneter Krainer genannt hat, nur der Anfang einer Periode harter kritischer Selbstreflexion sein kann.

Wir müssen uns mit der Tatsache konfrontieren, daß die von unseren Grundsätzen abgeleitete Programmatik neu erarbeitet werden muß, daß wir in der Entwicklung des für die Politik notwendigen Instrumentariums und der Kommunikation zurückgeblieben sind und daß verschiedene Verantwortliche auf verschiedenen Ebenen in der Partei nicht immer nach den Grundsätzen der innerparteilichen Demokratie, nach dem Grundsatz "der Fähigste ist der Beste" bestimmt worden sind. (Zustimmung.)

Ich bin weit davon entfernt, alles, was es in dieser Partei an Elementen und Strukturen gibt, nur negativ zu beurteilen. Wir brauchen aber in dieser Phase der Selbstreflexion nicht über unsere Stärken zu sprechen - davon sprechen die Leistungen der Vergangenheit -, sondern wir müssen versuchen, die Schwächen auszumerzen.

Das Vertrauen von zwei Millionen Wählern ist nicht primär Berechtigung, es ist Verpflichtung zur Selbsterneuerung, aus der wir erst wieder die Berechtigung gewinnen wollen und sollen, die Verantwortung in diesem Land zu übernehmen.

Wir werden vor allem zur Kenntnis nehmen müssen, was Keynes sagte, daß es nämlich "früher oder später Ideen seien und nicht erworbene Rechte", aus denen das Neue hervorbricht. Wir brauchen daher neue Ideen, und wir brauchen das Aktionsprogramm, das es uns erlaubt, diese Ideen in Zukunft zu verwirklichen.

Unser Land wird die Zukunft sicherlich nicht durch Plaudereien und politisch temporär wirkksame Popularitätsaktionen der derzeitigen Regierung bewältigen, sondern durch die Bereitschaft dieser Partei, gemäß neuen Ideen die Gesellschaft zu gestalten, und vor allem durch den Willen dieser Partei, die Gesellschaft in diesem Lande zu gestalten. Und dieser Wille muß in unserer Aktion im Parlament und außerhalb des Parlamentes zum Ausdruck kommen.

Die gesellschaftspolitische Alternative, die wir für die Zukunft entwickeln müssen, verlangt von uns vor allem die Bereitschaft zur Änderung. Es bleiben sicherlich genügend andere übrig, die der Statik das Wort reden. Hierum brauchen wir uns nicht zu sorgen.

Vor kurzem hieß es anläßlich der Diskussion einer Prozedur, "es handle sich hier um eine jahrelange Übung und Praxis, man müsse daher bei dieser Vorgangsweise auch diesmal bleiben." Diese Argumentation soll endgültig aus unserem Vokabular verschwinden. Entweder wir wenden eine Methode an, weil sie die beste ist, wir vertreten ein Ziel, weil es für die Menschen unseres Landes am sinnvollsten ist, oder wählen eine Persönlichkeit, weil sie sich für ihre Aufgabe qualifiziert hat, dann aus diesem Grund und nicht deswegen, weil es üblich oder Praxis war.

Die kurze Diskussion der letzten Wochen hat bereits eine Fülle von Vorschlägen für diesen Erneuerungsprozeß der Volkspartei gebracht. Sie müssen in den zuständigen Institutionen der Partei erörtert und in einem demokratischen Willensbildungsprozeß beschlossen werden.

Wir sind eine Partei in einem demokratischen Staat, die auch im Besitz der Alleinverantwortung stets die Demokratie geübt hat. Warum praktizieren wir sie nicht auch innerparteilich mehr? Warum sprechen wir immer gleich von Kampf Abstimmung, die wir mit allen Mitteln vermeiden müssen, wenn es darum geht, nach einem Wettbewerb der Ideen und Vorschläge, nach einer offenen Diskussion in dem zuständigen Gremium die beste Lösung zu finden? Warum muß man gleich immer persönlich beleidigt sein, wenn man in einem demokratischen Abstimmungsprozeß unterliegt? Ich verstehe das nicht!

Und was die offene Diskussion anbelangt, so brauchen wir sie viel mehr in den zuständigen Instanzen der Partei während einer Sitzung und viel weniger in den Couloirs nach der Sitzung. (Beifall.)

Wer das Vertrauen der Partei, das Vertrauen der Mitglieder dieser Gesinnungsgemeinschaft besitzt, braucht sich auch nicht vor einer geheimen Wahl zu fürchten. Wenn er sich fürchtet, so ist das ein Zeichen, daß er selbst an der notwendigen demokratischen Vertrauensbasis zweifelt. Die geheime Abstimmung soll daher sowohl in der Partei als auch in der Gemeinschaft der Abgeordneten viel stärker verankert werden. (Beifall.)

In der Zeit, in der wir die Mobilität des Kapitals und der Arbeitskräfte fördern, wo die Mobilität immer mehr alle Gesellschaftsbereiche erfaßt, soll sich auch der Politiker diesem Gesetz nicht entziehen können. Es wäre daher ernstlich zu prüfen, ob nicht spätestens nach drei Funktionsperioden obligatorisch ein Wechsel eintreten sollte.

Ich halte es zusätzlich für notwendig, daß jeder verantwortliche Funktionär sich ab seiner ersten Wiederwahl statutenmäßig der geheimen Abstimmung unterzieht. Mit ist ein Stimmenergebnis von 55 zu 45 zu meinen Gunsten in geheimer Wahl eine verlässlichere Basis für die Übernahme eines bestimmten Amtes als eine Berufung durch Akklamation, wo jeder weiß, daß man sich kaum gegen einen solchen Vorschlag stellen kann, ohne als Spalter empfunden oder billiger persönlicher Motive geziehen zu werden. (Beifall.)

Wir müssen meiner Auffassung nach die Kumulierung einer Vielzahl von Ämtern und Funktionen abbauen. Sie belastet den einzelnen und beschränkt seine Effizienz. Sie vermindert die Chance der Bewährung des politischen Nachwuchses.

Ich bin mir dabei bewußt, daß man die Ideen und Vorschläge nicht in einem Wirrwarr diskutiert, sondern daß ihre Verwirklichung der politischen Planung bedarf. Wenn wir uns nicht

in den entsprechenden Gremien dazu bekennen oder sie schaffen, werden wir in Zukunft immer rascher von den Ereignissen überrollt und den Problemen unvorbereitet gegenüberstehen.

Wenn die Aussage der Österreichischen Volkspartei nach dem 1. März 1970 dahin ging, eine konstruktive Opposition zu üben, so müssen wir in der Lage sein, die Schwächen des politischen Gegners aufzuzeigen, ihn anzugreifen und bessere Alternativen vorzuschlagen. Nur nein zu sagen, ohne jemals einen besseren Vorschlag zu machen, ist Ausdruck defensiv-statischen Denkens.

Dabei bin ich mir durchaus bewußt, daß es auch in vielen Fällen, schon auch wegen des Apparates, der der Regierung zur Verfügung steht, Aufgabe der Regierung ist, an Stelle schlechterer, abgelehnter Lösungen bessere Vorschläge vorzulegen.

"Der Angriff ist die beste Verteidigung.": Dies ist nicht nur ein Schlagwort, sondern eine Erfahrungstatsache, wenn man weiß, warum man angreift, wen man angreift und mit welchem Ziel man angreift.

Wir brauchen außerdem mehr Mut zu Experimenten. Wir müssen die gesellschaftliche Transformation auch in der Partei sowohl durch unsere Politik als auch in der Struktur zur Kenntnis nehmen. Jene, die diese Transformation nicht zur Kenntnis nehmen wollen, sollen wenigstens den Mut haben, das zu sagen. Sie sagen damit, daß sie sich mit dem zweiten Platz im Staat zufrieden geben. (Zustimmung.) Das kann aber nicht das Ziel einer Volkspartei sein! (Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Ich wurde gestern in den Bundesvorstand des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes

kooptiert und werte diese Berufung als Vertrauensbeweis mir gegenüber. Ich bitte Sie, die folgenden Bemerkungen unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen.

Es wird immer sehr viel über die Bünde gesprochen. Ich bin der Auffassung, daß sie in Hinkunft wie in der Vergangenheit Ausdruck dessen sein sollen, daß wir eine soziale Integrationspartei für alle Bevölkerungsschichten sind und nicht aus einem Klassendenken heraus eine Bevölkerungsschicht gegen die andere ausspielen.

Diese Konstruktion muß aber gleichzeitig durch die Aktivierung der im § 6 des Bundesparteiorganisationsstatuts vorgesehenen Direktmitgliedschaft auch jenen die Möglichkeit einer aktiven Mitgliedschaft geben, die aus eigener Entscheidung unserer Gesinnungsgemeinschaft als solcher unmittelbar angehören wollen.

Überhaupt soll diese Partei für alle offen sein, die durch Arbeit und konstruktive Kritik mitarbeiten wollen und weder auf dem Boden des Marxismus noch des Rechtsextremismus stehen. Wir müssen oben, unten, in der Arbeit und überall eine offene Partei werden und auch als solche im Volk empfunden werden. Die gegebene Struktur muß sich der besseren Erkenntnis und dem evolutionären Prozeß der Gesellschaft unterwerfen.

Ich habe in meinen Ausführungen nur einige Beispiele genannt, von denen ich glaube, daß sie Elemente einer Erneuerung im Inhalt und in der Struktur unserer Partei sein könnten. Ich glaube, daß die vielen Ideen, die heute hier vorgebracht wurden, nunmehr in den kommenden Wochen und Monaten einem

eingehenden Diskussions- und anschließend einem innerparteilichen Willensbildungsprozeß ausgesetzt werden sollen. Das soll dann münden - und ich möchte hier den Vorschlag des Abgeordneten Krainer nachdrücklich unterstützen - in einen außerordentlichen Parteitag, der die nötigen Beschlüsse faßt und der so organisiert werden soll, daß man tatsächlich auch diskutieren und echt abstimmen kann.

Ich weiß, Hoher Bundesparteitag, daß neue Ideen auch Unruhe bedeuten. Wenn wir nicht den Mut zu diesem kalkulierten Risiko haben, wird diese gesellschaftsformende Gesinnungsgemeinschaft der Volkspartei in dieser Funktion abzutreten haben.

Wir dürfen nicht zurückschrecken bei der Konkretisierung unserer Ideen, bei der Wahl neuer Methoden, Fixpunkte zu enttabuisieren, überholte Traditionen den Geschichtsbüchern zu überlassen.

Wenn wir heute nach Zukunftsmodellen Ausschau halten, so tun wir dies im Bewußtsein, daß die Anforderungen und Belastungen der Nachkriegsjahre von hervorragenden Mitgliedern der Österreichischen Volkspartei mit größtem menschlichem Einfühlungsvermögen und mit größter Verantwortung für ihre Entscheidung bewältigt wurden.

Wir müssen uns mit aller Härte fragen, ob wir auch diese Verantwortung gegenüber den Menschen der Gegenwart und vor allem der Zukunft besitzen, wenn wir nicht bereit sind, die vielleicht oft schwere, aber notwendige Wahl zwischen Statik und Dynamik zu treffen.

Es muß uns gelingen, zu einer Erneuerung des politischen Bewußtseins unserer Partei zu gelangen und das politische Engagement zu aktivieren.

Der amerikanische Soziologe Bell stellte in einem seiner Werke fest: "Jede moderne Gesellschaft lebt von der Innovation und dem Wachstum". Dies gilt auch für eine politische Partei und für ihren Gestaltungsauftrag.

Geben wir möglichst vielen Menschen die Chance, bei uns mitzuarbeiten! Geben wir ihnen nicht nur die Chance, sondern bemühen wir uns um sie, daß sie bei uns mitarbeiten. Geben wir neuen Ideen eine Chance! Geben wir aber nicht nur neuen Ideen eine Chance, sondern seien wir endgültig konsequent bei der Durchführung. Es gibt eine Unsumme von Vorschlägen und neuen Ideen. Die Schwierigkeit zeigt sich aber immer bei der Durchführung. Seien wir härter und seien wir konsequent! Dann wird diese offene Gemeinschaft der Österreichischen Volkspartei in den kommenden Jahrzehnten wieder die Verantwortung übernehmen, sowohl die Freiheit des Individuums als auch seine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft zu garantieren, und die "Natur der Dinge", das heißt, die Welt so zu gestalten, daß jeder Mensch hier in diesem Land in seiner einmaligen Existenz eine größere Chance bekommt! (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist der Delegierte Gottfried Zach.

Bereithalten für die Berichterstattung des Politischen Ausschusses möge sich Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wenzl.

Gottfried Zach : Hoher Bundesparteitag! Eine moderne Partei braucht auch moderne und schlagkräftige Sozialorganisationen. Darüber kann sich heute niemand mehr hinwegsetzen. Und wenn heute mancher von Ihnen das Wort "Sozialorganisation" hört, dann möchte ich ihn bitten, nicht mehr an die früheren Organisationen zu denken, die den Leuten vielleicht etwas Nahrung oder Kleider oder sonstige Dinge gegeben haben, um die Dürftigkeit und die Not zu lindern. Die heutigen Sozialorganisationen haben die Aufgabe, zu beraten, zu betreuen und immer dazusein, wenn man sie braucht.

Für uns in den Sozialorganisationen - und ich spreche hier für den Österreichischen Wohlfahrtsdienst und den Österreichischen Rentner- und Pensionistenbund - ist Politik nichts anderes als die organisierte aktive Sorge für das Wohl aller Bürger in diesem Staat, besonders aber für jene, die unserer Hilfe ganz besonders bedürfen.

Wir danken allen hohen und höchsten Funktionären der Partei für die Anerkennung, die man uns in der letzten Zeit und in den letzten Jahren gezollt hat. Aber oft müssen wir bemerken, daß auch in Parteikreisen noch ein gewisses Unverständnis für unsere Arbeit vorhanden ist. Wir haben uns unsere Position mühsam erkämpft.

Ich danke hier von dieser Stelle aus besonders dem scheidenden Generalsekretär Dr. Withalm, der in den letzten zehn Jahren dafür eingetreten ist, daß wir unsere Arbeit zielführender gestalten konnten als früher.

Unsere Positionen haben wir uns, wie gesagt, mühsam erkämpft, und heute sind wir das erste Mal hier mit Delegierten

vertreten. Aber unsere Organisation, die über 150.000 Mitglieder verfügt, hätte doch wohl auch ein Anrecht darauf, in der Bundesparteileitung Sitz und Stimme zu haben. Es sind uns Zusagen gemacht worden, und ich bitte, diese Zusagen auch in Zukunft einzuhalten.

Überhaupt wollen wir, daß die Sozialorganisationen organisch in die Partei eingebaut werden. Wir benötigen, um unsere Arbeit vollbringen zu können, ein Mitspracherecht. Wir müssen auch an der Quelle sitzen, um zu wissen, was in dieser Partei vorgeht, denn wir müssen den Leuten, mit denen wir täglich zusammenkommen, darüber Mitteilungen machen und müssen unsere Arbeit auf diese Informationen abstimmen.

Deshalb glauben wir, daß der Sozialpolitische Ausschuß, der auch gegründet worden ist, ein ganz wichtiges Instrument sein wird, dessen sich die Partei immer bedienen kann. Wir begrüßen es, daß so viele Sozialfachleute in diesem Ausschuß Sitz und Stimme haben. Aber ich glaube, daß zurzeit auch die Praktiker noch nicht beiseite treten müßten, denn diejenigen, die täglich mit den Leuten konfrontiert werden, haben, glaube ich, auch ein Anrecht, in diesem Ausschuß, wenn es um soziale Fragen geht, gehört zu werden.

Ein weiteres Kapitel, mit dem ich Sie heute vertraut machen will, ist die Finanzierung der Sozialorganisationen. Bisher haben wir uns auf mühsamste Art selber finanziert. Wenn Sie unsere Leistungen betrachten, dann können Sie sich wahrscheinlich gar nicht vorstellen, wie wir das machen. Ähnliche Sozialorganisationen anderer Parteien verfügen über ein Vielfaches der uns zur Verfügung stehenden Mittel. Wir bitten die Partei, Verständnis für uns aufzubringen.

Ein Vorschlag, den ich jetzt bringe, wäre wohl zu verwirklichen, wenn man ernstlich darüber nachdenken würde. Wie wäre es, wenn man besonders die Parteimitglieder aufrufen würde, auch etwas für die Sozialorganisationen zu tun? Im Jahre 1945, als fast niemand etwas hatte, da waren die Leute spendefreudig. Heute hat das nachgelassen. Das ist wohl eine Folge des allgemeinen Wohlstandes. Aber wie wäre es, wenn von allen Parteimitgliedern zur Finanzierung der Sozialorganisationen ein zusätzlicher Monatsbeitrag eingehoben würde? Das wäre wirklich ein Beitrag zur Linderung großer Not.

Und nun zu einer der Ursachen, warum unsere Partei im Augenblick bei der Bevölkerung nicht so günstig liegt. Ich glaube, das Antlitz unserer Partei ist zu weit von den Menschen unserer Heimat entfernt. Wir müssen dieses Antlitz den Menschen näherbringen. Wir müssen dieses Antlitz so gestalten, daß es die Menschen auch erkennen können. Und wie können wir das tun? Indem wir Organisationen und Beratungsstellen schaffen, wo jeder in unserer Heimat, der irgendeine Beratung oder eine Hilfe braucht, jederzeit hinkommen kann. Es gibt solche Einrichtungen bereits mancherorts, aber es gibt auch Gegenden, wo die Leute im entscheidenden Augenblick nicht wissen, wo sie hingehen sollen. Also darum: Ausbau aller Betreuungsorganisationen und Beratungsstellen, damit wir den Menschen in unserem Staat wirklich dienen können und damit die Menschen sehen, daß diese Partei wirklich für sie da ist.

Und jetzt möchte ich für den Österreichischen Rentner- und Pensionistenbund sagen: Wir haben den Kampf um die Rechte der älteren Generation aufgenommen. Ich erinnere mich, vor

ungefähr 20 Jahren im niederösterreichischen Landhaus als Vertreter der Jugendbewegung folgenden Satz gesagt zu haben: "Jugend allein ist kein Vorzug, aber Alter allein ist kein Beweis der Fähigkeit." Und heute möchte ich das umdrehen, es hat genauso viel Berechtigung, und möchte sagen: "Alter allein ist kein Vorrecht, aber Jugend allein ist auch noch kein Beweis der Fähigkeit." Deshalb will ich das in einem Bündel zusammenbinden und sagen: Jeder Mensch, der eine Position einnehmen oder eine Funktion antreten soll, muß zweierlei haben: die Qualifikation und die Kondition. Da soll das 65. Lebensjahr allein keine Rolle spielen, denn die ältere Generation hat es sehr übel genommen, daß man sie in vielen Dingen immer mehr und mehr abschreibt. Eine Umfrage in Deutschland hat ergeben, daß unsere dortige Schwesternpartei nur deshalb bei der älteren Generation nicht besonders gut angekommen ist, weil sie den Leuten versprochen hat, daß man ihnen einen möglichst guten Lebensabend verschaffen will. Das hören die älteren Leute nicht gern. Die ältere Generation will genauso anerkannt werden wie andere Bevölkerungsschichten.

Abschließend möchte ich sagen: Der Österreichische Rentner- und Pensionistenbund und der Wohlfahrtsdienst sind große Organisationen, dynamische Organisationen und expansive Organisationen. Als Beweis möchte ich anführen, daß viele Spitzenfunktionäre in unsere Versammlungen gekommen sind und erklärt haben: So gut besuchte Versammlungen gibt es selten in diesem Wahlkampf.

Bedienen wir uns also dieses Instrumentes der Sozialorganisationen, denn diese Partei wird letzten Endes danach

gewogen werden, welche Arbeit sie für jene Menschen geleistet hat, die Hilfe brauchen und über keine Stoßtrupps gewählter parlamentarischer Interessenvertreter verfügen.

Ganz zum schluß möchte ich noch sagen: Wir brauchen ein Bild des Staates, wie wir ihn uns vorstellen. Die Sozialisten bieten ein solches Bild. Wir müssen der Bevölkerung auch ein Bild des Staates bieten, wie wir ihn uns vorstellen. Wenn dieses Bild des Staates, wie wir ihn uns vorstellen, nicht besser, nicht zielführender, nicht menschlicher ist als das unserer politischen Gegner, dann glaube ich, haben wir auch keine Berechtigung zu seiner Verwirklichung. Aber ich weiß zuversichtlich: Das Bild des Staates, wie wir ihn gestalten und das wir den Menschen zeigen wollen, wird besser, wird menschlicher und wird ein größeres und zugkräftigeres Bild sein, als es unsere politischen Gegner bieten können. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Am Wort ist der Berichterstatter des Politischen Ausschusses Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wenzl. Im Anschluß daran erfolgt das Schlußwort Dr. Withalms.

Bericht des Politischen Ausschusses

Berichterstatter Dr. Erwin W e n z l : Verehrte Parteifreunde! Der Vorsitzende des Politischen Ausschusses, Landeshauptmann Krainer, hat mich ersucht, in seiner Vertretung Ihnen über die Tätigkeit und die Erledigungen durch den Politischen Ausschuß zu berichten.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat die Österreichische Jugendbewegung einen Initiativantrag eingebracht, der Ihnen vorliegt. Der Politische Ausschuß hat sich mit diesem Initiativantrag befaßt und ihn auch eingehend behandelt. Ich will ihn nicht mehr verlesen, sondern nur erwähnen, daß hier die neue Parteiführung aufgefordert wird, die Erstellung eines Pressekonzeptes, die Aktivierung der politischen Bildung, die Schaffung einer Politischen Akademie und das Verhältnis zwischen der Partei und ihren Gliederungen zu überdenken und eine verstärkte Unterstützung unserer Fraktion im Gewerkschaftsbund und in den Arbeiterkammern zu erwirken.

Ich darf dazu feststellen, daß sich die Bundesparteileitung in ihrer Sitzung am 20. Mai eingehend auch schon mit dem Problem "Partei und Bünde und sonstige Gliederungen" befaßt hat und daß über Antrag des Herrn Nationalratspräsidenten Dr. Maleta damals die Bundesparteileitung beschlossen hat, diese Frage in der Bundesparteileitung und im Bundespartei-vorstand eingehend zu erörtern.

Aus diesen Gründen empfehle⁶⁴ Ihnen der Politische Ausschuß die Annahme dieses Initiativantrages.

Weiters hat sich der Politische Ausschuß in seiner Sitzung am 20. Mai und in seiner heutigen Sitzung nicht nur

mit dem Wahlvorschlag und der Resolution befaßt, sondern hat auch über die Situation der Partei eine programmatische Generaldebatte abgeführt. Der Politische Ausschuß ist dabei zu der Auffassung gelangt, daß der Programmausschuß, dessen Einsetzung die Bundesparteileitung auch beschlossen hat, erstens das Grundsatzprogramm der Partei überdenken und einen neuen Entwurf ausarbeiten soll, der in der Partei auf breitestmöglicher Basis zur Diskussion gestellt werden soll, und zweitens ausgehend von den Grundsätzen unserer Partei Zielvorstellungen entwickeln und gemeinsam mit den von der Bundesparteileitung eingesetzten Arbeitsausschüssen ein Aktions- und Kontrastprogramm ausarbeiten soll.

Damit hat die Bundesparteileitung schon in ihrer Sitzung vor wenigen Tagen jenen Anregungen, Wünschen und Anträgen, die hier von einigen Debatterednern vorgebracht worden sind, Rechnung getragen. Ich glaube, daß hier tatsächlich auch der Weg gegeben ist, um Programm und Zielvorstellungen einerseits breitestmöglich zu diskutieren, sie dann zu beschließen und dann auch der Wählerschaft eingehend nahezubringen.

Der Politische Ausschuß legt diese Auffassung den Delegierten des Bundesparteitages als Antrag vor, weil wir in diesem Ausschuß der Überzeugung sind, daß die Gewinnung neuer Wählerschichten, insbesondere auch die Gewinnung junger und geistig interessierter Wähler, nur durch eine Neuprofilierung der Partei in ihren tragenden Ideen und konkreten Zielen erfolgen kann.

Drittens darf ich Ihnen hier namens des Politischen Ausschusses auch einen Antrag vorlegen, von dem ich überzeugt bin

daß er Ihre Zustimmung findet. Es ist meiner Meinung nach eine selbstverständliche Tatsache, daß wir unserem Generalsekretär Dr. Withalm für seinen zehnjährigen Einsatz hier namens unserer Parteifreunde in unseren Ortsgruppen, Bezirken und Ländern und für unsere Wähler den Dank der gesamten Partei zum Ausdruck bringen. (Lebhafter Beifall.)

Als langjähriger und enger Mitarbeiter möchte ich unserem Generalsekretär Dr. Withalm danken für sein Beispiel der persönlichen Integrität und der politischen Einsatzbereitschaft. (Erneuter Beifall.) Diese politische Einsatzbereitschaft, sehr verehrte Parteifreunde, das muß erwähnt werden und darf nicht vergessen werden, hat er im Verlauf der vergangenen zehn Jahre vielfach unter Beweis gestellt, und zwar immer dann, wenn es am schwierigsten war und wenn sich nicht gerne ein anderer gefunden hat: bei Parlamentsdebatten, bei Fernsehdiskussionen und bei sonstigen Auseinandersetzungen mit unserem politischen Gegner. (Beifall.)

Wir freuen uns feststellen zu können, daß er, weil diese Auseinandersetzungen von ihm bestanden wurden, sicherlich entscheidend dazu beigetragen hat, daß bis 1966 durch diese Aktivitäten unsere Partei eben so viele Anhänger gefunden hat, daß wir am 6. März 1966 die absolute Mehrheit erringen konnten.

Ich glaube, es ist gerechtfertigt, auch heute darauf zu verweisen, daß es von 1966 bis 1970 gelungen ist, im Parlament alle Versuche, der Österreichischen Volkspartei eine Abstimmungsniederlage zu bereiten, abzuwehren. (Beifall.) Es ist das ein Beweis seiner Führungskunst und der Disziplin unserer Parteifreunde in unserem ÖVP-Parlamentsklub.

Verehrte Parteifreunde! Ich glaube, in unserer jetzigen Oppositionsstellung brauchen wir weiterhin den erfahrenen Parlamentarier, den gewiegten Interpreten unserer Zielsetzungen und den entschlossenen ersten Mann mit starker Autorität.

Ich darf Sie daher bitten, Ihren Dank und den Dank der Bundesparteileitung und des Parteitagspräsidiums an Dr. Withalm dadurch zu unterstreichen, daß Sie entsprechend dem Vorschlag des scheidenden Bundesparteiobmannes Dr. Klaus den Vorschlag der Bundesparteileitung, die neue Parteiführung Dr. Withalm und Dr. Schleinzer zu übertragen, mit Ihrem Vertrauen unterstützen.

Wir sind heute hierhergekommen, um dafür einzutreten, daß wir in diesem Staate wieder zur stärksten Partei werden und zur Hauptverantwortung gelangen. Ich glaube daher, daß wir am besten dieser Zielsetzung dienen, wenn wir eine größtmögliche Geschlossenheit und Stärke zum Ausdruck bringen auch bei der kommenden Wahl der Parteiführung. In diesem Sinne, glaube ich, danken wir am besten unserem Generalsekretär Dr. Withalm! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Ich werde die drei Anträge nach dem Schlußwort des Generalsekretärs und seiner Entlastung zur Abstimmung bringen lassen.

Ich bitte nun unseren Freund Dr. Withalm, das Schlußwort zu halten.

Generalsekretär Dr. Hermann W i t h a l m (Schlußwort)

(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Vor allem, lieber Freund Dr. Wenzl, dir sehr, sehr herzlichen Dank für die so netten Worte. Wir sind ja viele Jahre gemeinsam in einem Gremium gesessen, in der Landespartei sekretärekonferenz. Ich habe zuvor gesagt, daß mir der Abschied aus dem Generalsekretariat nicht leicht fällt, sonder ganz besonders schwer fällt. Das kannst du als alter Landespartei sekretär verstehen. Es fällt mir ganz besonders schwer, daß ich von dem Gremium Abschied nehmen muß, dem ich mehr als zehn Jahre hindurch wirklich mit großer Freude vorgestanden bin, nämlich von unserer Landespartei sekretärekonferenz.

Hoher Bundesparteitag! Es wurde heute sehr viel über das Verhältnis zwischen Partei und Bünden gesprochen. Die Bündeobmänner haben bewußt zu dieser Frage heute nicht Stellung genommen. Wir werde eine eigene Sitzung der Bundesparteileitung abhalten und auf dieser Sitzung nur das Thema "Verhältnis zwischen Gesamtpartei und den Bünden" besprechen. Ich glaube, daß es dieses Thema wert ist, einmal gründlichst und ausführlichst behandelt zu werden.

Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, daß ich nicht zu jedem einzelnen Diskussionsbeitrag jetzt Stellung nehme. Das würde zuviel Zeit erfordern. Und ich stehe Ihnen ja heute aller Voraussicht nach noch ein drittes Mal bevor. Daher möchte ich nur einige Anmerkungen zu verschiedenen Diskussionsbeiträgen machen.

Ich glaube, daß das Verlangen im Antrag der Jugendbewegung nach verstärkter Unterstützung unserer Fraktion im Gewerkschafts-

bund durch die Partei, ergänzt von Dr. Kohlmaier durch die verstärkte Unterstützung unserer Fraktion im Arbeiterkammertag, voll gerechtfertigt und notwendig ist. Dieser Frage wird ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden sein.

Eine kurze Bemerkung zum Kommunalpolitischen Ausschuß. Die Bundesparteileitung hat ja nicht nur die zehn Arbeitsausschüsse eingesetzt, sondern auch einen Kommunalpolitischen Ausschuß und einen Aktionsprogrammausschuß. Wir haben die Meldungen fast vollzählig in Händen, und ich darf Ihnen sagen, daß wir auch den Kommunalpolitischen Ausschuß innerhalb der nächsten meinetwegen 8 oder 10 Tage konstituieren werden. Ich bin allerdings der Meinung, daß es sich beim Kommunalpolitischen Ausschuß nicht nur um einen Kommunalpolitischen Ausschuß im strengsten Sinn des Wortes handeln soll, sondern daß sich dieser Ausschuß mit mehr beschäftigen soll: mit der Umweltgestaltung, mit den Menschen, wo sie wohnen, wo man sie ansprechen kann, wo sie sich erholen. Also die Umweltgestaltung der Zukunft soll in die Arbeit dieses Ausschusses miteinbezogen werden.

Zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Hubinek möchte ich sagen: Wir sind uns vollkommen darüber im klaren, meine Damen und Herren, daß es sich bei den Vorlagen, die aus dem Justizministerium kommen bzw. die schon aus dem Ministerium gekommen sind, die unehelichen Kinder, das eheliche Güterrecht usw. betreffend, um ganz schwerwiegende Probleme handelt. Ich habe daher, was die Vorlage über das eheliche Güterrecht anbelangt, bereits für nächste Woche eine Sitzung anberaumt. Ich habe zu dieser Sitzung nicht nur die Mitglieder

des Justizausschusses gebeten, die unserer Fraktion angehören - das hat der Vorsitzende-Stellvertreter des Justizausschusses getan -, sondern in Anbetracht der Bedeutung dieser Materie die bündischen Obmänner, die Obmänner in der Frauenbewegung und den Obmann der Jugendbewegung, damit wir diese Frage in einer, wenn es sein muß, mehrstündigen Sitzung wirklich gründlichst durchbesprechen, bevor die Österreichische Volkspartei sich in dieser Frage festlegt.

Zu der Frage, warum man jetzt erst über ein Pressekonzept redet. Meine Damen und Herren! Ich sage es immer wieder: Ich rede nicht gerne darüber, was gewesen wäre, wenn ..., sondern ich setze mich gerne mit Fakten auseinander, und ein Faktum ist leider, daß wir derzeit kein Pressekonzept haben. Aber es kam zum Ausdruck - nicht nur in meinen Ausführungen -, daß es zu unseren vordringlichsten Aufgaben gehört, unter allen Umständen ein Pressekonzept zu erarbeiten. Was glauben Sie, was wir uns schon im Österreichischen Verlag und anderwärts mit diesem Problem beschäftigt haben.

Es wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, Kopfblätter für die Bundesländer zu schaffen. Diesbezüglich haben wir den Ländern - ich nenne jetzt keine Namen - schon ganz konkrete Vorschläge gemacht. Aus dem Westen nickt einer, der es weiß. Das liegt, glaube ich, schon sieben oder acht Jahre zurück. Das war in der Zeit, als du, lieber Alfons, Bundesparteiobmann warst. Also das liegt schon sehr, sehr lange zurück. Meine Damen und Herren! Das war einfach nicht durchzubringen, weil die Landesparteileitungen gemeint haben, daß sie ihr eigenes Organ nicht aufgeben können.

Das gehört alles in ein großes Parteikonzept hinein, und ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß wir uns dieser Aufgabe - vorgestern wurden Schleinzer und ich von der Bundesparteileitung dazu ermächtigt - mit ganzer Kraft widmen und zur Verfügung stellen werden. (Beifall.)

Es wurde die Frage gestellt, warum Parteijournalisten der Zutritt in den Klub verwehrt wurde. Meine Damen und Herren! Das ist mir etwas ganz Neues. Wir haben ein einziges Mal eine Klubsitzung abgeführt, bei der wir aus bestimmten Gründen außer Abgeordneten zum National- und Bundesrat überhaupt niemand teilnehmen haben lassen. Ansonsten ist selbstverständlich bei jeder Klubsitzung der Chefredakteur des Zentralorgans der Österreichischen Volkspartei anwesend.

Wenn ich jetzt den Antrag der Jugendbewegung hernehme und das, was die Delegiertenkonferenz des Akademikerbundes beschlossen hat, dann kann ich feststellen, meine Damen und Herren, und das freut mich ganz besonders, daß hier ein Gleichklang festgestellt werden kann. Vieles von dem, was in den Anträgen verlangt wird, ist schon in Durchführung begriffen. Denken Sie meinetwegen an die Politische Akademie, an die Aktivierung der politischen Bildung. Und die Arbeitsausschüsse haben wir bereits eingesetzt. Ich habe Ihnen zugesagt, daß bereits Anfang Juni die Sprecher der Opposition zur Verfügung stehen werden. Die Arbeitsausschüsse werden natürlich auch noch im Juni zu arbeiten beginnen.

Darf ich hiezu gleich eine Bemerkung machen. Hoher Parteitag, wir haben nicht viel Zeit. Im Jahre 1966 wußten wir: Wir verfügen über 85 Mandate, und wenn uns niemand verlorengibt

von den 85, dann haben wir jederzeit im Parlament die Mehrheit. Wir wußten damals auch, daß die Legislaturperiode, die am 6. März 1966 begann, nach vier Jahren zu Ende sein wird. Dismal wissen wir nicht, oder um es richtig zu sagen, diesmal wissen wir, daß die Legislaturperiode nicht vier Jahre dauern wird. Wir haben also wirklich nicht viel Zeit, und die Arbeitsausschüsse müssen mit ihrer Tätigkeit sehr, sehr bald beginnen, weil sie uns ja im Parlament wertvollste Unterlagen liefern müssen.

Ich bin mit dem, was der Landeshauptmann von Niederösterreich gesagt hat, durchaus einverstanden. In der Frage des Schattenkabinetts sind wir noch nicht ganz einer Meinung. Er kennt meinen Standpunkt, den ich ja heute namens der Bundesparteileitung darlegen konnte. Wir haben vorerst einmal die Arbeitsausschüsse eingerichtet. Die zehn Vorsitzenden der Ausschüsse finden sich bereits am kommenden Dienstag um 11 Uhr in der Bundesparteileitung zu einer ersten Besprechung ein. Anfang Juni werden wir die Ausschüsse konstituieren und mit der Arbeit beginnen.

Ich habe mit allergrößtem Interesse die Ausführungen des eben erst gewählten Bauernbundobmannes von Niederösterreich über die Frage "Partei und Bünde" vernommen. Ich komme aber darauf in meinem dritten Beitrag zu sprechen.

Was den Vorschlag bzw. die Anregung anbelangt, etwa Arbeitstagungen in den Bundesländern in Aussicht zu nehmen, darf ich darauf verweisen, daß ich es als Generalsekretär so praktiziert habe, daß ich zum Beispiel im vergangenen Jahr und zum Teil auch in diesem Jahr noch - das war wegen des

Wahlkampfes nicht ohne weiteres möglich - in alle Bundesländer gefahren bin und dort Funktionärskonferenzen abgehalten habe. Ich glaube, daß der Vorschlag, der gemacht wurde, gut ist.

Ich bitte, noch folgendes zu bedenken: Wir haben das bei der letzten Landespartei sekretärekonferenz besprochen. Ich habe mich an etwas erinnert, was Vizekanzler a.D. Dr. Bock einmal praktiziert hat: Er ist als Handelsminister in die Bundesländer hinausgefahren und hat, wenn ich mich richtig erinnere, Sprechtage abgehalten. Wie wäre es, meine Damen und Herren, wenn der künftige Generalsekretär und der künftige Bundesparteiobmann gleichfalls von dieser Möglichkeit Gebrauch machen würden (Beifall), wenn sie in die Bundesländer hinausfahren und meinetwegen in Salzburg, in Innsbruck und in Klagenfurt einen allgemein zugänglichen Sprechtag abhalten würden? Ich glaube, es wäre wert, in dieser Richtung einmal einen Versuch zu unternehmen.

Was die politische Willensbildung anbelangt, darf ich auf folgendes verweisen: Meine lieben Parteifreunde, das ist eine ganz entscheidende Frage für die Zukunft. Ich kann jetzt kein Programm entwerfen, da ich die dazu notwendige Funktion, die mir vielleicht übertragen wird, derzeit nicht inne habe und daher diesbezüglich keine Aussage machen kann. Aber ich kann mir vorstellen, daß in Hinkunft - das sind sehr konkrete Vorstellungen - die Parteigremien, die auf Grund des Bundesparteiorganisationsstatuts dafür zuständig sind, regelmäßig zusammentreten, wobei nach meiner Auffassung in Zukunft das Schwergewicht beim Bundespartei vorstand liegen wird und liegen muß. Im Bundespartei vorstand sind alle Landesorganisationen

durch die Landesparteiobmänner vertreten, es sind natürlich die Bündeobmänner vertreten, die Jugendbewegung, die Frauenbewegung und darüber hinaus noch die Generalsekretäre der Bünde. Wir hatten leider Gottes seit der Änderung der Satzung bezüglich des Bundespartei Vorstandes erst eine einzige Sitzung, aber jeder, der dabei war, wird bestätigen, daß sich der Bundespartei Vorstand in seiner neuen Form als wirklich arbeits- und gesprächsfähiges Forum erwiesen hat.

Das Entscheidende ist nach meiner Auffassung, daß man miteinander redet, daß man sich Zeit nimmt für ein Thema, daß man sich - darauf komme ich auch noch zu sprechen - auf wenige wichtige und große Themen konzentriert, daß man sich voll und ganz diesen Themen widmet. Wir dürfen auch nicht - das ist etwas, was wir leider in der Österreichischen Volkspartei eigentlich nie zustande gebracht haben - mit einer guten Idee, die aber noch nicht ausgereift ist, bereits an die Öffentlichkeit gehen, sondern wir müssen sie zuerst einmal durchdiskutieren, dann muß von der Partei ein Beschluß gefaßt werden, und dann kann dieser Beschluß meinerwegen in einen Schreibtisch kommen. Zu gegebener Zeit sind wir dann in der Lage, eine fertige Materie, die parlamentsreif ist, aus der Schreibtischlade zu nehmen. (Beifall.)

Ich bin mit den Ausführungen Dr. Kohlmaiers vollkommen einverstanden. Wenn er gesagt hat, es muß jemanden geben, der über den Bünden steht, meine Damen und Herren, dann sind das zwei: das ist der Bundesparteiobmann und das ist der Generalsekretär. Die müssen alle Verständnis haben für die Bündle, aber selbstverständlich über den Bünden stehen.

Und jetzt, lieber Freund Ratzenböck, einige Bemerkungen zu deinen Ausführungen: ob "k.o."-Sieg oder Punktesieg gegenüber der Minderheitsregierung und ob der Minderheitsregierung eine Chance gegeben werden soll. Ich könnte mir vorstellen, daß man der Minderheitsregierung eine Chance gibt, und zwar eine Chance in der Richtung, meine Damen und Herren, daß die Minderheitsregierung Gelegenheit erhält, unter Beweis zu stellen, daß sie das, was sie versprochen hat, einzuhalten *nicht* in der Lage ist! (Beifall.)

Zu dem Verlangen, sofort einen Mißtrauensantrag zu stellen, weil man nicht zusehen könne, daß eine Partei, die nicht mit der absoluten Mehrheit ausgestattet ist, die ganze Macht in der Hand hat, doch eine sehr nüchterne Bemerkung: Dazu gehören zwei, um ein Minderheitsvotum zu beschließen. Einbringen können wir es zwar allein, aber beschließen - sonst hätten wir ja die absolute Mehrheit, dann gäbe es auch keine Minderheitsregierung - können wir es nur mit einer zweiten Partei, eben mit der Freiheitlichen Partei.

Ich habe anlässlich der Debatte zur Regierungserklärung im Parlament gesagt: Alles zu seiner Zeit und gerade in dieser Frage zur rechten Zeit!

Ich glaube, das sollten wir uns, meine Damen und Herren, wirklich vornehmen, zur rechten Zeit diese Frage zu bereinigen, jedenfalls erst zu einem Zeitpunkt, wo der Nachweis erbracht ist - und der Zeitpunkt kommt; er kommt vielleicht früher, als wir alle glauben -, daß die Sozialisten nicht in der Lage sind, das von Ihnen Versprochene auch nur annähernd in die Tat umzusetzen. (Beifall.)

Was die Reform in personellen Fragen anbelangt, meine Damen und Herren: Na selbstverständlich wird alles getan werden, diese Reform entsprechend voranzutreiben und der Jugend jede Möglichkeit, die denkbar ist, einzuräumen. Ich brauche jetzt im Hinblick auf die Beendigung des Vortrages, in dem vom "Präsidentschaftskandidaten Withalm" gesprochen wurde, glaube ich, nicht näher dazu Stellung nehmen; das hat sich dann auf seine Art selbst erledigt.

Noch kurz eine Bemerkung zu den Ausführungen Dr. Krainers und Dr. Mocks. Dr. Krainer hat gemeint, es wäre gut, einen Parteitag abzuführen, der bestens vorbereitet ist, mit Arbeitskreisen, wie das 1966 der Fall war. Lieber Freund Dr. Krainer und lieber Freund Dr. Mock! Ihr rennt hier bei mir offene Türen ein. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Wenn wir jetzt - das hat die Bundesparteileitung getan - einen Programmausschuß haben, der ein Aktionsprogramm zu erstellen hat, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, daß, wenn dieser Ausschuß mit der Arbeit fertig sein wird, dieses Aktionsprogramm auf einem Bundesparteitag zu beschließen sein wird, nachdem vorher - ich sprach ja von Information nicht nur von oben nach unten, sondern auch von unten nach oben -

meinetwegen über wesentliche Punkte eine Abstimmung durchgeführt wurde, die dann in das Aktionsprogramm aufgenommen werden sollen. Also sofort einverstanden mit einem natürlich gut vorzubereitenden Bundesparteitag, einem außerordentlichen Bundesparteitag, der dann das Aktionsprogramm, das der zuständige Ausschuß ausarbeiten wird, zu beschließen haben wird.

Das ganze ist nur eine Frage des Zeitpunktes. Denn beide Herren haben zum Ausdruck gebracht, daß es nur dann einen Sinn hat, einen außerordentlichen Bundesparteitag einzuberufen, wenn er über entsprechendes Material verfügt, das ihm vorliegt, und wenn wirklich die Garantie gegeben ist, daß sich der Bundesparteitag mit der Materie gründlich beschäftigen kann.

Also noch einmal: Jederzeit damit einverstanden! Wir werden mit den Arbeiten des Programmausschusses sehr bald beginnen.

Ich darf in dem Zusammenhang - und damit bin ich beim Schluß - nur noch eines sagen - das gilt jetzt für die zehn Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse und das gilt für alle Mitglieder dieser zehn Arbeitsausschüsse -: In den Arbeitsausschüssen sitzen immerhin pro Ausschuß 15 Personen, also 150 qualifizierte und qualifizierteste Leute. Meine Damen und Herren und speziell die Obmänner dieser Ausschüsse! Es wird sehr viel Arbeit verlangt werden von denen, die in diesen Ausschüssen sitzen. Wir werden, wie vorgestern in der Bundesparteileitung gesagt wurde, natürlich entsprechendes Personal zur Verfügung stellen in der Person junger Mitarbeiter aus dem Klub, in der Person von Pressereferenten, die auch den Ausschüssen zur Verfügung stehen. Es wird aber sehr sehr viel Arbeit auf die einzelnen Abgeordneten entfallen. Jetzt schon darf ich bitten, daß alle, die für die Ausschüsse nominieren wurden, sich wirklich mit ganzer Kraft für diese Arbeit zur Verfügung stellen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Hoher Bundesparteitag! Wir haben nun in einer ausführlichen Debatte zum Rechenschaftsbericht des Herrn Generalsekretärs Stellung genommen und sein Schlußwort gehört. Ich bringe nach Erschöpfung der Rednerliste den Bericht nunmehr zur Abstimmung. Wer für die Genehmigung des Berichtes von Generalsekretär Dr. Withalm und damit für seine Entlastung ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke. Wer ist dagegen? - Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich führe nun die Abstimmung über die Anträge des Politischen Ausschusses durch.

Der erste Antrag lautet, die Initiativanträge der Österreichischen Jugendbewegung anzunehmen. Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung. - Danke. Gegenstimmen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Antrag des Politischen Ausschusses bezüglich der Programmarbeit. Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung mit der grünen Delegiertenkarte. - Ich danke. Gegenprobe. - Einstimmig angenommen.

Und nun, Hoher Bundesparteitag, komme ich zum dritten und letzten Antrag des Politischen Ausschusses. Rein formal ist das ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag; dem Inhalt nach liegt er uns aber sehr am Herzen. Es ist der Antrag, unserem Generalsekretär für seine zehnjährige Tätigkeit den herzlichsten Dank der Bundesparteileitung auszusprechen. (Starker anhaltender Beifall.)

Gestatten Sie mir, liebe Freunde, ein persönliches Wort, bevor ich zur Abstimmung schreite. Dr. Withalm - wir kennen ihn alle - ist eine kantige Persönlichkeit. Es gibt manchmal

Funken in der Diskussion und in der Auseinandersetzung. Aber in einer Zeit, die arm an Persönlichkeiten ist, muß sich die Partei glücklich schätzen, daß an ihrer Spitze eine echte Persönlichkeit steht.

Liebe Freunde, in diesem Bewußtsein lasse ich jetzt abstimmen. Ich bitte um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Ich danke. Gegenprobe. - Einstimmig angenommen. Lieber Freund Dr. Withalm! Dieser rein formale Vorgang wäre an sich eine Überflüssigkeit. Sei dessen gewiß, daß wir dich schätzen, daß wir dir danken und daß wir in der Zukunft von dir noch sehr viel erwarten. (Beifall.)

Es ist mir die Anregung zugekommen, die Tagesordnung umzustellen und den Punkt 14 der Tagesordnung: Erstattung des Wahlvorschlages und Durchführung der Neuwahl des Bundesparteiobmannes und des Generalsekretärs, vor den Punkten 12 und 13 durchzuführen. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diese Umstellung abstimmen und bitte um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke. Gegenprobe. - Einstimmig angenommen.

Hoher Bundesparteitag! Bevor ich den Vorsitz übergebe, gestatten Sie mir in Ihrem Namen einige Sätze zu den Freunden von der Presse, vom Hörfunk und vom Fernsehen. Der Sinn des Bundesparteitages ist die Beendigung einer Periode, die uns alle bedrückt hat, der Periode des Schweigens und der Handlungsunfähigkeit. Das wichtigste Ziel dieses Parteitages ist, durch die Wahl der neuen Parteispitze handlungsfähig zu werden, ab morgen an die Arbeit der Regeneration der Partei zu gehen.

Und dann möchte ich noch etwas sagen: An einem kurzen Tag lassen sich so schwierige Probleme, vor deren Lösung wir stehen, die uns als Aufgabe gestellt sind, nicht durchdiskutieren und nicht zu Ende diskutieren. Aber, meine Herren, von den Massenmedien, ich glaube, im Namen der Delegierten sagen zu können, daß es unser gemeinsamer Wille ist, die echte Diskussion in den zuständigen Gremien und eventuell auch, wie heute angeregt wurde, an einem außerordentlichen, gut vorbereiteten Parteitag fortzusetzen. Ich habe mich zu diesen Sätzen verpflichtet gefühlt, damit in der morgigen Kommentierung unseres Parteitages unsere Meinung, unser Wille und unsere Absichten klar zum Ausdruck gebracht werden. (Beifall.)

Ich übergebe jetzt den Vorsitz an Nationalrat Glaser.

Vorsitzender Landesparteiobmann Karl Glaser:

Hoher Bundesparteitag! Ich übernehme den Vorsitz.

Wir kommen auf Grund des soeben gefaßten Beschlusses zum zweifellos wichtigsten Tagesordnungspunkt unserer heutigen Beratungen: zur Erstattung des Wahlvorschlages und Durchführung der Neuwahl des Bundesparteiobmannes und des Generalsekretärs.

Bevor ich um die Erstattung des Wahlvorschlages ersuche, bitte ich den Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, Herrn Bundesrat Eckert, um seinen Bericht betreffend die Beschlußfähigkeit dieses Parteitages.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Berichterstatter Dr.h.c. Fritz Eckert : Ver-
ehrliches Präsidium! Hoher Bundesparteitag! Die Mandatsprüfungs-
kommission hat unter dem Vorsitz des Herrn Staatssekretärs
Dr. Kranzlmayr in der Ihnen bekannten Zusammensetzung getagt.
Auf Grund der vorgelegten Delegiertenlisten wurde festgestellt,
daß der 13. außerordentliche Bundesparteitag gemäß §§ 17 und 18
des Bundesorganisationsstatuts richtig und in Ordnung einbe-
rufen wurde.

Gemäß den bezughabenden Paragraphen unseres Bundes-
organisationsstatuts wurde die Zusammensetzung überprüft und
festgestellt, daß 455 Delegierte mit beschließender und
101 Delegierte mit beratender Stimme zur Teilnahme am Bundes-
parteitag ordnungsgemäß einberufen wurden.

Von den geladenen Delegierten sind anwesend 389 Delegierte
mit beschließender und 38 Delegierte mit beratender Stimme.

Auf Grund dieses mitgeteilten Überprüfungsergebnisses
sei festgestellt, daß der 13. außerordentliche Bundesparteitag
statutengemäß einberufen wurde und beschlußfähig ist.

Ich bitte den Hohen Bundesparteitag, dies zur Kenntnis
zu nehmen.

Vorsitzender Landesparteiobmann Glaser : Ich
danke dem Herrn Bundesrat Eckert für seinen Bericht und den
Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission für ihre Arbeit.

Darf ich die Frage stellen, ob zum Bericht der Mandats-
prüfungskommission jemand zu sprechen wünscht? - Es scheint
dies nicht der Fall zu sein.

Somit komme ich zur Abstimmung. Ich bitte die Delegierten, die den Bericht der Mandatsprüfungskommission zur Kenntnis nehmen, durch Erheben der grünen Delegiertenkarte ein Zeichen der Zustimmung zu geben. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenenthaltungen? - Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Berichtes fest.

Nunmehr bitte ich den Landesparteiobmann von Oberösterreich, Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Wenzl, für den Politischen Ausschuß die Erstattung des Wahlvorschlages vorzunehmen, und zwar sowohl für den Bundesparteiobmann wie auch für den Generalsekretär. Ich bitte, Herr Landesparteiobmann Wenzl.

14. Erstattung des Wahlvorschlages und Durchführung der
Neuwahl des Bundesparteiobmannes und des Generalsekretärs

Berichterstatter Dr. Erwin Wenzl: Verehrte Delegierte! Ich darf den formellen Antrag stellen und mitteilen, daß der Politische Ausschuß beschlossen hat, Ihnen zu empfehlen, den bisherigen Generalsekretär Dr. Withalm zum Bundesparteiobmann und den bisherigen Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer zum Generalsekretär zu wählen. (Beifall.)

Diesen Antrag stelle ich hier und bitte Sie, dem Antrag des Politischen Ausschusses und der Bundesparteileitung auch Ihre Zustimmung zu geben.

Vorsitzender Landesparteiobmann Glaser: Ich danke Herrn Landesparteiobmann Landeshauptmann-Stellvertreter Wenzl für die Erstattung des Wahlvorschlages.

Ich frage Sie nun, verehrte Delegierte, ob Sie zum Wahlvorschlag zu sprechen wünschen, bzw. wer zu sprechen wünscht, möge nun seine Wortmeldung abgeben. - Dann darf ich feststellen, daß zu diesem Punkt niemand zu sprechen wünscht.

Wir kommen nunmehr zur Durchführung der Wahl. Ich bitte jetzt hinsichtlich der technischen Hinweise besonders aufmerksam zu sein.

Die Geschäftsordnung des Bundesparteitages schreibt bei der Wahl der obersten Parteifunktionäre die schriftliche Abstimmung vor. Die wahlberechtigten Delegierten, also alle anwesenden Delegierten mit beschließender Stimme, haben in ihren Tagungsmappen ein blaues Kuvert und einen blauen Stimmzettel für die Wahl des Bundesparteiobmannes sowie ein weißes Kuvert und einen weißen Stimmzettel für die Wahl des Generalsekretärs.

Aus jedem Stimmzettel muß deutlich hervorgehen, für welchen Namen die Stimme zählen soll.

Um den Wahlvorgang zu beschleunigen, haben die stimmberechtigten Delegierten ferner eine rosa Abstimmungskarte erhalten.

Vorne beim Präsidium sind zwei Wahlkommissionen und zwei Wahlurnen vorbereitet. Das Präsidium ersucht Sie, von vorne nach hinten beginnend nunmehr reihenweise zu den Urnen vorzukommen, und zwar die jeweilige Hälfte des Saales zur zugehörigen Wahlurne und Wahlkommission.

Die rosa Wahlkarte ist beim Wahlvorgang abzugeben, um die Wahlberechtigung schnell feststellen zu können.

Ich bitte somit alle stimmberechtigten Delegierten, im Saal zu bleiben, und jene, die momentan nicht im Saal sind, hereinzuholen bzw. hereinzukommen.

Ich bitte ferner, die Stimmzettel in die entsprechenden Kuverts zu geben und sich für die Wahl vorzubereiten.

Darf ich nun bitten, mit der Wahl zu beginnen.

Für die Durchführung der Wahl unterbreche ich den Parteitag auf wenige Minuten. (Es folgt die Stimmabgabe bei den beiden Kommissionen.)

Vorsitzender Landesparteiobmann G l a s e r: Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich nehme die unterbrochenen Beratungen wieder auf und stelle zunächst die Frage: Hat noch jemand nicht a_n der Wahl teilgenommen? - Das ist nicht der Fall. Somit ist die Wahl der Spitzenfunktionäre geschlossen. Ich bitte die Mitglieder der Wahlkommission, mit der Auszählung zu beginnen.

Darf ich nochmals bitten, die Plätze einzunehmen und diszipliniert, wie wir das jetzt schon gewohnt sind, dem weiteren Verlauf des Parteitages zu folgen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 12: Bericht "Zur Lage der Partei". Ich bitte jetzt achtzugeben. Das Referat wird mit Diapositiven gehalten. Zu diesem Zwecke ... (Anhalte de Unruhe. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.) Meine Damen und Herren! Jetzt bitte ich nochmals, die Plätze einzunehmen. Wir sind doch kein Kindergarten!

Die Raumbelichtung wird wegen der Diapositive gedämpft werden. Die Mitglieder des Präsidiums werden ersucht, sich entweder auf ihren Sitzen umzudrehen oder unten Platz zu nehmen.

Ich bitte Herrn Generalsekretär-Stellvertreter Pisa, mit seinem Referat zu beginnen.

12. Bericht zur "Lage der Partei"

Berichterstatter Generalsekretär-Stellvertreter Karl

P i s a : Hoher Bundesparteitag! Dieses Referat sollte ursprünglich sicherstellen, daß es bei diesem Parteitag nicht an Stichworten für die weitere Diskussion über die künftige Struktur und Funktion und auch nicht an Stichworten über Schwächen im Bereiche der Organisation, Information oder Bildung fehlen soll. Auf zahlreiche dieser Schwächen hat schon die bisherige Diskussion hingeführt. Manches wird deshalb in meinem Referat nicht zum ersten Mal ausgesprochen werden, aber ich glaube, es ist gut so, weil sich dadurch dieser Parteitag den Ruf erwirbt, ein Parteitag der Diskussion schon vor diesem Referat gewesen zu sein.

Dieser Bericht über die Lage der Partei ist weder aus Zweckpessimismus noch aus Zweckoptimismus entstanden. Gerade in dem für uns noch ungewohnten Gelände der Oppositionspolitik darf uns unsere eigene Stärke keine Unbekannte sein. Wir sollten sie weder überschätzen noch unterschätzen. Deshalb soll der Zustand der Partei, so wie er sich heute darstellt, nüchtern und illusionslos und, wo immer dies möglich ist, auf Grund von Zahlen und Fakten beleuchtet werden.

Das Wahlergebnis vom 1. März soll dabei in keiner Weise bagatellisiert oder gar verdrängt werden. Es soll uns vielmehr als Ansporn dienen, den Charakter unserer Partei als Volkspartei zu erkennen und sichtbar zu machen und junge Wähler und Wähler anderer Parteien davon zu überzeugen, daß ihnen und Österreich durch diese politische Dienstleistungsgemeinschaft der Österreichischen Volkspartei der bessere Dienst erwiesen wird.

Die 2,078.000 ÖVP-Wähler des 1. März sind uns - darüber bedarf es keiner Debatte - zu wenig. Es sind 113.000 Wähler weniger als am 6. März 1966. Es sind um 157.000 weniger als die SPÖ-Wähler vom 1. März 1970.

(Bild 1)

Aber gemessen an unserer eigenen Stärke in den Jahren seit 1949 sind wir nicht an einem Tiefpunkt angelangt. Mit einem Stimmenanteil von 44,8 Prozent liegen wir zwischen dem Minimum von 41,3 Prozent im Jahre 1953 und dem Maximum von 48,4 Prozent im Jahre 1966.

(Bild 2)

Wir sind auch an keinem absoluten Tiefpunkt angelangt, wenn wir die Lebenslinien der beiden großen Parteien hier auf dem Diapositiv betrachten. Es sind dies Linien, die mit Hilfe von Regressionskurven aus der Streuung der einzelnen Wahlergebnisse zwischen 1949 und 1970 errechnet wurden. Dieser - wie ich betonen möchte - fiktive Durchschnittstrend zeigt die Volkspartei nicht als eine schrumpfende politische Gemeinschaft, wohl aber als eine im Verhältnis zur SPÖ zu wenig stark wachsende politische Gemeinschaft. Die SPÖ hat uns - hier stimmen diese Regressionskurven, die Ergebnisse der Meinungsforschung und regionale Wahlergebnisse überein - sehr bald nach Übernahme der Alleinverantwortung für die Regierung im Jahre 1966 überholt. Die Meinungsforschung signalisierte das im Sommer 1967. Anschließend waren die Landtagswahlen in Oberösterreich. Dabei kam natürlich der SPÖ der Schrumpfungsprozeß ihrer linken Konkurrenzpartei^{WW}, der DFP Ohlas und der KPÖ, zugute.

Auf der anderen Seite wäre es fatal, würden wir übersehen, daß sich in der vergangenen Gesetzgebungsperiode die Wachstumsfaktoren, Zufriedenstellung der Wähler, Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung und Zukunftsbewältigung durch neue Ideen innerhalb des Trends zum Zweiparteiensystem in ihrer Summierung eben nicht zugunsten der Volkspartei ausgewirkt haben.

Das Wahlergebnis kann Aussagekraft erst durch Vergleiche gewinnen. Wir benützen dazu das Verhältnis der Stimmenanteile 1970 und 1966. Setzen wir hier die Nationalratswahlen 1966 gleich 100, dann ergibt sich im gesamtösterreichischen Durchschnitt einschließlich der Wahlkartenwähler für die ÖVP ein Index von 92,7, für die SPÖ ein solcher von 113,3 und für die FPÖ ein Index von 102,4 - wie gesagt, gemessen an dem für uns ja außerordentlich günstigem Wahlergebnis des Jahres 1966.

(Bild 3)

Signifikante Abweichungen von diesem Durchschnitt ergeben sich vor allem in regionaler Hinsicht. Die ÖVP lag am 1. März in den östlichen Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland mit einem Index von 94,3 deutlich über und in den westlichen Bundesländern Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg mit einem Index von 89,6 deutlich unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt, während sich die südlichen Bundesländer Steiermark und Kärnten mit einem Index von 92,4 im Bereich des gesamtösterreichischen Durchschnitts hielten.

(Bild 4)

Das Maximum wurde bei ~~den~~ Orten mit unter 10.000 Wählern ebenfalls mit einem Index von 93,9 in den östlichen Bundesländern erreicht, das Minimum mit einem Index von 88,7 in den westlichen Bundesländern.

Dem Regionalfaktor kommt also größere Bedeutung zu als dem Ortsgrößenfaktor. Weitergehende Schlüsse etwa auf das Verhalten einzelner Berufsgruppen - wie sie noch in der Wahlnacht von Dr. Blecha lediglich auf Grund von Stichproben und ohne Wahlkartenwähler und auf Grund äußerst anzweifelbarer

Annahmen in einer Multivariatenanalyse gezogen wurden ~~er-~~scheinen uns auf Grund unserer Untersuchungen nicht zulässig.

Wir haben die 25 Wahlkreise, für die ja allein die Voll-daten einschließlich Wahlkartenwähler vorliegen, nach den Faktoren Agrarquote, Alter, Ballung, bisherige Fluktuation und Hochburgen analysiert.

Die Abweichung unserer Parteikurve von den Standard-größen weist nur eine sehr geringe Schwankungsbreite auf, das heißt also, daß keiner dieser Faktoren wirklich als ausschlaggebend für das Wahlergebnis angesehen werden kann. Einen nachweisbaren Einfluß haben nur - teils im negativen Sinn - ÖVP-Hochburgen und teils in einem für uns positiven Sinn SPÖ-Hochburgen gehabt. Der Hochburgenfaktor ist ja eine alte politische Erkenntnis. Nur mit Einschränkungen, wie zum Beispiel Kärnten, hat sich ein jugendlicher Altersaufbau für die ÖVP geringfügig als nachteilig ausgewirkt.

Wir werden die Trendabweichungen auf Grund der vollständigen Wahlergebnisse noch mit einer eigenen Multivariatenanalyse und einem Prozentpunktevergleich untersuchen, dabei jedoch die Variablen des Jungwähler- und Frauenanteils und des Pro-Kopf-Einkommens der in diesem Fall präziseren Meinungsforschung überlassen.

Wie inzwischen Landtags- und Gemeinderatswahlen, Landwirtschaftskammer- und Wirtschaftskammerwahlen gezeigt haben, gibt es keine Anhaltspunkte für dauernde Einbrüche der SPÖ in unsere Stammwählerschaft, wohl aber sehr deutliche Beweise für die anhaltende Mobilität der Wähler, die genauso leicht wie zuungunsten der Volkspartei auch wider zugunsten der Volkspartei ausschlagen kann.

(Bild 5)

Nur als ein Beispiel unter vielen sei hier etwa auf Melk in Niederösterreich und die bei Landtags-, Nationalrats- und Gemeinderatswahlen erzielten prozentualen Ergebnisse verwiesen. Dieses Beispiel unterstreicht auch, welchen Bewegungsspielraum sich unsere Partei durch die Regional- und Kommunalpolitik, die sie betreibt, verschaffen kann.

Sehr geehrte Delegierte! Im Gegensatz zu manchen anderen christlich-demokratischen Parteien ist die ÖVP eine Mitgliederpartei, die fast die Hälfte ihrer Wähler vom 1. März auch organisatorisch erfaßt hat. Für eine in Opposition stehende Partei ist es ein unschätzbare Vorteil, wenn sich so viele ihrer Wähler auch offen zu ihr bekennen. Ohne daß nach dem 1. März eigene Mitgliederwerbemaßnahmen gestartet wurden, kam es zu spontanen Neubeitritten zu den Bünden und Organisationen der Partei, deren Zahl inzwischen die Zahl 3.000 weit überschritten hat.

(Bild 6)

In ihren drei Bünden, in der Österreichischen Frauenbewegung und der Österreichischen Jugendbewegung hat die Österreichische Volkspartei gegenwärtig einen Mitgliederstand von rund 983.000.

(Bild 6a)

Dazu kommt der Österreichische Akademikerbund mit 10.000 Mitgliedern und der Österreichische Rentner- und Pensionistenbund mit rund 150.000 Mitgliedern.

Selbst unter Berücksichtigung von Doppelmitgliedschaften haben wir also ein Mitgliederpotential in der Größenordnung

von einer Million. Diese Mitglieder in verstärktem Maße zur innerparteilichen Willensbildung heranzuziehen, politisch weiterzubilden, zu informieren und zu aktivieren, über den Rand der Partei hinaus wirkenden Mitgliedern zu machen, heißt, die Partei als Ganzes stärken.

Keine demokratische Partei kann von sich behaupten, die gesamte Bevölkerung als politische Anhängerschaft zu besitzen. Selbst Massenparteien stellen nie ein getreues Spiegelbild der Gesellschaftsstruktur dar. Immer wird es einzelne Alters- und Berufsgruppen oder einzelne Regionen geben, die auch in einer sozialen Integrationspartei entweder über- oder unterrepräsentiert sind.

Entscheidend für die Zukunft einer Partei ist jedoch, daß sie dort, wo einzelne Berufs- oder Altersgruppen und einzelne Regionen sichtbar Jahr für Jahr an Bedeutung gewinnen, mit dieser Entwicklung auch tatsächlich Schritt hält.

Aus diesem Grund lohnt es sich, einen kurzen Blick auf die strukturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft zu werfen.

(Bild 7)

Da ist einmal im Bereich der unselbständig Erwerbstätigen ein Rückgang der Arbeiterschaft im Zeitraum 1963 bis 1969 von 1,460.000 auf 1,369.000 festzustellen.

(Bild 8)

Gleichzeitig nahm die Zahl der Angestellten - und hier sind die pragmatisierten Bediensteten noch nicht eingeschlossen - in diesem Zeitraum von 618.000 auf rund 806.000 zu.

(Bild 9)

Der Anteil der Arbeiter an den unselbständig Erwerbstätigen schrumpfte von 1963 bis 1969 von 62 auf 56 Prozent, während umgekehrt die Angestellten von einem Anteil von rund 38 Prozent auf 44 Prozent expandierten.

(Bild 10)

In diesem Zusammenhang darf auch die seit 1953 eingetretene durchschnittliche Zunahme der Dienstleistungsberufe um fast zwei Drittel nicht übersehen werden.

Es ist zweifellos berechtigt, in diesem Zusammenhang von der Bildung eines neuen Angestelltenmittelstandes zu sprechen, der sich zwar nicht auf berufliche Selbständigkeit, wohl aber auf höhere Bildung und auf höheres Einkommen oder höhere berufliche Verantwortung gründet.

(Bild 11)

Gegenläufig zur Zunahme der Zahl der Unselbständigen ist eine Abnahme der Zahl der Selbständigen zu verzeichnen, die im Bereich der Landwirtschaft überdurchschnittlich stark ist, insgesamt von 983.000 im Jahre 1961 auf 882.000 im Jahre 1968. Damit ist freilich nicht, über die Bedeutung einzelner Berufsgruppen ausgesagt. Im Gegenteil. Wenn wir die Wirtschaft als einen Markt der Fähigkeiten betrachten, könnte die Verknappung von Initiative und Risikobereitschaft zu einer wachsenden Einschätzung der Selbständigen und freiberuflich Tätigen führen.

(Bild 12)

Die Zahl der Pensionisten und Rentner ist von rund 1,153.000 im Jahre 1963 auf 1,378.000 im Jahre 1969 gestiegen und übertrifft damit heute bereits die größte Einzelgruppe der

Erwerbstätigen, nämlich die Zahl der Arbeiter. Durch die erfreulicherweise zunehmende Lebenserwartung wird diese Bevölkerungsgruppe in der Gesellschaft von morgen noch größeres Gewicht erhalten.

(Bild 13)

Über die Änderung der Wohnbevölkerung seit 1961 wird erst wieder die nächste Volkszählung ~~g~~genauerer aussagen. Kein Zweifel besteht jedoch über das Vorhandensein eines ganz starken Ost-West-Trends, einer Ost-West-Wanderung in den sechziger und in den siebziger Jahren. Einer Rekordzunahme der Bevölkerung von geschätzten 49 Prozent im äußersten Westen, in Vorarlberg, von 33 Prozent in Salzburg und von 24 Prozent in Tirol steht eine Stagnation bzw. eine geringfügige Abnahme um 1 Prozent in den östlichen Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland gegenüber.

(Bild 14)

Das Wort von der Bildungsgesellschaft kennzeichnet nicht nur ein Ziel, sondern eine bereits tatsächlich heute feststellbare Intellektualisierung unserer Gesellschaft durch höhere Schulbildung, qualifizierte Berufsausbildung und verstärkte Weiterbildung über den zweiten Bildungsweg. Als Beispiel dafür soll nur die Zahl der Maturanten und der Akademiker im Studienjahr 1958/69 und die prognostizierte Zahl der Maturanten und Akademiker im Studienjahr 1975/76 dienen. Innerhalb einer voll auslaufenden Gesetzgebungsperiode ist also mit einem Zuwachs von rund 60.000 Maturanten und 16.000 Akademikern zu rechnen.

Es liegt in diesem Fall die Frage nahe, wie es mit den Bildungseinrichtungen der eigenen Partei steht. Der Weg modernerer Schulungsmethoden unter Einführung eines Schneeballensystems wurde von uns bereits in den sechziger Jahren besprochen, aber hauptsächlich zum Zwecke einer verstärkten Orientierung vor Wahlen. Ein geschlossener Bildungsgang, der bis zur höheren politischen Bildung führt, existiert bis zur Stunde nicht.

(Bild 15)

Die Sozialistische Partei wendet seit langem dem Problem der politischen Bildung größeres Augenmerk zu als wir. Das kommt nicht nur in der größeren Zahl von Schulungsheimen zum Ausdruck, in den einzelnen Bundesländern zum Ausdruck,

(Bild 16)

sondern auch in der Tatsache, daß die SPÖ in Wien, Graz und Linz über dreisemestrige zentrale Parteischulen verfügt, auf jeder politischen Entscheidungsebene vom Ort und der Sektion aufwärts eigene Bildungsfunktionäre besitzt und ihre sozialistischen Bildungszentrale, die über vier Referate verfügt, ein Drittel des Budgets ihres Zentralsekretariates, exklusive Aufwendungen für Personal, zuwendet.

Die ÖVP wird hier einen Aufholprozeß durchführen, größere Mittel einsetzen und, wie bereits in Referaten und Diskussionsbeiträgen mehrfach verlangt, in einer Politischen Akademie auch höhere politische Bildung vermitteln müssen. Das setzt selbstverständlich auch eine größere Bildungsbereitschaft voraus. Es bedarf nicht nur der Schulung am Beginn einer politischen Laufbahn, sondern auch der Weiterbildung mittlerer und höherer Funktionäre, wie das auch im Management etwa der wirtschaftlich

fortgeschrittensten Unternehmungen heute eine Selbstverständlichkeit ist.

(Bild 17)

Mit ähnlicher Berechtigung wie von der Bildungsgesellschaft kann auch von der Freizeitgesellschaft gesprochen werden. Bei der im nächsten Jahrzehnt zu erwartenden Lebenserwartung und der geplanten Arbeitszeitverkürzung ist - das habe ich mir ausgerechnet - die Stundenzahl der Freizeit, über die etwa ein unselbständig Erwerbstätiger täglich, am Wochenende, im Urlaub und im Ruhestand verfügt, bereits größer als die Stundenzahl, die er erwerbstätig ist oder die er in Schulbildung oder in beruflicher Ausbildung verbringt.

(Bild 18)

Die politische Meinung, die sich zweifellos auch im Betrieb bildet, bildet sich auch in immer stärkerem Maße in der Freizeit und über die Massenmedien. Es ist keine Übertreibung, zu behaupten, daß sich täglich eine Bevölkerungsgruppe, die etwa der Wählerschaft von zwei bis drei großen Landtagswahlkreisen entspricht, ihre Meinung über die Massenmedien bildet. Täglich werden unabhängige Zeitungen mit einer Auflage von 2,5 Millionen gelesen, täglich wird die "Zeit im Bild" von 1,8 Millionen Menschen gesehen, und täglich hören 1,6 Millionen etwa das "Mittagsjournal" in Ö 1 und Ö 3.

Auf dem Pressesektor besitzt die SPÖ über ihre Zeitungen mit einer Auflage von 1,2 Millionen einen rund dreimal so großen Einfluß wie die Österreichische Volkspartei durch die ihr gehörenden Tageszeitungen.

Die SPÖ besitzt neben ihren deklarierten Parteizeitungen auch dem Massengeschmack angepaßte Boulevard-Zeitungen, Sie besitzt und erwirbt, direkt oder indirekt, Druckereien, während die ÖVP-Tageszeitungen durchwegs im Lohndruck erscheinen. Das Defizit einzelner unserer Organe steht in keinem Verhältnis zu ihrem Effekt. Und was heute im Bereich der Wirtschaft eine Selbstverständlichkeit ist, nämlich die Kooperation und Fusion weitaus größerer Unternehmungen, wird auch in einer Konzentration unseres Presse- und Verlagswesens unter Einbeziehung eigener Druckereien zum Ausdruck kommen müssen. (Beifall.)

Methodisch sollten wir uns da allerdings auch an der SPÖ ein Beispiel nehmen. Es gibt nur einen sozialistischen Parteitag, wo über dieses Thema gesprochen wurde und Anträge beschlossen wurden: das war nach der für die SPÖ ungünstigen Nationalratswahl 1956. Dann ist darüber geschwiegen, aber umso mehr gehandelt worden.

Das Informationsproblem innerhalb der Partei stellt sich in Form einer Pyramide dar. Ich habe erwähnt, daß wir eine Million Mitglieder haben. Sie unverzüglich und täglich zu informieren, ist aus rein technischen Gründen eine Sache, die nur die Massenmedien bewältigen können. Wenn das, was die Partei zu sagen hat, vollständig und unverfälscht den Großteil unserer Mitglieder erreichen soll, dann müssen wir nicht nur eine Auflagensteigerung der Parteipresse ins Auge fassen, sondern auch die Darstellung des Standpunktes der Gesamtpartei - das ist meine persönliche Meinung: etwa in Form einer ständigen Rubrik des Bundesparteiobmannes und des Generalsekretärs - in den Spalten aller bündischen und regionalen Organe.

Die nächste Stufe der Informationspyramide ist die etwa ein Zehntel der Mitgliederzahl betragende Zahl der Funktionäre, die wir aus Kostengründen durch ein eigenes Funktionärsorgan nur periodisch und nicht etwa täglich informieren können. Die über das durch die Massenmedien allgemein Bekanntgemachte hinausgehende vertrauliche und unverzügliche Information wird aus technischen Gründen immer auf einen kleinen Kreis von Funktionären beschränkt bleiben müssen.

Entscheidend bleibt jedoch - wie das Generalsekretär Dr. Withalm schon gesagt hat - die Richtung der Information,

die nicht nur zur Orientierung der Funktionäre und Mitglieder von oben nach unten, sondern auch zur Orientierung der Führung über die Meinung der Funktionäre und Mitglieder von unten nach oben erfolgen sollte. Für diesen zweiten Informationsweg stehen uns gerade im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung rasche und billig nutzbare Möglichkeiten zur Verfügung. Für eine Oppositionspartei kann es nicht gleichgültig sein, ob sie sich bei der Bildung politischer Schwerpunkte nur auf die Meinung der zwangsläufig zahlenmäßig kleinen Führungsgremien oder auf eine breitere Basis stützen kann.

Eine weitere Charakterisierung der modernen Gesellschaft ist durch den Begriff Konsumgesellschaft gegeben. Nicht nur alle im Produktionsprozeß Stehenden sind gleichzeitig Konsumenten, sondern auch die noch nicht Erwerbstätigen - denken wir an das Geschäft mit den Teenagern - und die nicht mehr Erwerbstätigen fallen als Konsumenten immer stärker ins Gewicht.

Dank der auch in den letzten Jahren betriebenen fortschrittlichen Sozialpolitik betragen die Renten und Pensionen heute rund 24 Milliarden Schilling und haben sich zwischen 1963 und 1969 mehr als verdoppelt. Auch das ist natürlich zu einem großen Teil Kaufkraft.

(Bild 20)

Der private Konsum nimmt ständig zu; die Steigerung zwischen 1963 und 1970 betrug 73 Prozent.

Die wachsende Bedeutung der Konsumentenpolitik ergibt sich nicht nur aus dieser Zunahme des privaten Konsums, sondern etwa auch aus der Bedeutung der Preisentwicklung für kaufkraftschwächere Schichten der Bevölkerung, wie

kinderreiche Familien sowie Pensionisten und Rentner, und auch aus der Notwendigkeit des Schutzes und der Beratung aller Konsumenten angesichts einer Vielzahl neuer Produkte, die in ihrer Qualität und Zusammensetzung durch den einzelnen immer schwerer überprüfbar werden.

Hoher Bundesparteitag! Die Notwendigkeit, das Bild einer neuen Volkspartei zu prägen, ergibt sich allein schon aus dem 25jährigen Bestand unserer Partei. Wir hätten auch im Falle eines anderen Wahlausganges bei einem Jubiläumsparteitag eine solche Überlegung anstellen müssen, haben wir doch in den Perspektiven der siebziger Jahre eine völlig anders geartete politische Aufgabe als etwa 1945.

Der Wähler, der sich ein Bild von einer Partei macht, verarbeitet dabei eine Fülle von Informationen historischer und aktueller, grundsätzlicher und ihn persönlich berührender Natur. Hinter diesen Informationen aber steht letzten Endes die programmatische, politische und personelle Entscheidung der Partei.

Das vielzitierte neue Image ist deshalb erst zuletzt eine Frage der Verpackung und zuallererst eine Frage des Inhalts. Die Reihenfolge lautet: Erstens Entscheidung über das, was die Partei tut oder nicht tut; dann zweitens Information über das, was die Partei getan hat oder nicht getan hat; und dann erst drittens Gesamteindruck oder Image über das Tun unserer Partei.

Ich darf hier einflechten, daß die Frage Schattenkabinett oder Vorsitzende von Arbeitsausschüssen mir hier nicht die primäre Frage zu sein scheint, wohl wird es aber ganz

entscheidend darauf ankommen, daß wir über diese Sprecher der Opposition tagtäglich in der Lage sind, den Standpunkt unserer Partei zu profilieren; je besser und öfter dies geschieht, umso näher werden wir in der Praxis diesem Schattenkabinettt kommen. Voraussetzung dafür ist allerdings ein hysteriefreies Verhältnis zu den Massenmedien, indem wir den Umstand, daß ein Journalist die Feder zückt oder daß man vor der Kamera oder dem Mikrophon steht, nicht etwa als Zumutung empfindet, sondern als eine der besten Chancen, die uns heute in der Opposition überhaupt zur Verfügung steht. (Beifall.)

Ich darf hier aus der Praxis nur darauf verweisen, daß, wenn früher bei uns der Schreckensruf "Fernsehen" im Haus ertönte, ich inzwischen bei der CDU festgestellt habe, daß er sich dort in einen Freudenschrei verwandelt, und ich hoffe, daß dies auch bei uns der Fall sein wird.

Der Begriff "Volkspartei" soll dabei weiterhin mit den Begriffen "staatstragend", "verlässlich" und "wirtschaftlich erfolgreich" verbunden bleiben, er soll aber auch ein Begriff für die "sozial verantwortungsbewußtere Partei" und für die "Partei mit der moderneren Gesellschaftspolitik" werden.

Wir wissen aus Meinungs- und Motivforschung schon lange, wie sich der Wähler die ideale Partei vorstellt, nämlich als verlässlich, sauber, sachlich, sozial und über die qualifiziertesten Politiker verfügend, die eben dieser Gesinnungsgemeinschaft zur Verfügung stehen. Als soziale Integrationspartei sind wir von der Struktur her durchaus dazu prädestiniert, diesen Idealtypus einer Partei zu verkörpern.

Für die immer größer werdende Zahl an Wechselwählern ohne besondere weltanschauliche Bildung wird es freilich auch nicht nur auf die Parteitreue ankommen, sondern immer mehr auf das Erfolgserlebnis. Entscheidend wird immer mehr, ob eine Partei mit dem Problem X im Augenblick, wo es auftaucht oder über die Massenmedien der Bevölkerung vor Augen geführt wird, möglichst rasch und mit möglichst spürbarem Erfolg für den einzelnen Wähler fertig wird.

In unserer Parteistruktur bilden die bündisch-berufsständische Gliederung und die föderalistisch-regionale Gliederung die tragenden Elemente. Die Erwerbstätigkeit und der Wohnsitz des Wählers werden auch in Zukunft immer von entscheidender Bedeutung sein, doch das Beziehungsnetz zwischen Partei und Wähler ist damit bei weitem noch nicht beschrieben.

(Bild 22)

Wenn sich die moderne Partei als Dienstleistungsgemeinschaft zur Lösung auftauchender Probleme versteht, muß sie an den bildungswilligen, an den wohnungs-, arbeits-, hilfe-, rat- und erholungssuchenden Wähler denken. Es ist hier schon in zwei Diskussionsbeiträgen auf die Bedeutung der Kommunalpolitik hingewiesen worden. Es ist vom Akademikerbund auf die Bedeutung sogenannter "Schicksalsgemeinschaften" hingewiesen worden. Eine moderne Partei muß lernen, in den "Schicksalsgemeinschaften" der berufstätigen Frauen, der Pendler, der Eigenheimbauer, der Sportler, der Kraftfahrer oder der betreuungsbedürftigen alten Menschen zu denken, um nur einige Beispiele zu nennen. Auch in diesen Kategorien müssen wir denken lernen. Es sind hier drei Ebenen: In dem einen Fall

wird der einzelne persönliche Beratung oder Förderung brauchen, im anderen Fall eine kleine Gemeinschaft eine Lösung ihrer Probleme auf regionaler oder kommunalpolitischer Ebene, in einem dritten Fall eine größere Gemeinschaft eine gesetzgeberische Initiative im Nationalrat.

Wir dürfen dabei nicht übersehen, daß die SPÖ zum Beispiel ⁱⁿ der Betreuung der Jugend, von den Kinderfreunden bis zu den Studenten, in der Betreuung der Akademiker in insgesamt 11 Vereinigungen und Verbänden, oder in der Befriedigung von Freizeitbedürfnissen - manche werden vielleicht lächeln, aber es hat auch Bedeutung - von den Naturfreunden über den ASKÖ und den ARBÖ bis zu den Fischern und Briefmarkensammlern politische Akzente setzt.

Erst nach einer gründlichen Bestandsaufnahme aller unserer Organisationen und ihrer Funktionsfähigkeit und nach einer Erhebung der hauptsächlichsten Betreuungs- und Beratungswünsche der Wähler sollten wir dann darangehen, echte organisatorische Lücken zu schließen und neue Wege der Beratung, des Kontaktes und auch neue Veranstaltungsformen zu suchen.

(Bild 23)

Sehr geehrte Delegierte! Wir wollen uns programmatisch, politisch und organisatorisch als eine offene Studien- und Aktionsgemeinschaft zur Weiterentwicklung unseres Landes verstehen, die dazu bereit ist, Probleme zu erkennen, der Bevölkerung bewußt zu machen, sie zu lösen, den Menschen zu dienen, sie zu fördern und zu schützen und die Gesellschaft nach einem eigenen Menschenbild und nach einer eigenen Idee vom allgemeinen Besten zu gestalten.

Unsere Ziele sollen aber auch nicht für morgen nur das versprechen, was schon heute längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Vielleicht haben wir alle miteinander darauf vergessen, wie kühn eigentlich unsere Programmatik im Jahre 1945 war. Das war damals der Entwurf einer Zukunft, die noch keineswegs mit Händen zu greifen oder aus der Extrapolation der bisherigen Entwicklung zu errechnen war. Wir haben das, woran wir 1945 geglaubt haben, später erlebt, aber letzten Endes deshalb, weil die Ziele so weit gesteckt, so faszinierend und kühn waren.

(Bild 24)

Einen solchen Zukunftsentwurf brauchen wir auch an der Schwelle der siebziger Jahre. **EA** soll die Wirklichkeit von morgen nicht als einen Zustand der Vollkommenheit, aber doch als einen vollkommeneren Zustand als den gegenwärtigen entwerfen. Wir brauchen solche Realutopien, die den Mut haben, so faszinierend zu sein, wie es die Zukunft in zehn oder zwanzig Jahren ja auch tatsächlich sein wird. Es ist nur die Frage, ob wir mit dabei dann gewesen sind oder nicht.

Selbstverständlich soll in diesen Realutopien in ihrer politischen Wertung von Freiheit und Bindung, von Menschenwürde, Familie und kleiner Gemeinschaft die christliche Substanz unserer Partei erkennbar sein. Wir sollten uns aber auch in unserer Programmatik langsam mit jenen Problemen konfrontieren, die zwar nicht wir haben, mit denen aber alle jungen und intelligenten Menschen täglich über die Massenmedien konfrontiert werden und die sie vielleicht mehr bewegen als manche innenpolitische Fragen. Damit meine ich den Frieden dieser Welt, die soziale Gerechtigkeit auch zwischen den Völkern oder die gesunde Umwelt, denn auch das sind Fragen, die sinnvollerweise heute nur mehr vor einem Welthorizont durchdacht und gelöst werden können.

Nach 25 Jahren Regierungsverantwortung sind wir - was ein geringer Trost ist - die größte Oppositionspartei, die es je gab. Aber wir sind, was meiner Meinung nach eine Chance ist, nicht mehr "die da oben", die nach Meinung der Bevölkerung allzuoft getan haben, was sie wollten, sondern wir stehen als Oppositionspartei mitten unter der Bevölkerung, auf gleicher Stufe mit allen die in diesem Lande Wünsche und Sorgen haben, und wir sind verpflichtet, tagtäglich auch darauf zu hören, welche Wünsche und Sorgen das sind. Unsere Arbeit gilt jetzt erst recht dem ganzen Land und der gesamten Bevölkerung.

(Bild 25)

Als Opposition gegen die SPÖ-Minderheitsregierung, aber für den Staat, haben wir die Chance der selbstkritischen inneren Erneuerung unserer Partei, die Verpflichtung zur sorgfältigen Kontrolle dieser Regierung und die über unser künftiges Schicksal entscheidende Aufgabe, für die Zukunft die besseren politischen Lösungen zu präsentieren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zum Schluß noch ein persönliches Wort zur Diskussion innerhalb unserer Partei. Ich schicke voraus, daß ich, als ich im Jänner 1968 in der Meinung, nun eine andere berufliche Laufbahn gefunden zu haben, einer Berufung in die Bundesregierung Folge leistete und später wieder zur Parteiarbeit zurückkehrte, selbst wiederholt zur Zielscheibe der Kritik geworden bin, nicht etwa durch den politischen Gegner oder durch die Massenmedien, sondern auch in den eigenen Reihen. Zuweilen war dies auch eine Überdosis an Kritik, die ich hier abbekommen und ertragen gelernt habe. Gerade deshalb aber fühle ich mich berechtigt, auch folgendes festzustellen: Nur unser Todfeind schweigt, wenn wir einen schwerwiegenden Fehler begehen. Betrachten wir doch jeden, der uns noch kritisiert als einen, der noch Anteil nimmt an uns. (Beifall.)

Erst Schweigen in unserer Partei und über unsere Partei wäre das Ende unserer Partei. Betrachten wir deshalb jeden, der uns aus guter Gesinnung und in konstruktiver Absicht kritisiert, nicht etwa von vornherein als Feind, sondern als Freund, mag es uns da und dort persönlich auch noch so hart ankommen.

In diesem Sinne plädiere ich nicht nur bei diesem einen kurzen Tag der Partei, sondern für jeden künftigen Tag unserer Partei für die Toleranz gegenüber allen, die sich uns ein bißchen anders vorstellen können, als wir tatsächlich sind. Damit ist nicht gesagt, daß eine Partei, die nach 25jähriger Hauptverantwortung für diesen Staat über zwei Millionen Stimmen als Vertrauensbeweis erhalten hat, plötzlich zu dem Schluß kommen muß, bisher alles völlig verkehrt gemacht zu haben. Nichts wäre unlogischer.

Aber auch in Zukunft wieder - und das haben wir ja immer wieder getan - einiges anders zu machen als bisher, läge durchaus auf der Linie jener einzig erfolgversprechenden Strategie der Veränderung, die in einer sich rasch wandelnden Welt und vor allem angesichts eines mit allen Verwandlungskünsten vertrauten politischen Gegners allein für künftige politische Erfolge bürgt.

Die Lage der Partei ist weiß Gott kein Anlaß, sich auf Lorbeeren auszuruhen, sondern ein Ansporn zur Anspannung aller unserer Kräfte. Wir können uns dabei auf das offene Bekenntnis einer Million Mitglieder und auf das Vertrauen von über zwei Millionen Wählern/^{nur}stützen, wenn wir gleichzeitig aufbrechen, das Vertrauen jener Hunderttausende von Österreichern,

die uns heute noch kritisch und abwartend gegenüberstehen, zu gewinnen - durch die faszinierenderen Ideen, durch die besseren Persönlichkeiten, durch die intensivere Arbeit und das größere Verständnis für das Los jedes einzelnen. (Starker, lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann G l a s e r : Hoher Bundesparteitag! Mit gewohnter Präzision und mit generalstabsmäßiger Genauigkeit hat unser stellvertretender Generalsekretär Karl Pisa soeben eine detaillierte Analyse der Lage unserer Partei vorgenommen. Sie haben durch außergewöhnlichen, lang anhaltenden Beifall ihm für dieses Referat und die Klarstellung der Situation gedankt.

Ich möchte die Gelegenheit jetzt noch zu einer kurzen Feststellung benützen, bevor ich der Tagesordnung entsprechend die Diskussion eröffne.

In den Jahren vom Herbst 1967 bis zum Frühjahr 1969 haben wir in allen Bundesländern, in denen Landtags- oder Gemeindevertretungswahlen stattgefunden haben, größere oder kleinere Rückschläge erlitten, zumindest ist fast überall - von ganz wenigen Ausnahmen in der einen oder anderen Gemeinde abgesehen - ein Stimmenrückgang zu verzeichnen gewesen.

Die Wahlergebnisse dieser Jahre - ich wiederhole: vom Herbst 1967 bis zum Frühjahr 1969 - hätten, auf Nationalratswahlen umgerechnet, eine Mandatszahl von etwa 71 bis maximal 72 ÖVP-Mandaten im Nationalrat ergeben.

Ich stelle das deshalb fest, weil - ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt - so manche harte Kritik an der Wahlkampfführung und damit natürlich auch an unserem

stellvertretenden Generalsekretär Pisa geübt wurde. Aber ich glaube, in diesem Fall darauf hinweisen zu können und zu müssen, daß sehr wesentlich auch die Wahlkampfführung, die Aussagen und der neue Schwung, der mit dem Wiedereintritt Pisas in das Generalsekretariat festzustellen war, dazu geführt hat, es statt auf 70, 71 oder 72 Mandate immerhin auf 79 Mandate zu bringen. Vor allem für die Arbeit im Rahmen der Wahlkampf vorbereitung, glaube ich, gebührt dir, Freund Pisa, Dank und Anerkennung aller unserer Parteifreunde! (Starker Beifall.)

Wir schreiten nun in der Tagesordnung fort und kommen zum Punkt 13:

Diskussion

Als erster zum Wort gemeldet ist der Delegierte Josef Höchtl. (Rufe: Wahlergebnis!) Das Wahlergebnis geben wir bekannt, sobald wir es haben.

Ich übergebe nun den Vorsitz an den Landesparteiobmann von Oberösterreich.

Josef H ö c h t l : Hoher Parteitag! Ich darf zunächst der Genugtuung Ausdruck geben, daß im Laufe der Diskussion viele Vorschläge zur Reform unserer Partei, die wir im Rahmen eines Arbeitskreises in der Niederösterreich in Wien erarbeitet und einem breiten Kreis der innerparteilichen Funktionäre zugesandt haben, vorgebracht worden sind. Ich freue mich wirklich, daß sie Aufnahme gefunden haben.

Doch ein Punkt scheint mir wenig Beachtung gefunden zu haben. Ein Thema, das in den Wahlanalysen immer wieder stark in den Vordergrund gerückt ist, stellt das Verhältnis der Partei zur Jugend dar. Daß die Jugend der Österreichischen Volkspartei am 1. März 1970 weniger gut gesinnt war als bei früheren Wahlen, muß zumindest als wahrscheinlich gelten. Ist es aber bei näherer Betrachtung verwunderlich? Erhärtet denn die Beobachtung nicht den Eindruck, als würden unsere Politiker teilweise die Heranbildung des politischen Nachwuchses als Aufgabe zur Schaffung von Wiederkäuern, von Nachahmern, einfach von Untergebenen betrachten? Ist denn nicht festzustellen, mit welchem Argwohn die eigene Meinungsbildung der Jugend verfolgt und vielleicht teilweise sogar bekämpft wird?

Der Gedanke ist sicherlich nicht falsch, wenn man behauptet, daß die Ideenproduktion nach der Machtposition des Produzenten bewertet wird. Den Jungen wird doch verschleiert eher geraten, Duckmäuser zu sein, wenn sie Interesse an einer politischen Karriere haben, statt daß man froh wäre, wenn sich wieder junge Menschen finden, die sich mit der Politik beschäftigen und dazu auch eigenständige Gedanken hervorbringen können.

Es geschieht leider allzuoft, daß ein gewisser Druck auf den Andersdenkenden ausgeübt wird. Das Ziel scheint offenbar zu sein, brave junge Menschen für diese Gesellschaft zu erziehen, die zu nichts kritisch Stellung zu nehmen haben. Dieser Gesinnungszustand, Hoher Parteitag, muß sich rasch ändern, wenn man nicht bald vor der Tatsache stehen will, daß nur Mittelmäßigkeit in den Parteinachwuchs einzieht, daß sich die Jugend enttäuscht sieht und in eine gewisse Lethargie verfällt oder daß sie ihren einzigen Ausweg in revolutionären Ideenkonzeptionen erblickt.

Es geht nicht weiter an, einerseits mit Pauschalurteilen über die ach so undankbare Jugend herzufahren und zu behaupten, daß diese Jugend noch nicht reif sein, in politischen Fragen mitreden zu können, und sie andererseits kurz vor Wahlentscheidungen als geachtete mündige Wählergruppen zu bezeichnen, um nur ja einige tausend Stimmen zu erhaschen.

Der unruhigen Jugend sind durch undoktrinäre sachgerechte Konzeptionen Assoziierungsmöglichkeiten zu geben, wobei auch diese Konzeptionen ständig in Frage gestellt und an der Realität überprüft werden müssen.

Jugendpolitik ist ein Angebot an die Jugend und zugleich eine Antwort auf die Fragen, Wünsche und Forderungen der jungen Generation, die sich aber keineswegs auf Reglementierungen beziehen darf. Ich danke sehr. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. W e n z l :

Nächster Redner ist Dr. Ziller.

Dr. Z i l l e r: Hoher Parteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme aus dem Pinzgau und bin dort im Österreichischen Akademikerbund tätig.

Als Delegierter an diesem Bundesparteitag ist es meine Aufgabe, die Auffassung der Delegiertenkonferenz des Österreichischen Akademikerbundes hier zu deponieren, daß es der Österreichischen Volkspartei gelingen muß, durch eine großangelegte Programmdiskussion der gesamten österreichischen Bevölkerung eine echte Alternative zu einer marxistischen Gesellschaftsordnung und zu einer marxistischen Weltanschauung zu bieten.

Meine Damen und Herren! Der Österreichische Akademikerbund verlangt daher die Einsetzung eines permanenten Programmausschusses. Ich habe mit Freude davon gehört, daß sich die Bundesparteileitung mit diesem Gedanken bereits beschäftigt hat.

Mir ist vollkommen klar, daß es hier die Aufgabe des Akademikerbundes und des Akademikers nur sein kann, Multiplikator zu sein und eine Brücke zum Wähler und zu den Bünden zu schaffen. Er soll hierbei kein Eigenleben führen. Der Erfolg einer derartigen Arbeit wird aber nur dann gewährleistet sein, wenn eine derartige Programmdiskussion von der Parteizentrale in der Kärntnerstraße bis hinein in das kleinste Dorf getragen wird.

Schwerpunkte eines derartigen Programmes müßten sein: laufende Arbeiten an Aktionsprogrammen, langfristige Planung der Parteipolitik und eine neue Standortbestimmung der Österreichischen Volkspartei unter der Bezeichnung "Plattform 70" insbesondere für die Jugend.

Wir sind der Auffassung, daß es der ÖVP gelingen muß, eine Volkspartei für alle Österreicher zu werden, die die persönliche Freiheit und die abendländische Gesinnung einem kollektiven Wohlfahrtsstaat vorzieht.

Der Programmausschuß muß sich vor allem mit der Anpassung der geistigen und weltanschaulichen Grundsätze der Partei an die geänderte Zeitsituation befassen. Ich vertrete die Auffassung, daß die ÖVP mit der "Plattform 70" ein Gesellschaftsprogramm für das Jahr 2000 schaffen muß.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle, die am Geschick unseres Vaterlandes interessiert sind, dürfen nicht außer acht lassen, daß eine soziologische Entwicklung bereits eingeleitet ist, die den Grenznutzen der materiellen Güterbefriedigung bald erreichen wird. Gerade hierin sehe ich die große Chance der Österreichischen Volkspartei, die sich auf geistigem Gebiete und nicht auf materialistischen Grundauffassungen ihr Programm gegeben hat, in der Zukunft zum Durchbruch zu kommen.

Sehr geehrte Delegierte dieses Bundesparteitages! Es ist mir eine ehrende Verpflichtung, den Bünden zu danken, daß sie es in der Bundesparteileitungssitzung am 20. Mai ermöglicht haben, einen einstimmigen Beschluß herbeizuführen, daß in sämtlichen hier bereits zitierten Arbeitsausschüssen, Mitglieder des Akademikerbundes tätig sein werden. Ich glaube, es war nur ein Irrtum, daß der Herr designierte ~~Herr~~ Parteipobmann Dr. Withalm in seiner Aufzählung den Akademikerbund vergessen hat.

Ich darf den designierten Parteiobmann Dr. Withalm und den designierten Generalsekretär der vollen Mitarbeit des Österreichischen Akademikerbundes versichern.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Faust-Wort enden: "Der Worte sind genug gewechselt! Laßt uns nun endlich Taten sehen." (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. Prader:
Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen nun zu Punkt 16:

Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Ich ersuche den Vorsitzenden der Wahlkommission, Herrn Landtagsabgeordneten Kurt Buchinger, uns das Ergebnis der Abstimmung mitzuteilen.

Berichterstatter Kurt Buchinger: Hoher Bundesparteitag! Ich darf als Vorsitzender der Wahlkommission dem Bundesparteitag das Wahlergebnis bekanntgeben.

Vorerst für die Wahl des Generalsekretärs. Abgegeben wurden 360 Stimmen. Ungültig waren 11, gültig 349. Auf Doktor Schleinzer entfielen 309 Stimmen, das sind 88,5 Prozent. (Starker Beifall.) 40 Stimmen entfielen auf verschiedene Kandidaten. Ich glaube, ich kann es mir ersparen, diese einzeln aufzuzählen.

Bei der Wahl des Bundesparteiobmannes wurden 362 Stimmen abgegeben. Ungültig waren 7 Stimmen, gültig 355. Auf Dr. Withalm entfielen 321, das sind 90,4 Prozent. (Starker Beifall.) Auch dazu darf ich der Ordnung halber anführen, daß 34 Stimmen auf verschiedene Kandidaten entfallen sind.

Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. P r a d e r :

Ich danke dem Vorsitzenden der Wahlkommission für seinen Bericht und beglückwünsche den neugewählten Bundesparteiobmann und den neugewählten Generalsekretär herzlich und aufrichtig. Es erübrigt sich wohl, diese beiden Persönlichkeiten hier vorzustellen. Eines aber wissen wir: daß wir diesen beiden Männern eine ungeheure Verantwortung übertragen haben, und das verpflichtet uns andererseits, ihnen bei der Bewältigung der übertragenen Aufgaben mit allen Kräften und mit allen unseren Möglichkeiten unsere Hilfestellung/^{zu}geben und sie zu unterstützen. Wir bitten sie, diese Aufgabe zu übernehmen in dem Vertrauen, daß die Aufgabe, die ihnen gestellt ist, es wert ist, vollen und restlosen Einsatz für Österreich zu leisten.

Darf ich den neugewählten Bundesparteiobmann nunmehr bitten, an das Rednerpult zu kommen, die Annahme der Wahl zu erklären und einige Worte an die Delegierten zu richten.

Bundesparteiobmann Dr. Hermann W i t h a l m (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Ich nehme die Wahl an.

Ich bin tief beeindruckt, daß mir das Vertrauen in so überwältigender Weise ausgesprochen wurde. Ich gebe das Versprechen ab, daß ich mein Bestes zu geben versuchen werde.

(Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. P r a d e r :

Ich bitte nun auch den neugewählten Generalsekretär, an das Rednerpult zu kommen, die Annahme seiner Wahl zu erklären und ebenfalls einige Worte an den Bundesparteitag zu richten.

Generalsekretär Dipl.-Ing. Dr. Karl S c h l e i n z e r :

(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Ich darf zunächst sagen, daß ich die Wahl annehme und daß ich für das Vertrauen danke, das Sie mir mit dieser Wahl und mit diesem Wahlergebnis bekundet haben.

Als mich die Bundesparteileitung nominierte, war es für mich in meinem bisherigen politischen Leben die schwerste Entscheidung, diese Nominierung anzunehmen. Ich habe es getan, weil ich der Meinung bin, daß niemand abseits stehen darf, wenn die Partei glaubt, einen ihrer Mitarbeiter auf eine bestimmte Aufgabe hin einzusetzen.

Ich bin mir der schwierigen Aufgabe, die mich erwartet, bewußt, und ich werde das, was in meinen Kräften liegt, tun, um ihr gerecht zu werden. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. P r a d e r :

Ich danke dem Bundesparteiobmann und dem Generalsekretär für die Erklärung, daß sie die Wahl annehmen, und auch für die Worte, die sie an uns gerichtet haben.

Ich bitte nun zu Punkt 15:

Resolution des Bundesparteitages

Landespartei sekretär Dr. Ratzenböck, das Wort zu nehmen.

Berichterstatter Dr. Josef R a t z e n b ö c k :

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Politische Ausschuß hat in zwei Sitzungen am Mittwoch und heute mittag eine Resolution erarbeitet, die ich Ihnen jetzt zur Kenntnis bringe:

"Das Bekenntnis zur demokratischen Ordnung steht für die Österreichische Volkspartei außer jeder Diskussion. Jede Machtausübung verpflichtet zur Rechenschaft. Diese demokratische Ordnung bietet dem bei einer Wahl Unterliegenden die Chance der kritischen Selbsterneuerung.

Das Jahr 1970 ist für unsere demokratische Republik keine Stunde Null. Das Fundament zur demokratischen Ordnung und Freiheit dieses Staates, zur Vollbeschäftigung und sozialen Sicherheit unseres Landes wurde schon früher gelegt. Die ÖVP-Regierung hat dem SPÖ-Minderheitskabinett ein Land in Frieden und Ordnung mit einer rasch wachsenden Wirtschaft und einer harten Währung übergeben.

Von diesem Minderheitskabinett Kreisky, für dessen Berufung der Bundespräsident und für dessen Politik die Sozialistische Partei die volle Verantwortung tragen, werden die ÖVP an jedem Tag ihrer parlamentarischen Opposition und das österreichische Volk am Tag der nächsten Wahl Rechenschaft verlangen.

Die ÖVP wird jedem Versuch, der Mehrheit der Österreicher, die nicht sozialistisch gewählt hat, eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzuzwingen, mit aller Härte entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang stellt der Bundesparteitag fest:

Was Österreich braucht, sind mehr Mittel für die Forschung und nicht mehr Mittel für ein neues Ministerium." (Beifall.)

"Was Österreich braucht, ist eine große familien- und leistungsgerechte Steuerreform und nicht ein Klassenkampf durch den Steuertarif.

Was Österreich braucht, ist eine verstärkte Förderung des Bausparens und der Wohnbautätigkeit und nicht eine eigentumsfeindliche Politik auf diesem Gebiet.

Was Österreich braucht, ist eine moderne Industriepolitik mit weltmarktfähigen Betrieben, insbesondere im Bereich der verstaatlichten Industrie, und nicht Verhinderung bereits eingeleiteter Strukturreformen durch die SPÖ aus parteipolitischen Gründen.

Was Österreich braucht, ist ein Bundesheer zur Verteidigung unserer Souveränität und Neutralität mit einer vom Verteidigungseffekt her kürzestmöglichen Dienstzeit und nicht ein Betrug an jungen Wählern durch voreilige Wahlversprechen.

Die ÖVP wird sich in ihrer Politik auf das Vertrauen ihrer über zwei Millionen Wähler stützen. Sie wird mit dieser Politik aber auch ständig um das Vertrauen einer Mehrheit aller Wähler werben.

Sie wird für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, ein stärkeres Wirtschaftswachstum, die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe der gewerblichen Wirtschaft und der Land- und Forstwirtschaft, den Ausbau der Familienpolitik und die Gleichberechtigung aller in der Pensionsversicherung eintreten.

Ein größeres Sozialprodukt muß neben der Einkommensverbesserung der besseren Bewältigung der Vorrangaufgaben der Bildung und Forschung und der Schaffung und Erhaltung einer gesunden Umwelt dienen.

Als eine Partei der fortschrittlichen Mitte wird die ÖVP die Regierung streng kontrollieren und die Gesellschaft modern gestalten.

Sie wird für die Bevölkerung aller Altersschichten, Berufsgruppen und Bundesländer, vor allem aber für die sozial Schwachen und die sich ständig neuentwickelnden Schicksalsgemeinschaften eintreten. Die berufstätige und studierende Jugend braucht unser Verständnis und unsere Förderung. Den Städtern muß eine gesunde Umwelt und den Bewohnern ländlicher Gebiete eine moderne Infrastruktur gesichert werden. Problemgebiete, insbesondere an der toten Grenze, sind nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus staatspolitischen Gründen zu fördern. Die Regionalpolitik hat bei der Erhaltung bestehender Siedlungsstrukturen auf die Eigentumsstreuung und die Sicherung von Erholungsgebieten Bedacht zu nehmen. Den Frauen muß bei der Erfüllung ihrer Aufgaben als Mütter und im Beruf Gleichberechtigung zugestanden und die Erfüllung ihrer Aufgaben erleichtert werden." (Beifall.) "Für eine sinnvolle Verwendung der Freizeit sind mehr Möglichkeiten für kulturelle und sportliche Betätigung zu schaffen. In der Industrie- und Landwirtschaftspolitik ist auf die Pendler und neben-erwerbenden Bauern besonders Rücksicht zu nehmen. Durch erhöhten Wohnkomfort, neue Gemeinschaftseinrichtungen und verstärkte persönliche Betreuung muß für die Menschen das Leben auch im hohen Alter lebenswert gemacht werden.

Die ÖVP wird ihre Initiativen unter Beachtung des Primats der Gesamtpartei in den entscheidungsbefugten Gremien, in den von der Bundesparteileitung eingesetzten Arbeitsausschüssen und im Programmausschuß erarbeiten. Schwerpunkte ihrer Arbeit werden sein:

Entwicklung von Initiativen und Alternativen in der parlamentarischen Arbeit.

Entwicklung neuer Zielvorstellungen in der Programmarbeit.

Entwicklung eines neuen Stiles der 'Politik für den Nächsten' in der kommunalpolitischen Arbeit.

Entwicklung neuer Konzepte des Managements, der Koordination und der Kooperation in der organisatorischen Arbeit.

Wir fordern die Österreicher auf, genau zu prüfen, wer für ihre Probleme die besseren Lösungen zu bieten hat.

Wir erwarten von den Massenmedien eine objektive Berichterstattung über unsere Gegenvorschläge und Kontrastprogramme.

Wir rufen die Jugend zur Mitarbeit auf, denn nur politische Entscheidungen, die sie heute mitbestimmt, können ihr Leben morgen nach ihrem Wunsch gestalten.

Die Tore der Österreichischen Volkspartei stehen allen offen, die vom politischen Extremismus frei sind, der sozialistischen Ideologie kritisch gegenüberstehen und für eine verlässliche, sachgerechte und saubere Politik der Freiheit und des Fortschritts in Österreich eintreten.

Wir rufen nicht nur unsere Mitglieder und Wähler zur verstärkten Mitarbeit auf, sondern auch alle, die an der Entwicklung unseres großen politischen Lagers durch Kritik ihr Interesse bekunden."

Sehr geehrte Delegierte! Ich bitte Sie nun, der eben verlesenen Resolution Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. Prader:

Sie haben den Entwurf der Resolution zur Kenntnis genommen.

Wird dazu eine Debatte gewünscht? - (Rufe: Nein!) Das ist nicht der Fall.

Ich bringe nunmehr die Resolution des Bundesparteitages zur Abstimmung. Jene Delegierten, die für die Annahme der Resolution in der vorliegenden Fassung sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke. Gegenstimmen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle die einstimmige Annahme der Resolution fest.

Ich bitte nunmehr die neugewählten Funktionäre, den Herrn Finanzreferenten, den Herrn Ehrenobmann und die Obmänner der Bünde, ihre Plätze wieder am Präsidium einzunehmen, und übergebe den Vorsitz dem neugewählten Bundesparteiobmann. (Die Mitglieder des Bundesparteitagspräsidiums verlassen die Tribüne. - Am Präsidium nehmen unter dem Beifall der Delegierten Platz: in der Mitte der neugewählte Bundesparteiobmann, Dr. Withalm, rechts von ihm der neugewählte Generalsekretär Dr. Schleinzer, Ehrenobmann Dr. Gorbach, Präsident Dr. Maleta, Präsident Minkowitsch und DDr. König, links neben ihm Finanzreferent Dr. Klauhs, Präsident Sallinger und Frau Abgeordnete Solar.)

17. Schlußreferat des neugewählten Generalsekretärs

Vorsitzender Bundesparteiohmann Dr. Hermann Withalm

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde!
Ich übernehme den Vorsitz. Ich darf den neuen Generalsekretär zu seiner Wahl sehr herzlich beglückwünschen. Lieber Freund! Gemeinsam "Glück auf!" (Unter dem lebhaften Beiball der Parteitagsdelegierten schütteln sich Bundesparteiohmann Dr. Withalm und Generalsekretär Dr. Schleinzer die Hände.)

Darf ich dich bitten, zu uns zu sprechen.

Referent Generalsekretär Dr. Karl Schleinzer:

Hoher Bundesparteitag! Ich habe den Eindruck, daß ich Ihrem Fingerspitzengefühl gerecht werde, wenn mein Schlußreferat sehr kurz sein wird. (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Ich will mich noch einmal darauf beschränken, Ihnen für das Vertrauen zu danken, das Sie mir heute ausgesprochen haben. Was in meinen Kräften steht, wird geschehen, um auch eine gute Zusammenarbeit nicht nur mit Ihnen, sondern auch mit allen Funktionären in unserer Partei sicherzustellen.

Ich bin mir vollkommen darüber im klaren, daß mich eine schwere und zum Teil, wenn ich an die Erfahrungen der letzten Jahre denke, auch undankbare Aufgabe erwartet. Aber Ihr Vertrauen, das Sie mir heute bekundet haben, bestärkt mich in meinem Entschluß.

Ich will heute keine Versprechungen machen. Ich möchte nur so viel sagen, daß ich alles tun werde, um Sie nicht zu enttäuschen und die Erwartungen zu erfüllen, die in den Generalsekretär der Partei heute gesetzt werden; nur so viel,

daß ich mir meine Arbeit nicht bequem machen werde und daß ich allerdings auch kein bequemer Generalsekretär sein werde. Aber, meine Damen und Herren, Bequemlichkeit ist wohl auch nicht das, was unsere Partei heute braucht.

Ich werde mich in meiner Arbeit stets davon leiten lassen, daß wir alle, die wir für unsere Partei arbeiten, vom Bundesparteiobmann bis zum Ortsvertrauensmann, Partner in einer großen Gemeinschaft und miteinander verbunden sind. Wir haben zwar geteilte Aufgaben, aber das gemeinsame Recht und die Pflicht, aus dem jeweiligen Aufgabenbereich heraus an der Entscheidung über den Weg unserer Partei mitzuwirken.

Und in diesem Geiste gemeinsamer Verantwortung und gemeinsamen Vertrauens bitte ich euch alle, die ihr hier in diesem Saale versammelt seid, und über diesen Saal hinaus die Funktionäre und Mitarbeiter unserer Partei im ganzen Land, an die Aufgaben zu gehen, die vor uns liegen und die wir gemeinsam meistern wollen und meistern werden - für den Erfolg unserer Partei und zum Nutzen unseres Vaterlandes Österreich! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. W i t h a l m :

Ich danke dem Herrn Generalsekretär für seine Ausführungen und bitte den Herrn Altkanzler Dr. Gorbach, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Ehrenobmann Dr. Alfons G o r b a c h :

Ich erteile nunmehr, wie gewünscht worden ist, dem neugewählten Bundesparteiobmann das Wort.

18. Schlußreferat des neugewählten Bundesparteiobmannes

Referent Bundesparteiobmann Dr. W i t h a l m : Hoher Bundesparteitag! Wenn es schon immer zu den guten Gepflogenheiten unserer Partei gehört hat, daß der neugewählte Parteiobmann den Delegierten ein Wort des Dankes sagt, dann habe ich heute einen ganz besonderen Anlaß, mich dieser Dankspflicht zu unterziehen.

Mein erster Dank gilt Dr. Josef Klaus. (Starker Beifall.) Seit 1963 sind wir eine lange Wegstrecke miteinander gegangen, in guten und in bösen Tagen. Wir konnten uns über manchen Erfolg mit Recht freuen, wir haben die Bitterkeit und die Härte der Niederlage zu spüren bekommen.

Ich habe bereits in meinem Bericht als Generalsekretär darauf hingewiesen, daß es natürlich auch Zeiten und Fragen gab, wo wir unterschiedliche Auffassungen hatten. Wir wurden aber vom Herrgott auch mit unterschiedlichen Charakteren ausgestattet. Als dein Generalsekretär und dein erster Mitarbeiter in den Jahren von 1963 bis 1970 weiß ich, was du an Arbeit für Österreich und für unsere Volkspartei geleistet hast. Wenn je der Ausdruck "unermüdlicher Arbeiter" für einen Politiker zugetroffen hat, dann für Dr. Josef Klaus. (Beifall.) Du standest in deinen besten Jahren buchstäblich von frühmorgens bis spä_t abends im Dienste des Vaterlandes und deiner Partei. Dafür gebührt dir der Dank des ganzen Vaterlandes, vor allem aber der Dank der ganzen Österreichischen Volkspartei. (Beifall.) Wir wissen, daß du auch in Zukunft deinen Rat und deine Tat jederzeit zur Verfügung stellen wirst.

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe das mir heute entgegengebrachte Vertrauen deswegen/ⁱⁿ besonderem Maße zu schätzen, weil es mir in einer kritischen Stunde unserer Partei entgegengebracht wird. Daraus ergibt sich für mich die große und schwerwiegende Verpflichtung, für die Schaffung aller jener Voraussetzungen zu sorgen, unter denen die Österreichische Volkspartei wieder zu einem neuen Höhenflug ansetzen kann. Meine Aufgabe kann daher nur darin bestehen, unsere Partei - in militärischen Begriffen ausgedrückt - in jene Bereitstellungsräume zu führen, aus denen sie zu neuen Erfolgen aufbrechen kann.

Dabei ist mir die Ungewöhnlichkeit des eben durchgeführten Wahlvorganges sehr wohl bewußt. Es ist in der immerhin 25jährigen Geschichte unserer Partei das erste Mal, daß ein Generalsekretär zum Bundesparteiobmann gewählt wurde. Meiner Meinung nach sollten damit zwei Dinge zum Ausdruck gebracht werden: zuerst das Bedürfnis nach Kontinuität, dem wohl am besten damit Rechnung getragen werden konnte, daß an die Spitze der Partei ein Mann gestellt wurde, der in den letzten zehn Jahren bereits einen erheblichen Teil an Mitverantwortung getragen hat, zu der ich mich - mit allen Erfolgen und Mißerfolgen - heute ebenso wie zu allen jenen bekenne, die in diesen Jahren eine gleiche Mitverantwortung auf sich genommen hatten. Dieses Bedürfnis nach Kontinuität geziemt einer Partei, die weder die wesentlichen Grundsätze zu verleugnen braucht, für die sie seit 1945 eingetreten ist, noch sich der Leistungen zu schämen hat, auf die sie in diesem Vierteljahrhundert zurückblicken kann. Denn was immer

man im einzelnen gegen unsere Politik, besonders auch gegen jene der letzten Jahre einwenden mag, so ist es doch heute schon geschichtsnotorisch, daß in erster Linie unsere Partei Österreich in ein blühendes Gemeinwesen verwandelt hat. (Beifall.)

Wenn wir auf diese 25 Jahre zurückblicken, muß es uns eigentlich ganz von selbst zu Bewußtsein kommen, daß damit eine bestimmte Phase unserer Parteigeschichte als abgeschlossen anzusehen ist. Ich stehe daher in meiner nunmehrigen Eigenschaft als Bundesparteiobmann - und das scheint mir der zweite Aspekt meiner Wahl zu sein - heute vor Ihnen auch in der Entschlossenheit, ein neues Kapitel der Geschichte unserer Partei aufzuschlagen.

Wer glaubt, das eine schließe das andere aus oder der frühere Generalsekretär widerlege den jetzigen Bundesparteiobmann, den darf ich auf den vielleicht tiefsten Wesenszug unserer Partei hinweisen, die in ihren Reformen niemals einen absoluten Neuanfang, sondern immer nur eine bessere, den jeweiligen Zeitbedürfnissen angepaßte Ausdrucksform einer unwandelbaren Überzeugung erblickt hat, der Überzeugung nämlich, daß die höchsten Güter der Menschheit, die Würde, die Freiheit und die Gerechtigkeit, nicht austauschbar sind. Wir wollen diese Güter unter neuen Bedingungen bewahren. Unsere wichtigste Aufgabe besteht darin, sie unserem Volk ungeschmälert zu erhalten.

Ich stehe nun nicht an - und damit kennzeichne ich zugleich meine politische Position in der gegenwärtigen Stunde - zu erklären, daß von allen kritischen Situationen, aus denen

~~sich~~ sich unsere Partei auch in den vergangenen Jahren gelegentlich erheben mußte, die gegenwärtige zweifellos die kritischste ist.

Wenn eine Partei nach einem Vierteljahrhundert ununterbrochener Regierungsverantwortung als führende politische Kraft zum erstenmal auf die Minderheit zurückgeworfen wird, dann sollte man darin nicht allein einen gewöhnlichen Betriebsunfall erblicken.

Wie vielfältig die Ursachen unserer Wahlniederlage vom 1. März auch gewesen sein mögen, darüber, daß uns die Wähler eine Niederlage bereitet haben, sollten wir uns selbst nicht hinwegtäuschen.

Ich bin allerdings weder bereit, diese Niederlage zu unterschätzen noch sie zu überschätzen. Wir brauchen sie nicht zu überschätzen, weil es für eine Partei nach der ungeheuren Belastung einer 25jährigen Regierungsverantwortung keine Schande ist, wenn sie eine Wahl verliert. Wir sollten sie aber auch nicht unterschätzen, weil diese Niederlage ein Aufholen unseres politischen Hauptgegners anzeigt, dem wir die gebührende Beachtung zu schenken haben.

Wir haben daher weder einen Anlaß, zu kapitulieren, noch einen Anlaß, die Dinge auf die leichte Schulter zu nehmen. Aus diesem Grunde möchte ich heute und hier unmißverständlich erklären, daß wir nur dann Aussicht haben werden, die jetzige Situation zu überwinden, wenn wir entschlossen sind, unseren Fuß auf politisches Neuland zu setzen.

Das Ziel der neuen Parteiführung kann selbstverständlich nur darin bestehen, die Österreichische Volkspartei aus der

gegenwärtigen Opposition wieder herauszuführen und neuerlich in die Führungsposition zu bringen, das heißt in die Position der stärksten Partei in Österreich.

Ich sage das, obwohl ich es mir leichter machen und darauf hinweisen könnte, daß die österreichischen Wähler auf dem Hintergrund der heutigen sozialistischen Minderheitsregierung in unserer vor vier Jahren gebildeten Alleinregierung wohl nicht mehr den Ausdruck eines politischen Mutwillens erblicken werden. Wir haben immerhin unsere Alleinregierung auf der einwandfreien demokratischen Grundlage von 85 Mandaten gebildet, wogegen sich die Sozialistische Partei schon im Besitz von 81 Mandaten berechtigt glaubte, ihre Hand nach der ganzen Macht auszustrecken, obwohl die Wähler ihr die absolute Mehrheit offensichtlich vorenthalten wollten.

Ich spreche von einer neuen Führungsposition unserer Partei nicht deswegen, weil wir in unserer derzeitigen Stellung als Oppositionspartei etwas Diskriminierendes erblicken oder weil wir uns womöglich in dieser Rolle unglücklich fühlen. Das letztere ist bestimmt nicht der Fall. Wir sind vielmehr uns dessen bewußt, daß der Opposition in der parlamentarischen Demokratie eine bedeutungsvolle und durchaus positive Aufgabe obliegt, die wir auch, solange wir Oppositionspartei sind, nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werden.

Wir haben uns nach dieser Rolle nicht gedrängt. Wir werden aber aus ihr das Bestmögliche für den Staat und unsere Partei herauszuholen versuchen. Meine lieben Parteifreunde! Endlich einmal haben wir nach 25 Jahren Hauptverantwortung in diesem Staat und für diesen Staat Zeit, uns mehr mit uns selbst zu beschäftigen und an unsere eigene Partei zu denken. Der Vorwurf,

wir hätten immer wieder nur an den Staat gedacht und auf unsere eigene Partei vergessen, wurde nicht zu Unrecht erhoben. Wir werden auf diesem Gebiete Versäumtes nachholen. Jetzt haben wir die Gelegenheit dazu.

Hoher Bundesparteitag! Ich möchte mich heute bewußt nicht mit der sozialistischen Minderheitsregierung auseinandersetzen. Das haben wir anläßlich der Debatte über die Regierungserklärung der Regierung Kreisky mit aller Klarheit und Deutlichkeit getan. Dazu wird weiter im Parlament und auch andernorts Gelegenheit sein. Wir haben keinen Zweifel gelassen darüber, daß wir eine sehr, sehr harte Opposition sein werden und von allen uns zu Gebote stehenden parlamentarischen Möglichkeiten Gebrauch machen werden. Die Regierung wird ständig - um eine von Dr. Kreisky oft verwendete Redewendung zu gebrauchen - an ihre Sterblichkeit erinnert werden. Heute auf diesem Bundesparteitag wollen wir weniger von der Vergangenheit, ja nicht einmal von der Gegenwart reden, sondern uns mit der Zukunft beschäftigen.

In einer anläßlich des 25jährigen Bestandes der Zweiten Republik abgehaltenen Fernsehdiskussion wurde von einem Teilnehmer mit Recht vermerkt, daß es in der bisherigen Geschichte der Zweiten Republik im wesentlichen um die Bewältigung der Vergangenheit gegangen ist. Den letzten Akt dieser Vergangenheitsbewältigung bildet offensichtlich der österreichische Quasi-Reformsozialismus mit seinem Bemühen, die Schatten des Austromarxismus zu verscheuchen, wobei noch keineswegs feststeht, ob ihm das auch tatsächlich gelingen wird.

Wenn Sie mich heute nach den Inhalten der neuen Politik fragen, die in den nächsten Wochen und Monaten Gegenstand unserer Bemühungen sein wird, dann liegt die Antwort auf diese Frage klar auf der Hand: Unsere Aufgabe kann nur darin bestehen, nunmehr auf jenes politische Neuland vorzustoßen, das in Österreich bisher wegen unserer Orientierung an der Vergangenheit noch nicht genügend sichtbar geworden ist.

Um von vornherein keine Unklarheit aufkommen zu lassen, möchte ich gleich feststellen: Es kann sich dabei im wesentlichen nicht um eine ideologische Neuorientierung handeln, zu der wir im Unterschied zur Sozialistischen Partei Gott sei Dank keinen Grund haben. Trotzdem wird es sehr gut und notwendig sein, daß wir das, was Alfred Maleta in seinem Vortrag vom 17. April 1970 als Weg zur progressiven Mitte bezeichnet hat, sehr wohl überlegen und überdenken. Meine lieben Freunde, seien wir froh, daß wir einen Ideologen in unserer Mitte haben.

Wir brauchen eine stärkere Orientierung unserer Partei an der heutigen Gesellschaft. Die westliche Gesellschaft ist mit der zweiten industriellen Revolution in eine neue Entwicklungsphase eingetreten, welcher die politischen Parteien im allgemeinen noch nicht hinreichend Rechnung getragen haben, auch nicht unsere Partei, obwohl sie als eine noch junge Partei die besseren Voraussetzungen mitbringt, die damit notwendig gewordene Anpassung nunmehr zu vollziehen. Wir stehen daher vor einer mit keinerlei Mystik beladenen Aufgabe, wenn wir nunmehr daran gehen, aus der Situation der modernen Gesellschaft für unsere Parteiarbeit die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Bei der damit zusammenhängenden Neuorientierung haben wir es mit einem umfangreichen Komplex von Folgerungen zu tun, der in seiner Gesamtausdehnung von mir auch nicht annähernd umrissen werden kann. Was dabei nicht in Frage gestellt werden kann, ist die bündische Struktur unserer Partei. Wenn heute sogar ehemals rein proletarische Parteien das Bedürfnis empfinden, sich andere gesellschaftliche Schichten einzubeziehen, dann kann für uns erst recht keine Notwendigkeit bestehen, an der Idee der sozialen Integrationspartei zu rütteln.

Das schließt freilich nicht aus, daß der Gesamtwille unserer Partei in Hinkunft stärker in Erscheinung treten muß, um die Österreichische Volkspartei in höherem Maße, als es in der Vergangenheit der Fall war, als Gesinnungsgemeinschaft präsent zu machen, die namentlich von der Jugend als solche Gemeinschaft empfunden werden muß.

Ich habe mit allergrößtem Interesse in den vergangenen Wochen die Meinungsäußerung sehr maßgeblicher Politiker unserer Partei registriert, die immer wieder von der Notwendigkeit des Primats der Partei gesprochen haben. Ich werde mir, meine Damen und Herren, gestatten, bei gegebener Gelegenheit daran zu erinnern. (Beifall.)

Wir haben den vielfältigen Wandlungen Rechnung zu tragen, die im Gesamtaufbau der österreichischen Gesellschaft vor sich gegangen sind. Diese Wandlungen laufen insgesamt auf einen höheren intellektuellen Anspruch hinaus, der an eine Partei von heute gerichtet wird. Dieser Anspruch wird sich sowohl in den Bildungseinrichtungen unserer Partei als auch in neuen

Formen der Kommunikation zwischen Partei und Wählern niederschlagen müssen, wobei es insbesondere darauf ankommen wird, den Informationsfluß - darüber wurde heute schon gesprochen - von unten nach oben in geregelte Bahnen zu lenken, wollen wir dem mündigen Wähler die ihm gebührende Reverenz erweisen.

Ich setze in diesem Zusammenhang meine größte Hoffnung auf den neu gewählten Generalsekretär, dessen wichtigste Aufgabe es in den nächsten Monaten sein wird, einen modernen, den siebziger Jahren angemessenen Parteiapparat aufzubauen. (Beifall.)

Gestatten Sie mir, daß ich jetzt noch kurz einige politische Schwerpunkte unserer künftigen Arbeit herausstelle. Sie sollen der Öffentlichkeit zugleich die Richtung anzeigen, in der sich unsere Aktivität künftig bewegen wird.

Vorerst jedoch noch eine grundsätzliche Bemerkung: Wir sollten - ich glaube, Schleinzer hat das heute bereits gesagt - nie eine Fülle von Problemen gleichzeitig angehen. Ich werde mich von dem Grundsatz leiten lassen, daß wir uns auf wenige gewichtige Probleme konzentrieren, denen wir allerdings dann unsere ganze Aufmerksamkeit und Arbeit widmen.

An die Spitze möchte ich - mit Betonung sage ich das - die Notwendigkeit stellen, den Zusammenhang zwischen dem auf die höchsten Ideale gerichteten Denken der Jugend und unserer Partei nicht zu verlieren. Wir beobachten heute in vielen westlichen Staaten ein Auseinanderfallen zwischen dem politischen Denken der Jugend und jenem der älteren Generationen, in dem wir nichts anderes als eine Fronde der Jugend gegen überkommene politische Denkformen erblicken können.

Der darin zum Ausdruck kommende Gegensatz zwischen den Generationen ist eine der beunruhigendsten Erscheinungen unserer Zeit. Wollen wir sein Aufkommen in Österreich verhindern, dann wird uns das nicht bloß auf der Basis gelingen können, daß wir die Jugend für die Ziele unserer Partei zu gewinnen suchen, es wird vielmehr darum gehen, das hier vorliegende politische Grundphänomen zur Kenntnis zu nehmen: die Tatsache nämlich, daß wir heute mit einem neuen politischen Willen der Jugend konfrontiert sind, an dem wir nicht vorübergehen können, an dem wir nicht vorübergehen dürfen. Gerade in diesem Willen bringen sich die geänderten Bedingungen unserer Zeit am deutlichsten zur Geltung.

Ich halte es daher derzeit für die wichtigste Aufgabe unserer Partei, dieses Willen als Antriebskraft ihrer weiteren Entwicklung zu sehen, denn nur so wird es uns gelingen, für die berechtigten Anliegen der verschiedenen Generationen jene schöpferische Synthese zu finden, die uns in Österreich allein vor einem zerstörenden Kampf zwischen den Generationen bewahren kann.

Einen weiteren, ganz entscheidenden Schwerpunkt unserer Arbeit erblicke ich in der Sicherstellung einer möglichst hohen Wachstumsrate unserer Wirtschaft. Ich kann mich dabei auf die aufsehenerregenden Thesen des bekannten Buches von Servan-Schreiber "Die amerikanische Herausforderung" berufen, die nicht zuletzt den weltpolitischen Horizont dieser Wachstumspolitik aufgeheitelt haben. In diesem Buch findet sich unter anderem folgender Satz: "Eine Gesellschaft mit großem Wachstum ist frei, die Form ihrer Zivilisation zu bestimmen,

weil sie die Rangordnung ihrer Anliegen festlegen kann. Eine stagnierende Gesellschaft kann nicht wirklich ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben."

Es geht also bei der Wachstumspolitik beileibe nicht nur um ein größeres Stück Kuchen, es geht zuletzt vielmehr darum, ob Völker in der dynamischen Welt/^{von} heute ihre Selbstbestimmung behaupten können.

Wir müssen uns über eines im klaren sein: Zu Beginn der siebziger Jahre stehen wir an einem Wendepunkt. Die Frage, die auch uns Österreichern gestellt ist, lautet: Wollen wir uns in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mit einem ruhigen, bequemen und möglichst sorglosen Leben zufrieden geben, dann genügt vielleicht eine brave Politik herkömmlicher Art. Wollen wir aber mehr als das, wollen wir mit anderen fortgeschrittenen Staaten gleichziehen, mit einem Wort, wollen wir die Zukunft gewinnen, dann müssen wir mehr tun.

In uns Österreichern, liebe Parteifreunde, steckt wesentlich mehr, als wir alle glauben. Wir müssen - und das können wir auch - aus diesem unserem Österreich einen modernen Industriestaat machen, wobei uns Österreichern dank der Schönheit und der Lage unseres Landes eines ganz besonders zugute kommt, und darin erblicke ich die faszinierende Aufgabe der Zukunft und die einmalige Chance Österreichs: Wir können nicht nur, wenn wir die entsprechenden Anstrengungen unternehmen, ein moderner Industriestaat werden, sondern daneben und darüber hinaus das gesündeste Land Europas werden. Diesem Umstand wird in der Zukunft überragende Bedeutung zukommen. Darin erblicke ich einen besonderen Schwerpunkt moderner

Politik, dem wir uns mit ganzer Kraft widmen müssen und auch widmen werden.

Ich denke dabei an den Schutz der heutigen Gesellschaft vor jenen gefährlichen Veränderungen unserer biologischen Umwelt, die heute die schwerste Bedrohung der Gesundheit der Menschen darstellen. Wenn die Entstehung neuer Industrielandschaften in Österreich nicht mit einer zunehmenden Zerstörung der natürlichen Bedingungen unseres Lebens Hand in Hand gehen soll, dann müssen ehebaldigst die entsprechenden Vorkehrungen getroffen werden. Eine moderne Partei muß sich gerade auch dieser mit der zweiten industriellen Revolution einhergehenden Veränderungen annehmen, will sie nicht den Vorwurf auf sich laden, die mit ihnen zusammenhängenden Gefahren nicht gesehen zu haben. Wir sind daher entschlossen, auch in dieser Beziehung den Forderungen unserer Zeit Rechnung zu tragen.

Und noch eines, das nicht vergessen werden darf, wenn wir von der Gewinnung der Zukunft reden. Wenn ich eben sagte, daß im österreichischen Volk wesentlich mehr steckt, als wir alle glauben, dann müssen wir dieses Kapital auch tatsächlich nutzen. Wir müssen alles tun, damit wir die Begabungsreserven ausschöpfen und alle Voraussetzungen dafür schaffen, daß jeder Österreicher die Möglichkeit erhält, sich die bestmögliche Bildung, das höchstmögliche Wissen und Können anzueignen. Meine lieben Parteifreunde! In unseren Bauern- und Arbeiterkindern schlummern diesbezüglich noch ungeahnte Schätze, die es zu heben gilt.

Geben wir uns keinen Illusionen hin: Nur die Völker werden tatsächlich die Zukunft gewinnen, die der Bildung und der Forschung die absolute Priorität einräumen. Bildung, Forschung, Wachstum, das müssen unsere Orientierungsgrößen sein! Wir waren es, die hier erste Schritte gesetzt haben, wir waren es, die den Mut gehabt haben, zum ersten Mal den Kontakt zwischen Wissenschaftlern und Politikern herzustellen. Das war Dr. Josef Klaus im Dezember 1965 mit der Aktion 20. Jetzt, wo wir mehr Zeit für unsere Partei und für uns selbst haben, wollen wir diesen Weg mit aller Konsequenz fortsetzen und die Voraussetzungen dafür schaffen, daß unsere Gedanken und Pläne sofort in die Tat umgesetzt werden können, sobald uns das österreichische Volk wieder zur Führung berufen haben wird.

Liebe Parteifreunde! Das Ziel, das wir in den siebziger Jahren ansteuern, ist, um es mit einem einzigen Satz zu sagen, die humane Leistungsgesellschaft oder eine am Menschen, an der Erhaltung seiner Freiheit, an der weiteren Gewährleistung seiner Gesundheit, an der Entwicklung seines Wohlstandes und der Erweiterung seiner Aufstiegsmöglichkeiten orientierte Gesellschaft - das alles unter den Voraussetzungen, die uns heute bei intensiver Nutzung aller technischen Möglichkeiten gegeben sind.

Hoher Bundesparteitag! Die Stunde eines neuen Aufbruches für unsere Partei ist gekommen. Wir haben uns vor der Oppositionsrolle, in der wir uns derzeit befinden, nicht nur nicht zu fürchten, wir haben die große Chance, die damit für unsere Partei und damit letzten Endes auch für Österreich verbunden ist, zu nutzen.

Wir werden die jetzige Situation genauso meistern, wie wir die parlamentarische Situation der Jahre von 1966 bis 1970, als es 85 zu 80 stand, ohne jede Panne gemeistert haben. Wer hätte uns das im Jahre 1966 zugetraut?

Was wir brauchen, ist Härte, Zähigkeit und Zuversicht. Die Härte ist aber nicht nur dem politischen Gegner gegenüber notwendig: Wir werden nur dann eine harte und letzten Endes erfolgreiche Opposition sein können, wenn wir auch uns selbst gegenüber hart sein werden.

Wir wollen dem ganzen österreichischen Volk beweisen, daß wir bereit und ehrlichen Willens sind, aus Fehlern zu lernen, neue Wege zu gehen und die Zukunft zu gewinnen. Freunde, laßt uns beginnen! (Starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Ehrenobmann Dr. G o r b a c h : Nach dieser eindrucksvollen Rede des Bundesparteiobermannes bitte ich ihn, wieder den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Bundesparteiobermann Dr. W i t h a l m : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich danke Ihnen allen, daß Sie heute so regen Anteil an diesem Bundesparteitag genommen haben.

Ich weiß nicht, ob Sie das gleiche Gefühl haben, das mich jetzt in diesem Moment beseelt. Es hat in der Früh heute etwas schwierig begonnen, und dann wurde die Stimmung lockerer. Es wurde Gott sei Dank - ich freue mich ganz besonders darüber - diskutiert. Wir sind als eine nicht diskussionsfreudige Partei bekannt. Aber erste Ansätze haben sich heute gezeigt, und ich bin überzeugt, daß auf dem Bundesparteitag, von dem heute gesprochen wurde, eine richtige Diskussion über einen

Programmentwurf, den wir vorlegen werden, stattfinden kann. Das, glaube ich, ist ein gutes Zeichen gewesen, und mit diesem Gefühl, meine Damen und Herren, können wir den heutigen außerordentlichen Bundesparteitag beschließen.

19. Bundeshymne

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. W i t h a l m :

Darf ich Sie bitten, sich zu erheben und die Bundeshymne anzustimmen. (Die Versammelten erheben sich und singen die erste Strophe der Bundeshymne.)

Der 13. außerordentliche Bundesparteitag ist hiemit geschlossen.

Schluß der Beratungen: 18 Uhr 55 Minuten
=====